

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Betriebsräte und Gewerkschaften auf dem Rückzug

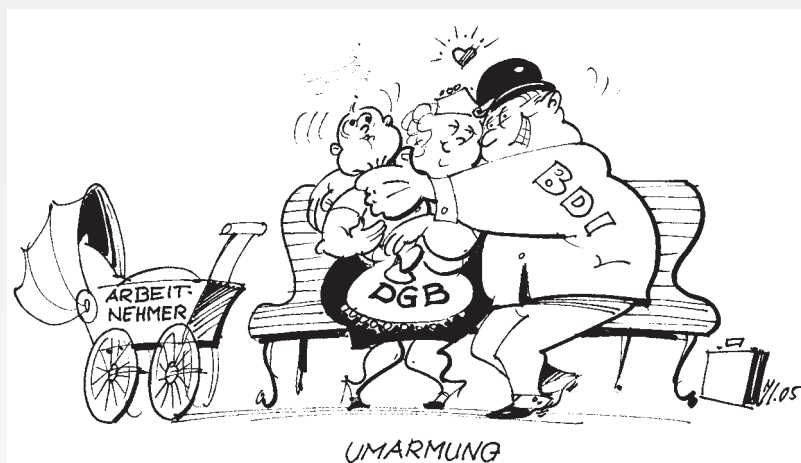
Zur Einleitung

In dieser Ausgabe der Arbeiterpolitik nimmt die Berichterstattung über die Angriffe des Kapitals in den Betrieben wieder breiten Raum ein. Hartz IV war noch gar nicht offiziell in Kraft getreten (1.1.2005), da hatte es schon seine beabsichtigten Wirkungen gezeigt. Es hat den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und auf die Gewerkschaften enorm erhöht. Für den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen durch die Unternehmensleitungen – und das sind im Wesentlichen nur Absichtserklärungen – werden längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich und/oder die Absenkung von Löhnen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld vereinbart. Die Kritik an den Öffnungsklauseln des Flächentarifvertrages, den die IG Metall abgeschlossen hat, erweist sich als berechtigt. Alle vor einem Jahr von einigen Kritikern geäußerten Befürchtungen haben sich bestätigt, schneller und schlimmer als erwartet.

Konzernbetriebsräte und Vorstände der Gewerkschaften verkaufen diese neuen Abmachungen als »einzig mögliche« Lösung. Zugeständnisse seien nötig, um nicht das Ganze aufs Spiel zu setzen – die Politik des kleineren Übels auf der Ebene betrieblicher Vereinbarungen. Damit bestätigen sie die Propaganda von Regierungs- und Unternehmerseite, nach der es »keine Alternative« zum Abbau geben soll.

Die Apparate der Gewerkschaften sowie die Konzernbetriebsräte sehen Ihre Aufgabe im reibungslosen Ablauf dieses Stellvertreter-Geschäftes, das allerdings voraussetzt, dass die Unternehmer sie einbeziehen und es ihnen durch kleinere Zugeständnisse ermöglichen, sich als Interessenvertreter gegenüber den Belegschaften und Mitgliedern zu legitimieren. Dafür rufen die Funktionäre auch Belegschaften und Mitglieder zu symbolischen Aktionen auf. Sie dürfen zur Unterstützung ihrer Vorstände und Betriebsräte für eine begrenzte Zeit vor den Werkstoren ihren Unmut kundtun. **Was als sozialverträglicher Abbau deklariert wird, ist nichts anderes als ein Abbau ohne soziale Unruhe**, d.h. unter Kontrolle und mit Zustimmung von Gewerkschaftsinstanzen, die sich als »Sozialpartner« dem Unternehmer und der bestehenden kapitalistischen Ordnung verpflichtet fühlen.

Man macht es sich aber zu einfach, wenn man für den prozess des Unterwerfens ausschließlich die Gewerkschaftsführung verantwortlich macht. Gerade auch an der Basis, in den Belegschaften, ist die Sichtweise des kleineren Übels vorherrschend, wächst angesichts der Kräfteverhältnisse



und des Heeres der Erwerbslosen die Bereitschaft, durch Verzicht wenigstens noch eine Zeit lang auf seinem Arbeitsplatz über die Runden zu kommen.

Jahrzehnte sozialpartnerschaftlicher Erfahrungen – man konnte die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen bequem delegieren – lassen sich nicht innerhalb kurzer Zeit überwinden, auch wenn das Kapital die bisherige Form der »Partnerschaft« aufgekündigt hat und zu einer neuen Form des Klassenkampfes übergegangen ist. *»Viel schlimmer als der materielle Verlust ist der politische Schaden durch die Entpolitisierung und Entsolidarisierung der Lohnabhängigen«*, schreibt ein ehemaliges Betriebsratsmitglied an die gewerkschaftlichen Funktionäre bei den Stahlwerken in Bremen (siehe S. 16). Tatsächlich fördern alle Abschlüsse der letzten Zeit die Aufspaltung und Zersplitterung der Belegschaften, z.B. Bestandssicherung für alte Beschäftigungsverhältnisse und niedrigere Löhne bei Neueinstellungen, Ausgliederung z.B. von Kantinenpersonal, Pförtnern, Fahrern etc. Dazu kommen unterschiedliche Arten prekärer Beschäftigung in Betrieben – von Befristungen über Leiharbeit bis zu »freier« Mitarbeit und billigen bis kostenlosen Praktika. Die Erwerbslosen/Niedriglöhner sind in den Köpfen der Belegschaften – auch in den tariflich gebundenen – als Druckmittel gegenwärtig. Tarifverträge gelten für immer weniger Beschäftigte. Und soweit sie noch gelten, eignen sie sich hervorragend, die Beschäftigten laufend zu weiteren zugeständnissen zu zwingen. Die Friedenspflicht wiederum zwingt die Belegschaften, stillzuhalten. Die Gewerkschaftsführungen selbst schwächen die Organisation.

Die Bereitschaft zu eigenständigen Aktionen – wie bei Daimler/Untertürkheim oder bei Opel/Bochum – ist bisher die Ausnahme geblieben. Kritische Kräfte, die sich dem Kurs der Vorstände und Betriebsratsführungen entgegen stellen und die Chance haben, Einfluss auf ganze Belegschaften zu bekommen, werden aus Furcht von Unternehmern und von den Führungsinstanzen der Gewerkschaften bekämpft.

Wir wollen auch mit dieser Ausgabe der Arbeiterpolitik dazu beitragen, die gesellschaftlichen Ursachen für die verschärften Kapitalangriffe zu erklären und Ansätze eigenständigen Handelns zu stärken.

Von der Sozialpartnerschaft zur »Partnerschaft neuen Typs«

Was für die Gesellschaft die soziale Marktwirtschaft bedeutete, war für Kapital und Arbeit die Sozialpartnerschaft. Ihre wirtschaftliche Grundlage war die lang anhaltende Konjunktur, der Mangel an Arbeitskräften der kapitalistischen Aufschwungsphase nach der Währungsreform 1948. Die Gewerkschaften akzeptierten die Rolle, die ihnen die restaurierten Verhältnisse der jungen Bundesrepublik eröffneten. Von ihren Ideen der Nachkriegszeit, nämlich einer wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung Deutschlands, verabschiedeten sie sich. [...] Angeführt wurden sie damals von dem »Reformer« und IG-Bau-Vorsitzenden Georg Leber, auf der anderen Seite stand der »Traditionalist« und IGM-Vorsitzende Brenner. Der Begriff »Sozialpartnerschaft« hat sich als Synonym für die Periode des friedlich-schiedlichen Aushandelns der Tarife, bei der ein Streik nur als »letztes Mittel« galt, eingebürgert.

Diese damalige Form der Sozialpartnerschaft wurde von Belegschaften zum Beispiel durch »wilde Streiks« unterlaufen. In solchen Fällen traten die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor auf und sicherten ihrerseits den Bestand der Form der Sozialpartnerschaft.

In den letzten Jahren waren und sind es die Unternehmen, die mehr und mehr die Tarife aushebeln und damit deren bisherige Funktion in der Sozialpartnerschaft aufheben. Folglich wird der Sozialpartnerschaft in der bisherigen Form der Boden entzogen. [...] Arbeitgeberpräsident Hundt: »Gerade jetzt sollten die Arbeitgeber den Gewerkschaften die Hand reichen, um die Sozialpartnerschaft zu modernisieren.« »Modernisieren« heißt anpassen an die vom Kapital geschaffenen Realitäten.

aus: Arbeiterpolitik Nr. 3/November 2003, S.21/22, ■

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Zieghüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Grindelallee / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.; Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Stiegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Ein Ausweg kann nicht im Rahmen des rein gewerkschaftlich/ökonomischen Kampfes liegen. Das wird in den vielen Berichten aus den Betrieben (Opel, VW, Karstadt/Quelle) als auch der Gewerkschaften (Gewerkschaftstag TRANSNET) deutlich. Eine gewerkschaftliche Strategie, die auf einer Bejahung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beruht und sich deren Konkurrenzlogik – die Sicherung des Standortes Deutschland – zu eigen macht, wird zwangsläufig Verzicht und Abbau mittragen. Eine Gewerkschaftsführung, die die Beschäftigten in die »erdrückende Umarmung« des Kapitals einbindet, will den Abwehrkampf nicht führen.

25.1.05 ■

Wir danken allen Lesern und Freunden,
die die Herausgabe der »Informationsbriefe« im letzten Jahr durch Abonnement und/oder Spenden unterstützt haben, ganz herzlich. Die Zeiten werden politisch und materiell nicht besser – deshalb: Weiter so!

Ein geringerer Umfang des einzelnen Heftes – dafür mehrfaches Erscheinen – das ist unser Ziel. Weitere politische Beiträge, Korrespondenzen und Kritik aus unserem Leserkreis sind die entscheidende Voraussetzung dafür. Für die materielle Sicherung sind wir weiterhin auf Spenden angewiesen:

GFSA e.V. · Postbank · Kto: 410 077 205 · BLZ 200 100 00

INHALT

Betriebsräte und Gewerkschaften auf dem Rückzug	1
Diskussion in Hamburg um Opel/Bochum	3
Volkswagen-Tarifrunde: ...mal wieder der Musterbetrieb Deutschlands	8
17. Transnet-Gewerkschaftstag 2004	10
Krise und Abbau beim Karstadt-Konzern	10
Zu den Folgen von Hartz IV:	11
Pflichtarbeit ohne Lohn	14
Öffentlicher Dienst Bremen: Kundgebung und Warnstreik	18
Der Sozialdemokratismus und das neue Elend der SPD	19
Hamburg: Die Grenzen der Volksgesetzgebung	21
Berlin: Volksbegehren	23
Dorfen: »Auf dem Marktplatz flogen nur noch die Fetzen	23
Keine Lösung des Nahostkonfliktes in Sicht	27
Bericht über eine Reise zu israelischen und palästinensischen Kolleginnen und Kollegen	28
Israelische Regierung will das WAC schließen	32
Ein Dokument von 1938: Zur Palästinafrage und zum Zionismus	29
Buchbesprechung: Der spanische Bürgerkrieg	39

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:

»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«

Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Kein Abschluss ohne Zustimmung der Belegschaft

Am 8. November 2004 fand in Hamburg eine Diskussionsveranstaltung mit zwei ehemaligen Kollegen von Opel-Bochum statt. Sie haben drei Jahrzehnte lang mit der Gruppe »Gegenwehr ohne Grenzen« (GoG) Betriebsarbeit gemacht. Eingeladen hatten der »Blaue Montag«, ein Diskussionsforum aus der autonomen und linken Szene und der ver.di-Ortsverein Hamburg. Gekommen waren rund 65 Personen, der gewerkschaftliche und betriebliche Bereich war nicht sehr stark vertreten, hauptamtliche Funktionäre überhaupt nicht. Es wäre sicher besser, derartige Veranstaltungen zukünftig im Gewerkschaftshaus abzuhalten, um gerade solchen KollegInnen den Besuch zu erleichtern. Eingeladen waren alle über die interne Postverteilung des Gewerkschaftshauses.

Die Diskussion war ehrlich, offen, verständlich und nicht mit vorschnellen Antworten bzw. Schlagworten belastet. Die Opel-Kollegen, das wurde bei ihren Beiträgen schnell deutlich, gehören nicht zu den sozialpartnerschaftlichen Betriebsräten, wie sie im IG-Metall-Funktionärsbereich häufig anzutreffen sind. Sie kennen die Sprache und Probleme in den Werkshallen und beobachten und bewerten den schieblich-friedlichen Weg der Gewerkschaftsvorstände und der Betriebsräte mit den Unternehmern kritisch.

Die wilden Streiks gegen die geplanten 4.000 Entlassungen, das machten die beiden Opel-Kollegen deutlich, waren nicht Produkt von »überaktiven« Betriebsräten und Vertrauensleuten, sondern waren aus der Not entstanden. »Das lassen wir uns nicht mehr gefallen.« Diese Kollegen, »die da richtig Druck gemacht haben die ganzen Tage bei Opel, das waren ganz viele, so um die 30/35 Jahre. Aber die glauben selber nicht an die Zukunft bei Opel.« Ermöglicht wurde der Streik allerdings durch einen regen und gut informierten Vertrauensleutkörper und eine selbstbewusste Belegschaft, die gegenüber ihrem Betriebsrat durchsetzen konnte, dass sie vor wichtigen Entscheidungen gehört werden muss. **Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser.** Darin liegt auch das Beispielhafte der Bochumer Erfahrungen.

Dass der Streik nach einer Woche ohne das geforderte Ergebnis beendet wurde, lag auch an der mangelnden praktischen Solidarität aus anderen Bereichen. Die Belegschaft sah sich dem geschlossenen und massiven Einsatz von Politikern, Medien, Unternehmensverbänden sowie der Gewerkschaftsführung und der Konzernbetriebsratsspitze gegenüber. Heißer Kaffee, Brot und Würstchen aus der Bochumer und der umliegenden Bevölkerung allein reichten nicht aus. Die Belegschaften der Opel-Werke in Rüsselsheim, Kaiserslautern und Eisenach verzichteten auf Solidaritätsstreiks und die IG Metall lehnte finanzielle Unterstützung mit dem Hinweis auf mögliche Regressansprüche der Firmenleitung bei wilden Streiks ab. Der Druck der Bochumer Opel-Kollegen und der »Straße« war nicht groß genug, um die IG Metall zu zwingen, Wege für Streikgelder – auch gegen die Möglichkeit von einklagbaren Schadenssummen durch die Unternehmer – zu finden und zu bewilligen und so die Auseinandersetzungen auszuweiten. Auch Betriebsräte und Vertrauensleute stiegen nicht in die »Bütt« und forderten vor Demoteilnehmern und der Öffentlichkeit **nicht zur finanziellen Unterstützung der Streikenden** auf.

Als über das völlig unzureichende Ergebnis und eine Fort- oder Aussetzung des Streiks abgestimmt wurde, hatte der Betriebsrat mit der Koppelung, »wer für weitere Verhandlungen ist, muss die Arbeit wieder aufnehmen« oder »für Streikfortsetzung« stimmen, die Beendigung des Streiks vorprogrammiert. Dass dann trotzdem 1.700 Mitarbeiter bei einer Bochum-Belegschaft von etwa 9.600 für Streikfortsetzung stimmten – bei einem bis dahin aufgelaufenen Verlust von immerhin 400 Euro – lässt die Hoffnung aufkommen, dass sich die KollegInnen zukünftig nicht mehr so leicht »übers Ohr hauen« lassen.

Wir dokumentieren im Folgenden die von uns gekürzten Ausführungen der beiden Kollegen aus Bochum. Zum besseren Verständnis haben wir in Einzelfällen die Aussagen zu bestimmten Themen zusammengefasst, auch wenn sie nicht dem zeitlichen Ablauf der Veranstaltung entsprechen, und Zwischenüberschriften eingefügt. Des Weiteren haben wir auf den Abdruck von Fragen und Nachfragen (*kursiv*), soweit sie nicht zum Verständnis notwendig erscheinen, verzichtet und das gesprochene Wort vorsichtig in eine Schriftsprache gebracht. Wer sich für das Protokoll der gesamten Diskussionsveranstaltung interessiert, kann es über unsere Redaktionsadresse bestellen.

Auf der Veranstaltung wurde zuerst ein Film gezeigt, der die Geschichte der oppositionellen Gruppe GoG seit 1970 zeigt. Die anschließende Fragerunde mit zwei Vertretern der GoG ging dann um diese Geschichte und deren Verbindung zu dem im Oktober 2004 statt gefundenen Streik bei Opel Bochum.

»Gegenwehr ohne Grenzen« – die Arbeit der Gruppe und der Streik bei Opel Bochum

Die meisten von uns sind nicht im Betriebsrat. Gott sei Dank haben wir aufgehört, eine Betriebsratsgruppe sein zu wollen. Das war Ende der siebziger Jahre vielleicht noch der Fall. Dann hat man uns erstens weniger gewählt und zweitens haben wir ja auch propagiert: Das bringt euch nicht soviel, wenn ihr linke Betriebsräte wählt, es kommt auf etwas anderes an.

Seitdem ich nicht mehr jeden Tag in die Fabrik muss, nehme ich auch mehr teil an der Weltsozialforum-Bewegung. Wir schauen, ob wir da mit Menschen zusammen weiterkommen, diskutieren, den Widerstand voranbringen und das Problem, das wir heute haben, als globales begreifen, diskutieren und anpacken. **Da liegt, glaube ich, die Schwierigkeit, wegzukommen von der Hoffnung, dass wir auf der Ebene des Betriebskampfes die Probleme lösen könnten.**

Das Kapital zwingt uns dazu, weil die Fabriken einfach zerschlagen werden. Das hat aber auch die gute Seite, dass die Leute nicht mehr denken: Einmal bei Opel, immer bei Opel. Wenn ich einmal im Großbetrieb bin, dann habe ich mein Schäfchen im Trocknen. **Die materielle Grundlage für so ein Kleinbürgertum innerhalb der Arbeiterschaft geht kaputt. Die Leute spüren, dass wir in Zukunft ganz andere Lösungen brauchen und nicht Standortsicherung.** Da hat

sich in den letzten sechs Jahren etwas verändert. Im Betriebsrat ist jetzt noch einer von uns. (Was wir seit Jahr und Tag und auch heute noch im Betrieb verbreiten, kann jeder nachlesen unter www.labournet.de, dort auf Automobilindustrie/GM-Opel und dann auf Bochum klicken.)

Wir müssen uns mehr Gedanken machen darüber, wie eigentlich alles anders laufen könnte. **Wir müssen ein Stück wegkommen vom Verteidigungskampf. Ich persönlich meine, dass ein Angriff auf das kapitalistische System gedacht werden muss;** dass eine konkrete Vorstellung notwendig ist, wie es eigentlich anders funktionieren könnte bei der Art und Weise, wie heute produziert wird, wie verteilt wird und wie das international organisiert werden kann. Gibt es hoffnungsträchtige Ansatzpunkte, Erfahrungen, neue Widersprüche, die für eine zukunftsorientierte Debatte nutzbar wären?

Die Ausgangsbedingungen für den Streik

Die materielle Grundlage für den Streik der Opel-Belegschaft in Bochum war und ist eine besonders günstige. Bochum ist nicht nur das größte Produktionswerk von General Motors in Europa, in Rüsselsheim beispielsweise sind von 20.000 Beschäftigten nur 7.000 in der Produktion, 13.000 sind Angestellte. Opel Bochum beliefert, was Auspuffe, Achsen und Pressteile anbetrifft, den Rest der europäischen Produktion, also auch Werke in England, Belgien und Spanien. Diese Tatsachen haben nicht die offizielle IG Metall oder die Betriebsratsmehrheit bekannt gemacht, sondern wir als Gruppe haben das immer wieder ins Bewusstsein der Kollegen gebracht. Man muss wissen, dass es beim Streik in Eisenach bereits Kurzarbeit gab, dass die Rüsselsheimer Belegschaft schon auf reduzierte Produktion gebracht wurde. In Kaiserslautern war die Lage auch nicht günstig. Die Kollegen in Bochum wissen, dass die Manager am Zappeln sind, wenn die Belegschaft den »Zafira« oder den neuen »Astra Caravan« nicht bauen kann.

Es gibt noch andere Gründe dafür, dass es in Bochum knallt und in anderen Betrieben nicht. Wir haben eine Einrichtung auf Betriebsebene, die es woanders so nicht gibt. In einer Betriebsvereinbarung Ende der siebziger Jahre wurde geregelt, dass die Vertrauensleute das Recht haben, alle 14 Tage für 75 Minuten den Arbeitsplatz zu verlassen, um vom Betriebsrat informiert zu werden. Wir haben also mit diesen Vertrauensleuten alle 14 Tage Infostunden in allen drei Werksteilen und in allen drei Schichten. Auf diesen Zusammenkünften wird über alles informiert, was vor sich geht, welche Probleme anstehen, auch unterschiedliche Standpunkte werden offengelegt.

Streik gegen Ausgliederung im Jahr 2000:

»Ein Betrieb – eine Belegschaft.«

Im Jahr 2000 – das wurde in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen – hat die Belegschaft fünf Schichten lang gestreikt. Damals stand in der »FAZ« auf der ersten Seite: »17 Werke in Europa stehen still!« Hintergrund war die Androhung: 1.300 Leute sollten aus der Opel-Belegschaft, die 11.500 Kollegen umfasste, in eine neu gegründete GmbH ausgegliedert werden. Der Streik damals bescherte uns ein Erfolgserlebnis. Wir haben erreicht, dass diese Ausgliederung von der Firma nur in der Rechtsform eines gemeinsamen Betriebes zwischen der Opel AG und dieser neuen GmbH gemacht werden konnte, mit dem Ergebnis, dass ein Be-

triebsrat und ein Vertrauensleutekörper für beide Firmen zuständig sind und dass Löhne und Betriebsvereinbarungen für alle Kollegen erhalten blieben. Dadurch ist die Ausgliederung, so wie Opel sie vorhatte, nicht gelungen. Sie schafften es nicht, einen Teil von uns abzuspalten. Bei diesen Auseinandersetzungen hat eben auch eine Rolle gespielt, dass wir als Gruppe den Konflikt aufgegriffen haben, das kann man gut nachlesen. Wir haben propagiert: »Ein Betrieb – eine Belegschaft.« Wir dürfen uns nicht in viele kleine Belegschaften zerteilen lassen, egal was da drauf steht, ob Opel AG oder GmbH.

Damals, im Jahr 2000, hatte die IG Metall auf der Ebene des Euro-Betriebsrats für diese Ausgliederungen, die nicht nur bei Opel Bochum stattfanden, sondern auch in anderen GM-Werken, bereits eine Lösung: eine Vereinbarung, die Löhne für die Ausgliederenden für fünf Jahre auf Opel-Niveau zu halten. Dann hat Opel Bochum allein die Arbeit niedergelegt und gesagt: Was ihr da ausgehandelt habt, das reicht uns nicht. Wir wollen nicht nur für fünf Jahre abgesichert sein. Das war damals sehr blamabel für die IG Metall und den Euro-Betriebsrat, dass neu verhandelt werden musste und dann dieses Ergebnis herauskam.

Oktober 2004: Streik gegen Abbaupläne

Der Beginn des Streiks war typisch dafür, wie das bei uns abläuft. Am Mittwoch wurden die Vertrauensleute vom Betriebsrat informiert. Da gab es schon ein Riesenspektakel: *„Das können wir so nicht einfach hinnehmen, dagegen müssen wir etwas unternehmen.“* Donnerstagmorgen war dann in Bochum-Langendreer die Infostunde, und da kamen nicht nur die Vertrauensleute in den Versammlungssaal, sondern fast alle KollegInnen. Da stand schon morgens über eine Stunde lang die Produktion in diesem Werksteil still. Das sprach sich herum. Als am Nachmittag die Infostunde stattfand, haben auch alle Leute ihren Arbeitsplatz verlassen und im Werk 1, dem Hauptwerk, sind schließlich ebenfalls alle Kollegen losgezogen, um sich vom Betriebsrat informieren zu lassen. Die Vertrauensleute waren alle stocksauer und haben dann beschlossen: Wir nehmen die Arbeit nicht eher wieder auf, bis die Ankündigung von Opel, 4.000 Leute zu entlassen, vom Tisch ist. *»Nehmt die Entlassungen vom Tisch, eher arbeiten wir nicht!«* Dann sind sie in den wilden Streik getreten, illegal, scheinheilig oder wie auch immer.

Der Abbruch des Streiks

F: *Könnt ihr noch schildern, wie es zum Ende des Streiks bei Opel Bochum kam? Ihr hattet ja beschlossen, dass die betriebsbedingten Kündigungen vom Tisch müssen, und das war ja nun nicht der Fall?*

A: Im Grunde genommen hatte die Belegschaft am Montag nichts in der Hand. Ich habe die Erklärung der Firmenleitung hier, das sind halbe Zusagen: *»... wir haben die Absicht...«* usw. Das war kein Ergebnis, wurde aber von der IG Metall und auch vom BR-Vorsitzenden in der Presse als gutes Ergebnis verbreitet, die Firma sei ja nun bereit zu verhandeln. Dann wurde die Hoffnung auf den europäischen Aktionstag gelenkt, der am Dienstag in Bochum stattfand. 25.000 Menschen waren gekommen. Aber es gab keine offizielle Rede, die zum Weitermachen aufforderte, weil die Konzernspitze schon am Zappeln war, weil immer mehr Produktionsstätten in Europa zum Stillstand kamen. Stattdessen wurde gesagt: Wir haben schon ein Verhandlungsergebnis und die Zuver-

sicht, dass sich der Konzern auf uns zu bewegt. Der katholische Weihbischof vom Ruhrgebiet, hat gesagt: »*Geht wieder an die Arbeit!*« Der wurde ausgepöfien. Die anderen Beiträge waren alle sehr indirekt. Es gab natürlich auch Enttäuschung darüber, dass die anderen Belegschaften nicht mit eingestiegen sind. Über Rüsselsheim stand in der Presse: Business as usual. Von Huber kam die Aussage: Der Streik sei nicht zielführend.

Ganz wichtig war die Forderung: Kein Abschluss ohne Abstimmung der Belegschaft! Die hatten wir schon im September in unserem Flugblatt propagiert. Die Versammlung am Mittwochmorgen wurde von der Belegschaft erzwungen, weil sie nicht wollte, dass einzelne Abteilungen die Arbeit wieder aufnehmen. In den siebziger Jahren ist schon einmal ein Streik daran kaputt gegangen, was tiefe Resignation zur Folge hatte. Bevor an die Arbeit zurück gegangen wird, muss eine gemeinsame Entscheidung herbei geführt werden, die mehrheitlich akzeptiert wird. Das war auch den Leuten unserer Gruppe, die aktiv mitmischen, klar. Der Betriebsrat wollte die Versammlung nicht, beugte sich aber der Forderung, dass man nicht wieder an die Arbeit geht, ohne eine Abstimmung vorzunehmen. Mittwochmorgen war die Abstimmung. Sie war mit einer Fragestellung formuliert, die zu großer Empörung geführt hat: Wer ist für Verhandlungen *und* die Wiederaufnahme der Arbeit? Das war miteinander verkoppelt. Natürlich wollte jeder, dass verhandelt wird, aber viele sagten auch, wir sollten noch eine Zeit lang durchhalten.

Wir waren zuerst auch enttäuscht über das Abstimmungsergebnis, haben dann aber auch begriffen, dass über 1.700 Leute weitermachen wollten, das waren ganz schön viel. Unter denen, die für Arbeitsaufnahme gestimmt hatten, waren viele darunter, die sagten: Wir müssen erst mal wieder ein paar Schichten Geld verdienen. Wir sind nicht daran gewöhnt, ein Viertel unseres Monateinkommens weniger in der Tasche zu haben. Bei den meisten fehlten mehr als 400 Euro. Da kam auch kein Unterstützungsangebot von der IG Metall. Eigentlich sind unsere Gewerkschaftskassen auch für Nothilfe da, aber nichts dergleichen. Beim Betriebsrat wurde ein Spendenkonto eröffnet. Für viele wäre es ganz schön hart geworden, die Sache weiter durchzuziehen. Die Stimmung ist zur Zeit so, dass ein großer Teil sagt, wir müssen genau hinsehen, was die uns jetzt anbieten und wenn das unbefriedigend ist, müssen wir noch mal streiken. Und sicher gibt es auch einen Teil, der nach diesem Ende resigniert. Die Debatten laufen im Werk jetzt in beide Richtungen.

Hartz IV und der Opel-Streik

F: *Inwieweit war Hartz IV Diskussionsthema im Betrieb? Und hat es zur Streikbereitschaft mit beigetragen?*

A: Die Parole im Werk 2 hieß anfangs »*Kämpfen oder Hartz IV*«, bei denen, die das diskutiert hatten. Wir gehörten neben dem Bochumer Sozialforum zu denen, die versucht haben, über Hartz IV aufzuklären. Ich glaube, das hat eine Rolle gespielt. Dadurch haben die Kollegen gewusst: Wenn wir hier unseren Job verlieren, dann wird es ganz schön beschissen für uns, wenn wir Hartz IV bekommen.

Zwar nimmt an den Montagsdemos in Bochum nur ein kleiner Teil der Opel-Aktiven teil, aber jene, die dort waren, gehörten auch im Streik zu denen, die an vorderster Front mitgemischt haben, und die reden in ihren Abteilungen über diese Zusammenhänge. Ich glaube, ihnen geht es so wie vielen anderen, die auch ratlos fragen: Was kommt da alles auf

uns zu? Wo soll das alles noch hinführen? Sie sind dann froh, wenn irgendwo Leute sagen: »Schluss jetzt!« Das ist bei uns noch keine die Politik verunsichernde Massenbewegung, aber ich glaube, ansatzweise sind die Politiker ein bisschen verunsichert, wenn sie sagen, Opel muss man zur Kanzlersache machen. Da hat auch die politische Führung gespürt, das wäre fürchterlich, wenn sich so etwas ausbreitet und sie das nicht mehr im Griff behalten. Dann können sie ihre Rolle im Sinne des Kapitals noch weniger spielen.

Von den Analysen, wie dieser Streik einzuordnen ist, ist ein Element ein ganz wichtiges, dass man den Regelungsstrukturen, die seit Jahrzehnten gängig sind, den Gehorsam verweigert, dass die Leute begreifen, es hat keinen Zweck, Kreuzchen zu machen, sie gehen nicht mehr zur Wahl. Dass Betriebsräte und Gewerkschaften in ihrem Sinn noch etwas geregelt kriegen, funktioniert auch nicht mehr. Da kommt jetzt allmählich bei vielen das Gefühl hoch: Wir müssen selber in Erscheinung treten und etwas tun. Aber zur Zeit hat das noch keine wirkliche Brisanz. Vielleicht kommt das noch in Gang.

Zur »Autokoordination«

Wir treffen uns zweimal im Jahr zum Erfahrungsaustausch. Neben Kollegen, die ernsthaft mitarbeiten, kommen auch solche, die nur neugierig sind. Im Großen und Ganzen bewegen wir nicht viel, nur ein bisschen. Wir haben uns am Wochenende während des Streiks getroffen, um Solidarität zu organisieren. Im Gegensatz zu 2000, als es wegen Auslagerung in Werk 2 krachte und wo es kaum Solidaritätsadressen gab, hat sich diesmal die Situation geändert. Es waren Kollegen von Porsche aus Stuttgart gekommen, aus Bremen von DaimlerChrysler, junge Bergleute im Arbeitszeug mit Helm aus dem Pütt in Hamm, die auch Angst haben um ihre Arbeitsplätze. Noch befinden sie sich in der Lehre, aber sie wissen auch nicht, wie es danach weitergeht. Die Solidarität müssen wir beobachten, ob sich das weiter entwickelt oder ob es bloß eine einmalige Erscheinung war.

Der »Autokoordination« steckt in den Knochen, was in Mettingen passiert ist. Da sind Kollegen der DaimlerChrysler-Werke in Stuttgart, die auf die Straße gegangen sind und mit der Gruppe »Klartext« Kritik am Betriebsrat und an der Gewerkschaftspolitik geübt haben, unter Beschuss der Gewerkschaftsbürokratie geraten. Einige von ihnen wurden bereits aus der IG Metall ausgeschlossen. In Kassel wurden ebenfalls 16 Kollegen ausgeschlossen, die sich dem Gewerkschaftskurs widersetzt haben und offene Kritik äußerten. Ich glaube, dass auch in der »Autokoordination« der Mut zunimmt, sich das nicht mehr bieten zu lassen, was die Gewerkschaftsführung uns an Kurs vorgibt. Es ist in der »Autokoordination« leider so, dass überwiegend Betriebsräte zusammen kommen. Es sollte angestrebt werden, dass mehr Vertrauensleute und aktive Kollegen daran teilnehmen, damit sie nicht von Betriebsräten dominiert wird.

Die internationale Solidarität ist ein wichtiges Thema

Wir waren auch eine Woche in Gliwice und haben Kontakt mit den polnischen Kollegen aufgenommen. Das neue Werk in Gliwice hat knapp 2.000 Beschäftigte. Darum hatten sich 33.000 Arbeitslose beworben. Man begreift zunächst nicht, welch ein Angebot dieses Werk für die Leute in jener Region darstellt. Bei einem Multi Arbeit finden und zu Bedingungen, von denen sie sonst nur träumen, von einem Job mit

Löhnen und Vergünstigungen, wie man sie in einem Großbetrieb hat und die man in einem Kleinbetrieb nie bekommt.

Seit 1981 machen wir als Gruppe zusammen mit der Organisation TIE [Transnationals Information Exchange] den Versuch, uns im GM-Konzern zu vernetzen. Die Erfahrungen sind leider nicht so effektiv. Wir haben in den USA und Kanada und überall in Europa den Eindruck gewonnen, dass wir es überwiegend mit gewerkschaftlich orientierten Menschen zu tun hatten, deren ganzes Denken auf Verteidigung ausgerichtet ist. Dadurch haben wir unsere Vernetzung zu wenig politisch anpacken können.

Weltweit sind in den internationalen Gewerkschaftsverbänden 150 Mio. Menschen zusammengeschlossen, als IG-Metall-Mitglied bin ich gleichzeitig Mitglied im internationalen Metallarbeiterverband. Was machen die Gewerkschaften? Sie haben im Wesentlichen drei Forderungen, die sie in die internationale Debatte und in die Weltsozialforen einbringen.

1.) Wir wollen für alle »decent work«, das heißt angenehme, erträgliche, passende Arbeit. Für viele Menschen auf der Welt ist das eine ganz wichtige Forderung. Aber mit der Art und Weise, mit der die Gewerkschaften das betreiben und wie es auch oft von links aufgegriffen wird, wird die eigentlich nötige Debatte nicht geöffnet, sondern geradezu abgeschottet. **Wir müssen davon wegkommen, dass die Masse der Menschen auf der Erde irgendwelche Unternehmer ansprechen müssen: Darf ich bei dir arbeiten und Geld verdienen? Wir müssen die Frage der Lohnabhängigkeit grundlegend stellen und nicht »decent work«, aber daran hat die Gewerkschaft kein Interesse.**

2.) Die Gewerkschaften sagen: Wir brauchen »Codes of conduct«, Verhaltensregeln für die multinationalen Konzerne. Zu Recht wird gesagt, wir wollen keine Kinderarbeit. Wir wollen, dass überall Gewerkschaften zugelassen werden. Das sind alles richtige Forderungen, die aber ideologisch verpackt werden in »Wir brauchen fairen Wettbewerb«. Somit werden richtige Forderungen in ein Zukunftskonzept eingebunden, das in die Irre führt. Die Forderung nach einem fairen Weltmarkt ist meines Erachtens illusionär.

3.) Vorneweg die IG Metall mit dem Schlagwort von der Mitbestimmung. Wir brauchen Weltbetriebsräte für die Großkonzerne, was ja an und für sich etwas Gutes ist. Aber dahinter verbirgt sich nicht die Vorstellung von Demokratie für die Massen, damit die was zu sagen haben. Sie wollen eine im Kapitalismus funktionierende Regulierung und damit auch eine Verwaltung der Menschen beibehalten. Was da unter dem Schlagwort »*gewerkschaftlicher Internationalismus*« veranstaltet wird, das müssen wir nicht nur anprangern. Die Kritik der Linken an der Gewerkschaftsführung lautet oft: Die stellen ja keinen Kontakt der verschiedenen Werke eines Konzerns miteinander her, sie seien in dieser Frage hilflos und hätten keine Gegenmachtkonzepte. Das stimmt aber so nicht. Die Führung ist aktiv, allerdings nur in eine bestimmte Richtung. Und sie hat Konzepte und die heißen: Deutschland muss Exportweltmeister bleiben! Die Wettbewerbsfähigkeit muss erhalten bleiben. Deshalb muss die Kritik auch anders ausgedrückt werden.

Unterstützung aus der Bevölkerung

F: *Noch etwas zur Solidarität, wenn ihr den Streik hätten weiterführen wollen, wäre Unterstützung aus der Bevölkerung erforderlich geworden. Es hat ja einmal die Situation*

gegeben, dass die Bergarbeiter mit Unterstützung der Bevölkerung zwei Tage Bonn lahmgelegt haben. Damals war auch eine politische Situation der Unzufriedenheit wie jetzt im Ruhrgebiet, eurem Umfeld. Könnt ihr uns schildern, wie ihr es empfunden habt? Wo die Probleme liegen? Wie die Unterstützung durch die Bevölkerung aussah, wo doch die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen ständig schwieriger werden?

A: Die Solidarität in der Bevölkerung war sehr gut, außer natürlich von den Politikern der SPD wie Clement. Die hatten mit den Arbeitern noch nie was am Hut, im Gegenteil, die haben die Arbeiterklasse verraten. Nur mal ein Beispiel: Der Clement hat in NRW den Bildungsurlaub kaputt gemacht.

Über die Solidarität habe ich gestaunt. 25.000 Leute waren da, sie kamen aus Schulen, Bergleute aus Kamen und Unna, das ging mir sehr nahe, das war ein Erlebnis. Da waren Busfahrerinnen und Busfahrer, Besuch von Kindergärten. Was sich da in Bewegung gesetzt hat und sich an die Tore begeben hat, war ungeheuer. Was da überall an Debatten stattfand, sogar wenn man bei REWE einkaufen ging, die fühlten sich alle betroffen von dem, was bei uns vorging. Familien kamen nachts an die Tore und haben den Kollegen, die mit ihren Plakaten die Tore bewachten, heißen Kaffee gebracht. Ich glaube, dass das auch für die SPD bedrohlich war, um die Frage zu beantworten.

„Sozialverträglicher“ Abbau

Eine der gefährlichsten Forderungen, die jetzt durch die Presse geistern, vorangetrieben von der IG Metall, heißt: Keine betriebsbedingten Kündigungen. Dazu muss man Folgendes wissen: In allen Standort-Sicherungsvereinbarungen, speziell in der Autoindustrie, war diese Forderung, keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen, immer ein Bombenerfolg. Wie wir in unserem Blatt, das ausliegt, beschrieben haben, ist in der Vereinbarung mit Daimler Chrysler ein Abkommen getroffen worden: Bis 2012 keine betriebsbedingten Kündigungen, aber immer mit der Hintertür versehen: »Bei unerwarteter wirtschaftlicher Entwicklung muss neu verhandelt werden, ... haben wir das Ziel ... haben wir die Absicht ...« usw. Da sagt dir jeder Jurist: Den Vertrag kannst du in der Pfeife rauchen, und dieser »Erfolg« ist immer mit einem »sozialverträglichen« Abbau verbunden. Das Wort »sozialverträglich« könnte zum Lügenwort des Jahres werden.

Was man zum Beispiel mit meinem Kollegen U. und mir gemacht hat, ist individuell verträglich, als wir aus dem Betrieb gehen konnten, noch nicht 60 Jahre alt. Aber »sozialverträglich« mit Blick auf die Gesellschaft ist das nicht, denn für uns müssten neue Leute eingestellt werden und die Arbeitszeit müsste verkürzt werden, dann wäre es »sozialverträglich«. Die Gewerkschaften machen beim individuell verträglichen Arbeitsplatzabbau mit.

Es warten wieder an die 1.000 Leute bei Opel in Bochum darauf, dass sie mit 54 Jahren aufhören können zu arbeiten bei 85 Prozent des Lohns. Die hoffen darauf, dass sie aus der Fabrik rauskönnen und so abgesichert sind, dass sie einigermaßen gut leben können. Bei der noch geltenden Gesetzgebung hat ein Unternehmer kein Interesse an betriebsbedingten Massenentlassungen. Nach den Kündigungsschutzbestimmungen muss er nämlich eine Auswahl treffen. Danach muss er ältere und langjährig beschäftigte Mitarbeiter schützen und genau die entlassen, die er eigentlich behalten

will, nämlich die 25- bis 30-Jährigen, die er noch an den Fließbändern einsetzen kann. Das will der Unternehmer natürlich nicht. Er muss auch bereit sein, über Sozialpläne zu verhandeln. Es ist fürchterlich, wie die Öffentlichkeit verarscht wird mit diesem angeblichen Erfolgsergebnis »keine betriebsbedingten Kündigungen«. »Sozialverträglich« bedeutet im Klartext: Der Arbeitsplatzabbau soll friedlich ohne soziale Unruhen ablaufen. Das Teuflische daran ist, dass man natürlich für die Forderung »Keine betriebsbedingten Kündigungen« eintreten muss. Man muss nur sehen, was zur Zeit mit dieser Forderung angestellt wird.

Kritik am Kurs der Vorstände und Gewerkschaftsausschlüsse: Arbeit in oder ausserhalb der Gewerkschaften?

Wir waren 20 Jahre aus der IG Metall ausgeschlossen. Wir wollten einfach nicht alles gutheißeln, was die Gewerkschaftsführung machte. Uns hat man vorgeworfen: Ihr seid Spalter und Chaoten! Wir haben immer in einem bestimmten Sinn »gespalten«, nämlich im Streit über den richtigen Weg: Ist der Weg richtig, den die vorschlagen, oder muss man das nicht mit etwas Vorsicht betrachten, was die offizielle Seite da macht?

Die Bochumer Belegschaft hat, anders als die in Rüsselsheim, schon Anfang der neunziger Jahre beim ersten so genannten Standortsicherungsvertrag Aufforderungen und Versprechungen ohne Ende gehört. Wir haben die Meinung vertreten, dass diese Art Verzichtsverträge, die die Firma zur Standortsicherung verlangte, dass die uns in die Irre führen. Die waren jedoch mehrheitlich akzeptiert worden mit der Begründung, wir können jetzt nicht alles retten, wir müssen ein Stück zurück. Der zweite Vertrag war genauso und wurde auch von der Mehrheit geschluckt. Wir gehörten zu denen, die gesagt haben, das führt zu nichts.

Jetzt steht wieder eine neue Verzichtsgeschichte an, und so haben wir auch in unserem Blatt darauf hingewiesen, dass völlig lapidar in der IG-Metall-Zeitung vom Oktober der Satz steht: »Die Verichtsvereinbarungen, die die Belegschaft bisher ertragen musste, haben nichts gebracht«. Das ist im Grunde unverschämt. Das sagen diese Leute von der IG Metall, die die Belegschaft dazu angehalten haben: Wir müssen ein bisschen vorsichtig sein, ist ja nicht so schlimm, wenn man jetzt das Weihnachtsgeld vom Krankenstand abhängig macht, das kriegen wir irgendwie hin, auch wenn ihr auf Lohnerhöhung und auf Pausen verzichtet. Schaut euch an, was draußen los ist. Die gleichen Leute schreiben jetzt: Das hat nichts gebracht – ohne eine Spur von Selbstkritik. Aber wir haben es aufgegriffen und immer wieder erklärt: Das bringt nichts und das haben wir verbunden mit einer Kritik an der Gewerkschaftsführung, die diesen Verzicht im Sinne von Rettung Deutschlands als Exportweltmeister auch will. Diese Gewerkschaftsführungsleute wie Peters, der jeden Monat 17.400 Euro Gehalt kassiert, vertreten die Theorie, dass es uns dann noch einigermaßen gut geht, wenn Deutschland Exportweltmeister bleibt. Und wenn wir dann sagen, das haut alles irgendwie nicht hin, und wenn wir dagegen Aufklärungsarbeit betreiben, dann stoßen wir sogar innerhalb der linken Szene auf Widerspruch.

Wir misstrauen dieser Art Führung, die auch den Betriebsräten in der Autoindustrie das Co-Management nahe legt. Wir sagen den Kollegen, auf die könnt ihr euch nicht stützen. Die verkünden auch, dass die Scheiße, die jetzt bei Opel passiert, an Managementfehlern liegt, die erzählen

überall, hätten wir bessere Manager, dann ginge es uns auch besser. Wir haben diese Art von Erklärung der Krise immer in Frage gestellt.

Ich selber glaube, die Mehrzahl unserer Kollegen und Kolleginnen ist der Gewerkschaftsführung näher als uns. Sie glauben ja auch, dass man auf die Wettbewerbsfähigkeit Rücksicht nehmen muss. Sie fragen uns: Wie stellt ihr euch das vor, wenn ihr empfiehlt, keine Rücksicht zu nehmen? Wohin führt uns das? Wie soll das eines Tages aussehen? Treiben wir die Firma in die Pleite, oder was ist eure Hoffnung? Wenn die nichts verdienen, kann ich ja auch nichts mehr verdienen. Wir haben es dann mit weitreichenden Fragen zu tun, zu denen wir keine bequeme Patentlösung anbieten können. Aber eins haben wir dann doch 'rüber gebracht: Je mehr wir Theater machen, desto teurer wird das für die Gegenseite. Die Leute glauben auch nicht, dass sie jetzt mit dieser Bewegung alles stoppen können, was da auf uns zurollt, aber wir haben eben die Erfahrung in den Knochen, dass wir zumindest zeitlich einige Erfolge erringen können, wenn wir nicht auf das hören, was man uns von offizieller Seite nahe bringt.

Wenn wir jetzt gleich über den Streik reden, dann finde ich sehr wichtig dabei, dass die Kollegen bei Opel Bochum den Gehorsam verweigern gegenüber den alten Regulierungsinstanzen des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Sie glauben den Politikern nicht und auch auf Huber und Peters schimpfen sie, die dasselbe sagen, denen glaubt man auch nichts mehr. Ich weiß von einem Betriebsratsvorsitzenden, dass er zu einem Kollegen gesagt hat: »Wir finden ja hier überhaupt kein Gehör mehr.« Es ist eine gute Sache, dass es dieses Misstrauen gibt auf all die alten Regulatoren unseres Lebens und dass die Leute gelernt haben, dass sie sich erst mal selbst bewegen müssen. Ich glaube, dass wir über die ganzen Jahrzehnte zumindest ein Stück dazu beigetragen haben.

Es gibt keine Infostunde, wo der Betriebsrat vor die Vertrauensleute tritt, in der nicht auch andere Meinungen aus dem Betriebsrat gegenüber Opel geäußert werden. Zum Teil sind im Betriebsratskörper opportunistische Menschen, die Karriere machen wollen, die auch gern Betriebsratsvorsitzender werden wollen und ihn deswegen angreifen, aber immer wieder sind es Kollegen aus dem Vertrauensleutekorper, die sagen: Das glauben wir nicht, dass wir so aus der Affäre herauskommen, wie ihr uns das vorschlagt.

F: *Wie ihr selber schon dargestellt habt, ist einer von euch aus der Gewerkschaft ausgetreten, der andere noch nicht. Meine Haltung zur Gewerkschaft ist, dass ich bisher in die Richtung gearbeitet habe, die Gewerkschaft von innen zu ändern. Das halte ich für wichtig.*

A: Also, die Gewerkschaft kannst du nicht reformieren. Allein nur für den Versuch bekommst du 20 Jahre aufgebremmt oder lebenslang wie bei mir. Dann haben sie mich doch wieder aufgenommen. Das kannst du alles vergessen – jedenfalls ist das meine Meinung. Die habe ich auch in Kassel und auf der »Autokoordination« vertreten. Dafür habe ich sogar Beifall von einigen bekommen. Da kannst du mit noch soviel Leuten hinter dir versuchen zu reformieren, eher schließen die eine Ortsverwaltung wie Ende der fünfziger Jahre. Diese Debatte führen wir auch ohne Ende.

A: Wir sagen zu keinem, tritt aus oder bleib in der Gewerkschaft und zahl brav deinen Beitrag. Wir sagen, mit dem Beitrag schneidest du dir in den Finger, wenn du nicht in einer

bestimmten Richtung aktiv wirst. **Beitragzahlen allein nutzt nur den Leuten, die eine Verzichtspolitik betreiben** und das solltest du nicht noch mit deinem Beitrag unterstützen. Das Verzichten kannst du auch alleine hinkriegen, dafür brauchst du keine Gewerkschaft.

Die IG Metall hat 2,5 Mio. Mitglieder. Bei Opel in Bochum sind wir zu 85 Prozent organisiert. Die Kollegen wählen ihre 500 Vertrauensleute. Also, ohne diese Struktur kommen wir nicht weiter. Wir arbeiten auch in diesen Strukturen. Viele Leute, die jetzt über die Gewerkschaften herziehen, machen sich das nicht klar.

Das andere Problem ist, wenn wir sagen würden, tretet aus, erhebt sich die Frage: Wo treten die Leute dann hin? Für mich besteht nicht das Problem, die Gewerkschaft von innen zu verändern, sondern wie kann ich das Bewusstsein der Kollegen beeinflussen, damit wir weiterkommen. Die Gewerkschaften werden von ganz anderen Kräften kaputt gemacht, nämlich von der Kapitaleseite, die die Produktion umorganisiert. Das löst die Austrittswelle aus und nicht die politische Bewegung von unten. So wie mein Kollege U. das Problem diskutiert, das finde ich nicht hoffnungsträchtig. Andere Kollegen aus der Gruppe sagen zumindest, wir müssen denen ab und zu drohen, wenn ihr diesen Mist weitermacht, dann treten hier 1.000 Kollegen aus.

Wir Linke müssen uns selbstkritisch sagen: Was wir als Alternative anbieten, ist auch sehr unausgegoren. Da würde

ich erst die Frage stellen: Wie können wir die Debatte über eine andere Welt – die soll ja möglich sein – ein Stück voranbringen? Wie soll die aussehen und wie gelangen wir dahin? Ich würde es am Inhalt und nicht an der Form festmachen.

Hamburg, 20. Januar 2005 ■

Der vollständige Text der Veranstaltung ist erreichbar unter der Internetadresse: www.arbeiterpolitik.de



■ VOLKSWAGEN

...mal wieder der Musterbetrieb Deutschlands

Zum Verhandlungsergebnis zwischen den Verhandlungskommissionen der Volkswagen AG und der IG Metall Bezirksleitung Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Bereits bei der Aufstellung der Forderungen zur Tarifrunde wurden Differenzen innerhalb der IGM-Verhandlungskommission deutlich:

→ Aus Sicht der IGM-Bezirksleitungen Hannover und Sachsen-Anhalt sollte zusätzlich zu der Forderung nach sicheren Arbeitsplätzen eine Lohnforderung mit entsprechendem Nachdruck eingebracht werden.

→ Der GBR-Vorsitzende Volkert, wie wohl auch der größere Teil der in der Tarifkommission vertretenen Betriebsräte, hätten am liebsten ganz auf eine Geldforderung verzichtet und nur die Arbeitsplatzsicherung als Forderung eingebracht. Schließlich lag ja auch schon ein umfassendes Forderungspaket von VW auf dem Tisch.

Die Forderungsliste von Arbeitsdirektor Hartz umfasste sieben Punkte und war bereits am 23. August veröffentlicht worden – frühzeitig genug, um der Belegschaft die Inhalte einzuhämmern und die Gewerkschaften auf eine harte Tarifrunde einzustimmen. Mit dem öffentlichen Gerede von der absoluten Priorität der Arbeitsplatzgarantie wurde, ähnlich wie bei allen innerbetrieblichen Verhandlungen, die Bereitschaft signalisiert, den Wünschen des Kapitals weitgehend zu entsprechen und der Erwartungshaltung und den Wünschen der Beschäftigten gar nicht erst Nahrung zu geben. Für die Unternehmensleitung wie auch weitgehend für die Vertreter der Gewerkschaft steht die optimale Profiterwirtschaft-

ung deutlich im Vordergrund. Das deutsche wie das internationale Kapital ist auf beste Profitbedingungen angewiesen, wenn möglichst viele Arbeitsplätze im Lande erhalten bleiben sollen – so denken sie und so reden und handeln sie auch. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten treten dabei in den Hintergrund. Über die Gesellschaftsordnung hinausweisende Gedanken oder auch einfach nur kritische den bestehenden Zuständen gegenüber sind verpönt.

Auf dem ersten Flugblatt zur Tarifrunde war dann auch ein dickes Lob für den Abschluss bei Daimler-Chrysler zu finden. Hier wurden nach Aussage der IGM 160000 Jobs gerettet – gegen einen bezahlbaren Preis, denn, so die IGM, drastische Eingriffe in den Tarifvertrag wurden verhindert. Der kluge Mann baut vor – die Verhandlungsführer bei VW ahnten oder wussten schon, das man über dieses Ergebnis nicht hinauskommen werde, zumal ja die Kollegen nicht zu tief in die Auseinandersetzungen hineingezogen werden sollten.

Die Forderung nach 4 Prozent mehr Lohn analog zur Flächentarifforderung der Metallindustrie wurde schließlich mit aufgenommen, um sich nicht im Vorfeld schon die Blöße zu geben für ein schlechtes Ergebnis schon wegen zu geringer Forderungen verantwortlich zu sein. Im Übrigen gingen die Vorstellungen von Beschäftigten und Vertrauensleuten ja auch in diese Richtung: mehr Geld und sichere Arbeitsplätze.

Der von Arbeitsdirektor Hartz in die Tarifrunde eingebrachte Katalog der VWAG – mit einem Einsparpotential von etwa 30 Prozent als Zielgröße bei den jährlichen Arbeitsko-

sten bis 2011 –, der den Beschäftigten vor Beginn der Verhandlungen innerbetrieblich und über die Medien als das Allheilmittel für ihre Interessen eingehämmert und als alternativlos und in vollem Umfang notwendig beschrieben wurde, sollte die Atmosphäre schaffen, um die Belegschaften von ihren Erwartungen abzubringen. Eine Milliarde EUR sollten die Einsparungen im ersten Anlauf für die Aufbesserung der Profite bei VW bringen. Damit war allgemein klar, dass es eine harte Tarifrunde geben würde, und bei vielen Beschäftigten kam die Meinung auf, dass es, sollte ein akzeptables Ergebnis erreicht werden, diesmal nicht ohne Streik gehen würde.

Beide Tarifparteien waren sich darin einig, dass diese Tarifrunde nicht zu lange dauern durfte, um nachhaltige Unruhe unter den Arbeitern zu vermeiden und den VW-Konzern nicht allzu lange als Konfliktpotential in den Schlagzeilen zu haben – Opel Bochum wirkte da wohl nach. Schon bei der zweiten Verhandlungsrunde kam es zu ersten Protesten vor dem Verhandlungsort. Vertrauensleute aus allen Werken waren mit Bussen angereist und wollten Druck entwickeln, d.h. Dampf für alle ablassen.

Vor der dritten Verhandlungsrunde kam es zu ersten »spontanen« Aktionen in drei Werken, die ähnlich wie Warnstreiks abliefen und – daran ist aufgrund bisheriger Erfahrungen auszugehen – wie immer bei VW mit dem Arbeitgeber abgesprochen waren, um frühzeitig den Druck zu mindern. Bis zum Ende der Friedenspflicht gab es 12 derartige Arbeitsunterbrechungen in allen Werken. Die Beteiligung war außerordentlich gut, selbst die Angestellten, die sich immer etwas schwerer tun bei solchen Aktionen, hatten Beteiligungsquoten über 70 Prozent, viele Lohnbereiche waren noch wesentlich stärker beteiligt. Aufforderungen, nach den Kundgebungen die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, wurde in großem Umfang Folge geleistet, die Produktion kam jedes Mal zum Erliegen.

Selbst am 3.11.2004, als schon die ersten Verhandlungsergebnisse durchsickerten, war noch Hoffnung vorhanden, dass die Verhandlungskommission doch Rückgrat zeigt und die Tarifrunde wieder aufmacht. Das Ergebnis dann wurde zumindest anfangs äußerst negativ aufgenommen. Bis heute sind wegen der Komplexität der Tarifverträge viele Auswirkungen noch nicht nachvollziehbar. Die Unruhe hat sich inzwischen gelegt, Unzufriedenheit und Unsicherheit bleiben.

Während der Aktionen der Belegschaften wurde von den Funktionären noch die gute Beteiligung hervorgehoben und Streikbereitschaft festgestellt, was der Stimmung unter den Beteiligten tatsächlich entsprach. Auch wenn niemand mit besonderer Freude in einen Streik geht, der ja mit vielen Einschränkungen verbunden ist, war die Bereitschaft dazu bei vielen gegeben, denn die Wut über das Auftreten und den Forderungskatalog des VW-Managements war groß. Diese Streikbereitschaft wurde von Mitgliedern der Verhandlungskommission nach dem Tarifergebnis plötzlich verneint, auf einmal war diese Streikbereitschaft nie vorhanden gewesen. Die anfangs opponierende Stimmung gegen das Ergebnis ist in der Folge auch bei vielen Vertrauensleuten dem »da können wir sowieso nichts mehr machen« gewichen.

Viele Kollegen äußern den Eindruck, dass das Tarifergebnis schon vorher fertig war, das Ganze sei eben doch nur wieder Theater gewesen, es gibt auch Diskussionen über Gewerkschaftsaustritte. Die Arbeitsplatzsicherung beruhigt zwar viele, aber ebenso viele sind auch skeptisch, zumal in

den Tarifvertragstexten von möglichen Aufhebungsverträgen die Rede ist und alles, was vereinbart wurde, bis September 2005 noch auf dem Prüfstand steht.

VW reiht sich mit diesem Abschluss nicht nur in die Entwicklung anderer Großbetriebe wie Siemens, Daimler/Chrysler, Opel ein, sondern übertrifft sie eher durch ein noch höheres Maß an Abbau.

Die Kette wird nicht abreißen. Audi hat bereits Veränderungsforderungen gestellt, Daimler will noch mal 500 Mio. Einsparvolumen durchsetzen und selbst VW ist noch mit 1 Mrd. EUR dabei, um ein jährliches Einsparpotential von 2 Mrd. EUR durchzusetzen – als Zielmarge bis 2011. Von diesem Ziel sind jetzt schon durch die Tarifrunde 50 Prozent erfüllt.

Der Metallarbeitgeberverband hat angekündigt, die Nachverhandlungsklauseln aus den 2004 abgeschlossenen Flächentarifverträgen nutzen zu wollen, um analog zu VW nachträglich zu einer Nullrunde zu kommen. Der ver.di-Vorstand macht den VW-Abschluss dafür verantwortlich, dass die öffentlichen Arbeitgeber hartnäckiger als die Jahre zuvor auf einer Nullrunde beharren. VW wird mal wieder – wie zur Zeit der Sozialpartnerschaft – zum Musterbetrieb des Modell Deutschland. Die Klassegegensätze waren bei VW, anders als in den traditionellen Metallbetrieben, besonders gut übergetüncht. Die »kooperative Konfliktbewältigung«, Ausdruck der gemeinsamen Interessen von Betriebsrat und VW-Management, findet ihre heutige Fortsetzung in der Vorreiterrolle von VW beim Lohnabbau auf breiter Linie.

In der Presse war auch von geheim gehaltenen Teilergebnissen der Tarifverhandlungen die Rede, dem die IGM natürlich entschieden widersprach – trotzdem bleiben nach wie vor Auslegungsfragen und strittige Bewertungen von Einzelergebnissen, wie zum Beispiel die »Einzahlung« von Arbeitszeit auf das Arbeitswertkonto. Selbst wenn es keine geheimen Details geben sollte, so bleibt doch festzustellen, dass das Tarifdickicht immer undurchsichtiger wird und die Kollegen kaum noch wissen zu welchen Bedingungen sie ihre Arbeitskraft als Ware auf dem Markt preisgeben. Die Bezahlungsregelungen allein sind kompliziert genug, zumal ja gar nicht alles mehr in Geld abgegolten wird, sondern mit angesparten Arbeitszeitkonten verrechnet wird. Unüberschaubare Flexibilisierungsbedingungen, unterschiedliche Beschäftigungsgruppen, vielleicht bald besondere Arbeitszeiten, die mit Gesundheitsleistungen und Leistungen im Rentenalter verrechnet werden, lassen den Verkauf der Ware Arbeitskraft ähnlich kompliziert werden wie eine Einkommenssteuererklärung, die ohne Experten kaum zu erledigen ist. Machen sich so die Tarifklempner unentbehrlich?

In der Verhandlungskommission hatten zwei Mitglieder gegen die Vereinbarung gestimmt, von der 108-köpfigen Tarifkommission stimmten 15 gegen den Abschluss. Abstimmungen in den Vertrauenskörpern, soweit sie durchgeführt wurden, brachten ähnliche Ergebnisse. Der Protest wurde schon auf den Sitzungen heruntergekocht, schließlich wollte sich niemand gegen Arbeitsplatzsicherungen wenden, nur wenige kritische Stimmen waren zu hören. Wissen über die Entwicklungsgesetze unserer Gesellschaft, über die Funktionsweise des Kapitalismus ist nur noch in wenigen Köpfen der lohnabhängig Beschäftigten vorhanden. Das Denken wurde in den vergangenen Jahren, mehr noch als davor, von den Neoliberalen beeinflusst, das Klassenbewusstsein weiter verschüttet.

SZ, 25.1.05 ■

TRANSNET in der Privatisierungsfalle

Überraschungen hat der 17. Ordentliche Gewerkschaftstag der TRANSNET, der größten europäischen Verkehrsgewerkschaft mit etwa 280.000 Mitgliedern (davon in Ostdeutschland 83.057), vom 7. bis 11. November 2004 in Berlin nicht gebracht. Zwar wird vom Vorstand behauptet, dass er von »historischer Dimension« gewesen sei, aber diese besteht allein darin, dass die Delegierten auf die Politik der Bundesregierung außen- wie innenpolitisch eingeschworen wurden. Außenpolitisch bedeutet dies in der Sprache des Vorstandes: »TRANSNET denkt und handelt europäisch«, wobei Europa überall dort ist, wo es Interessen der Bundesregierung gibt, also auch am Hindukusch: »Europa ist im Grunde genommen ein ungenauer Begriff. Er bezeichnet etwas, das eigentlich keine festen Grenzen hat und von sich verändernder Gestalt ist. Etwas das Verschiebungen, Brüche und Wandlungen erfahren hat und noch erfahren wird.« Da ist es natürlich konsequent, dass man im Grundsatz auch den Einsatz militärischer Mittel für richtig hält, um dieser Politik zur Durchsetzung zu verhelfen: »Krieg darf allenfalls kurz und begrenzt zur Wiederherstellung der Menschenrechte eingesetzt werden« – er müsse aber in ein »umfassendes Lösungskonzept eingebettet« sein. Innenpolitisch bedeutet der Kurs des Transnet-Vorstandes den Verzicht auf eine grundsätzliche Kritik an der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen sowie eine Unterstützung der Privatisierungspolitik dieser Bundesregierung, somit auch der Bahn: »Gewerkschaften befinden sich im Wandel, gestalten den Wandel mit«.

Gewerkschaftskongress unterstützt die Privatisierung

Ganz im Sinne der politischen Vorgaben hieß das Motto des vor den Augen vieler internationaler Gäste zelebrierten Gewerkschaftstages: »Kreativ handeln«. Und das taten die Delegierten dann auch: Obwohl der Vorsitzende Norbert Hansen (SPD) bei den einfachen Mitgliedern keineswegs Autorität besitzt, wurde er wiedergewählt. Dies ist schon insofern nicht weiter verwunderlich, als die Vorbereitung des Gewerkschaftstages in den Medien der TRANSNET kaum oder nur eine beschönigende Rolle gespielt hat. Im Gästebuch des Gewerkschaftstages gab es dazu den Eintrag: »...als langjähriges Mitglied bin ich über die von Transnet geführte »konstruktive Begleitung« beim Thema Börsengang/Privatisierung schon seit einiger Zeit verstimmt. Öffentliche Diskussionen über diesen Kurs werden unterdrückt. Als Beispiel erinnere ich mich an die Bundesbetriebsrätekonferenz der Transnet vom 1. April 2004. Mit Zweidrittelmehrheit votierten die KollegInnen gegen die Privatisierung der Bahn und stellten einen entsprechenden Antrag an den Gewerkschaftstag. In den Publikationen der Transnet (Inform, Homepage) wurden die Diskussion und der Beschluss in der Berichterstattung nicht erwähnt. Auch Leitartikel sind allgemein gehalten, Börsengang oder Privatisierung werden nicht erwähnt. Dabei gibt es zahlreiche Beispiele, aus denen Börsenanhänger etwas lernen sollten. Privatisierung hat immer eine Vernichtung von Arbeitsplätzen zur Folge gehabt. Kaum jemand stellt sich die Frage, warum nicht eine sanierte moderne Bahn weiterhin unter der Flagge des Bundes fahren soll. Ich wünsche mir vom Transnet-Vorstand und von allen Kolleginnen und Kollegen mehr Stellungnahmen dazu.«



Vor drei Jahren protestierte die TRANSNET noch verbal (auf dem Aktionstag in Berlin) – mit dem Gewerkschaftstag ist sie vollständig auf die Linie des Kanzlers eingeschwenkt.

Die Stellungnahmen blieben aus! Kein Wunder, heißt es doch im 300 Seiten umfassenden »Geschäftsbericht« des Vorstandes über die organisatorische Perspektive der TRANSNET: »Vom gewerkschaftlichen Verwalten zum modernen Servicebüro«. So wird schön vertuscht, worin die wirklichen Ursachen für den seit Jahren anhaltenden Mitgliederschwund bestehen. **Wer weiß denn heute noch, was eine Gewerkschaft ist?** Und das darf wohl auch nicht sein. Denn nichts wäre schlimmer für die DB AG, das größte Privatisierungsprojekt des deutschen Unternehmertums, als die Überwindung der Apathie der Gewerkschaftsmitglieder durch aktive, wirklich demokratische Mitwirkung an der Bestimmung und Umsetzung einer Gewerkschaftstaktik, die auf dem klaren **Nein** zum Börsengang basiert. Der Antrag der Bundesbetriebsrätekonferenz vom April 2004 lag den Delegierten vor. Er wurde mit 278 von 291 Stimmen abgelehnt. Ein schönes vorweihnachtliches Geschenk für den anwesenden Bahnchef Hartmut Mehdorn und seinen regierungsamtlichen Auftraggeber Gerhard Schröder sowie den im zweiten bundesrepublikanischen Arbeitsverhältnis zum Verkehrsminister avancierten ehemaligen Ost-Kirchenjuristen Manfred Stolpe. DGB-Vorsitzender Michael Sommer hat sich bestimmt auch gefreut – gelächelt hat er bei seiner Rede. Die wirklichen Drahtzieher der »Bahnreform« aus dem Kreise des Industrie- und Bankkapitals hielten sich natürlich im Hintergrund. Deshalb fiel es Hansen um so leichter, das Märchen von der »konzertierten Aktion der 70er Jahre« neu aufzuwärmen. Mag sein, dass er selbst an diesen Unfug glaubt, aber die Delegierten hat er mit nichteinlösbaren Versprechungen tüchtig übers Ohr gehauen – oder waren sie vom Lesen ihrer 800 Blatt Papier, darunter 477 Anträge bereits so ermüdet, dass sie gar nicht mehr wahrgenommen haben, wozu sie sich hergaben? Hansen jedenfalls hält das »Bündnis für Arbeit« für ein »Forum kreativer Lösungen«.

Der Gestaltungsanspruch im gesellschaftlichen Reformprozess sei aufrechtzuerhalten, hieß es weiter. Es ginge um eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Kapital. Die Bahnreform dürfe nicht total abgelehnt werden, da die deutsche Gewerkschaftsbewegung bisher nicht in der Lage gewesen sei, ein schlüssiges Alternativkonzept zu entwickeln. Und um dem Fass die Krone aufzusetzen, wiederholte Gerhard Schröder, der als Gastredner auftrat, was er schon vor einiger Zeit »vertraulich« gesagt hat: Es ginge darum, heute gemeinsam die Revolution zu verhindern.

Einen Aufstand der Delegierten haben alle diese klaren Worte nicht hervorgerufen. Dennoch, an einer Stelle keimte Hoffnung auf, dass der Gewerkschaftstag aus seinem Tiefschlaf erwacht: Wenn die Bahn auf Forderungen der TRANSNET nicht eingehe, stehe »ein Streik ins Haus, den sie (die Arbeitgeber) nicht vergessen werden.« Und: »Wir haben einen starken Arm, der alle Räder still stehen lassen kann.« Dieser Arm ist beim Vorstand schnell wieder ermattet. Trotzdem: Hansen erhielt minutenlangen Beifall. Schließlich hieß es in einem Leitantrag auch: »Durch das Streikrecht kann die Parität im Kräfteverhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gewahrt werden.« Erfahrene Gewerkschafter wissen sich darauf ihren Reim zu machen.

Oppositionelle Stimmen auf dem Kongress

Man wird nicht erwarten, dass ausgerechnet der Mitgestalter der Bahnreform, der den Mitbestimmungssirrsinn fast unwidersprochen bis zur Idiotie ausdehnen kann, den wirtschaftlichen Kampf – den er sowieso nicht ausruft – durch den politischen ergänzt. Sozialismus und Gewerkschaften – für Hansen schon immer ein Buch mit sieben Siegeln. Seine Probleme mögen dadurch geringer werden, die Probleme der TRANSNET werden sich aber verschärfen. Es ist allerdings merkwürdig, dass einer, der doch die Theorie und die Ideologie für so ganz und gar unsinnig hält, mehrfach gerade gegen diese Stützpfeiler einer kämpferischen Gewerkschaftsbewegung massiv zu Felde gezogen ist. Alfred Lange von der »Bahn von unten« muss Hansen da mächtig im Magen gelegen haben. Es ist ja auch ärgerlich, wenn die traute Eintracht mit dem Kapital durch eine Rede gegen den Börsengang gestört wird und die »Bahn von unten« auch noch eine Broschüre¹⁾ und Flugblätter – jeden Tag ein aktuelles – gegen das Lieblingskind des Vorsitzenden verteilt. Lieber verheißt Hansen »Gewinnbeteiligung«. Aber ist Mehrwert nicht unbezahlte Arbeit, die auf der Ausbeutung der Lohnarbeit beruht und die nach den Gesetzen des Eigentumsmonopols einer Minderheit angeeignet wird? Samuel hilf! Nun, der Kampf gegen die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich ist seit jeher Antrieb der sozialistischen Bewegung; sie orientiert auf Gemeineigentum. Aber diese Bewegung kennt Hansen ja nicht – die Delegierten offenbar auch nicht – außer einigen Vertretern der »Bahn von unten«. Sollte sich die Situation doch irgendwann zuspitzen, darf man ruhig an »Das rote Gewerkschaftsbuch« erinnern. Das dort anvisierte Los »sozialpartnerschaftlicher« Gewerkschaftsvorstände trifft auf den Vorstand der TRANSNET unbedingt zu. Sozialistisch ist Hansen nicht ausgerichtet, da brauchen er und sein Kanzler wirklich keine Angst zu haben. Ein guter Neoliberaler ist er aber allemal.

Hansen und sein Vorstand wissen, was sie tun. Was die Montan-Mitbestimmung bedeutete, ist ihnen sehr wohl bewusst – Verhinderung des Gemeineigentums, wenigstens

aber der Verstaatlichung. Die Einöde des Gewerkschaftstages ist auch die Einöde des Gewerkschaftslebens der TRANSNET. Eben der Alltag eines Versicherungsvereins. Nun sollen erst einmal die Arbeitnehmervertreter für den Aufsichtsrat gewählt werden. Interessanterweise stehen auf Unterstützungslisten im Osten nur Westvertreter. Aber wer wählt denn schon, wovon er sowieso nichts hat?

Zum Beschäftigungstarifvertrag

Ob der regierungs- und privatisierungsfreundliche Kurs des Vorstandes nicht nur bei den Delegierten des Gewerkschaftstages, sondern auch bei den aktiven Vertrauensleuten und den organisierten Beschäftigten Zustimmung findet, wird sich Mitte Februar zeigen. Dann nämlich haben die Mitglieder Gelegenheit, über den jüngst zwischen Gewerkschaftsführung und Bahn-Vorstand ausgehandelten sog. »Beschäftigungstarifvertrag« abzustimmen. Er kam auf Initiative der Unternehmensleitung zustande und steht ganz im Zeichen der Vorbereitung der Börsennotierung des Unternehmens.

Betriebsbedingte Kündigungen werden nach dem Vertrag bis zum 31. 12. 2010 ausgeschlossen. Die Arbeitsplätze werden dennoch »wegrationalisiert«, obwohl die Eisenbahner schon gar nicht mehr wissen, wie die Arbeit eigentlich ordentlich und sicher verrichtet werden soll. Den Kollegen werden »Alternativen« angeboten, die sich zwischen unbezahlter Arbeitszeitverlängerung oder erheblicher Lohnneibuße bewegen. Die sog. »Arbeitskosten« sollen um 5,5 Prozent gesenkt werden, die wöchentliche Arbeitszeit hat »unternehmensspezifisch« zwischen 35 und 40 Stunden zu liegen, auf einen Tag Jahresurlaub ist von den 130.000 Beschäftigten zu verzichten, für die der neue Tarifvertrag gilt. Natürlich ist im Zuge der Zentralisierung, Rationalisierung und Leistungsverringerung auch die »Eigeninitiative« angedacht, durch die die Kollegen sich selbst um eine neue Arbeit kümmern sollen. Da gibt es die Bordgastronomie, die ausrangierten Zugbegleitern Lohnneibußen von mehreren Gehaltsgruppen verheißt, ihnen aber verspricht, dass sie sich bei guter Führung zum Zugbegleiter qualifizieren können – was sie allerdings schon sind! Auffanggesellschaften zur »Weiterbildung« oder »Vermittlung« mit späterer Entlassung für diejenigen, die aus dem Tarifvertrag rausfallen, weil sie nicht schon fünf Jahre bei dem Konzern beschäftigt sind bzw. aus anderen Gründen, wurden selbstverständlich auch angedacht. Hansen fasst solche Methoden zur generellen Absenkung des Lohnniveaus unter dem Begriff »Abbau von Investitionshemmnissen« zusammen. Es handelt sich also, trotz anderslautender Reden von Hansen, tatsächlich um Klassenkampf. Naja, der »Klubsesseleinfluß« scheint nur neutral – ist es aber nicht. Die Lohnarbeiter haben ihn auf gar keinen Fall. Hansen kann froh sein, dass die Eisenbahner ihre Aufgabe noch nicht begriffen haben – sonst...!

Das bisherige gewerkschaftliche Herangehen in der Frage der Sicherung der Arbeitsplätze ist rein defensiv. Von »Verteidigung« kann keine Rede sein, da es sich um eine eindeutige Abwärtsspirale handelt. Der Tarifvertrag ist keine Grundlage zur Krätesammlung, sondern ein Mittel zur Ausschaltung von Kraft.

J. M. ■

1) Bahn und Börse, Wohin rast der Privatisierungszug? Wir beantworten Fragen eines lesenden Eisenbahners, Informationen von und für KollegInnen der DB AG, Oktober 2004, Rückfragen an: www.bahnvonunten.de – übrigens eine sichere Adresse.

Krise und Abbau beim Karstadtkonzern

Anfang November 2004 lud die Berliner Gruppe Arbeiterpolitik zwei Kollegen aus dem Bereich Handel von ver.di ein, um nähere Informationen über die Krise beim Kaufhauskonzern Karstadt zu bekommen. Unweigerlich berührte die Diskussion auch die Lohn- Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Bereich Handel insgesamt.

Wenn allgemein die Einkommen sinken, bleibt es nicht aus, dass die Unternehmen in Schwierigkeiten geraten, die von der Kaufkraft der lohnabhängig Beschäftigten leben. Seit Jahren sinken die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten. Besonders starke Einbrüche hat es in den vergangenen zwei Jahren gegeben. Die Tariflöhne stagnieren, in einigen Branchen sinken sie sogar. Übertarifliche Lohnbestandteile werden gestrichen und tarifvertraglich festgelegte Sonderzuwendungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) im Rahmen sog. Beschäftigungspakte zeitweise ausgesetzt oder dauerhaft reduziert. Weil die Beschäftigten weniger in der Tasche haben und die wirtschaftliche Situation für viele unsicher ist, müssen sie sich mit ihren Ausgaben zurückhalten. Die steigende Arbeitslosigkeit schwächt die Binnen- nachfrage zusätzlich.

Der Rückgang der Nachfrage trifft den gesamten Einzelhandel. Besonders die kleinen Unternehmen und die Einzelgeschäfte leiden darunter. Sie haben keinen Geldgeber im Rücken, der bereit ist, Schwierigkeiten aufzufangen. Ihre Verhandlungspositionen gegenüber den Banken und den Zulieferern ist äußerst schwach. Die Krise im Einzelhandel ist schon seit längerem spürbar. Über die Insolvenzen von kleineren Geschäften wird in der Öffentlichkeit wenig geredet, allenfalls wird die Verödung einzelner Bereiche der Innenstädte beklagt, sichtbar durch die wachsende Zahl der leeren Schaufenster. Der kontinuierliche Verlust an Arbeitsplätzen ist gravierender als der bei Karstadt anstehende Abbau, macht aber keine Schlagzeilen.

Versuchte Krisenlösung durch Zukauf

Kaufhäuser stellen im Handel nur einen kleinen Teil des Geschäfts dar. Am Gesamtumsatz der Branche sind sie mit etwa 3 bis 4 Prozent beteiligt¹⁾. Doch die mögliche Insolvenz eines dieser Unternehmen interessiert die Öffentlichkeit, weil Tausende von Beschäftigten aus Verkauf, Verwaltung und Logistik gleichzeitig von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Auch wäre mit der Pleite die Infrastruktur vieler Städte betroffen. Traditionell befinden sich die Kaufhäuser in den Zentren von Kommunen und Städten.

Karstadt hat in den letzten Jahren versucht, der Krise im Einzelhandel durch Aufkauf anderer Unternehmen wie Hertie, Wertheim, Quelle, Schauland, etc. zu begegnen. Das Unternehmen wollte durch die Stärkung seiner Nachfrage- macht die Preise der Zulieferer drücken und sich so gegenüber anderen Unternehmen, die nur erheblich niedrigere Warenmengen ordern können, einen Kostenvorteil verschaffen. Als die Konzernspitze etwa ab dem Jahre 2000 sah, dass die Strategie nicht aufging, wagten sich die Manager des Konzerns in Bereiche vor, die bisher nicht zum Betätigungsfeld des Unternehmens gehörten (Fitness-Studios, Kaffee-

1) Vgl. zur Bedeutung der Warenhäuser in der Weimarer Republik Erich Lessing, Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, Nr. 30/17. Mai 1930, S. 316. Der Artikel enthält auch einen Abschnitt zum Karstadt-Konzern.

Ketten, etc.). Sie setzten so Kapital, das zur Optimierung des Handelsbereichs hätte verwendet werden können, in völlig fremde Unternehmenssektoren ein. Man kann solche Entscheidungen als Managementfehler bezeichnen. Doch ist nicht sicher, ob das Unternehmen seiner Krise auch ohne die Zukäufe im Nichthandelsbereich entgangen wäre. Selbst wenn Karstadt sich hätte konsolidieren können, wäre dies nur auf Kosten anderer Unternehmen im Konkurrenzkampf der Handelskonzerne möglich gewesen. Der Kaufhof beispielsweise hat die Krise mit den entsprechenden Einspar- und Abbaumaßnahmen schon seit drei Jahren hinter sich.

Gewerkschaftliche Aktivitäten

Gewerkschaftlich gehört Karstadt zu den am besten organisierten Unternehmen im Bereich des Handels. Die Tarif- runden der letzten Jahre profitierten von dem Organisationsgrad und den Aktivitäten der KollegInnen des Karstadtkonzerns.

Verhandlungsergebnisse

Auf folgende Lohnbestandteile müssen die Beschäftigten in den kommenden Jahren verzichten. Alle Abreden gelten bis Ende 2007, dann treten die jeweils regional geltenden Tarifverträge und die übertariflichen Regelungen beim Konzern wieder in Kraft.

Tarifliche Zahlungen:

- Keine Erhöhung der jeweiligen Tarifentgelte
- Streichung des Urlaubsgeldes
- Jährliche Reduzierung des Weihnachtsgeldes um 15% des jeweils individuell geltenden Anspruchs

Übertarifliche Leistungen

- Streichung der Zusatzurlaube
- Reduzierung der übertariflichen Zahlungen auf 30 Mio Euro
- Kürzung der Leistungsentlohnung um jährlich 3 Mio Euro
- Kürzung des Kasinzuschusses um jeweils 4 Mio Euro
- Kürzung des Sterbegeldes jährlich um 0,3 Mio Euro
- Kürzung der Ergebnisbeteiligung der Abteilungsleiter um jeweils 2 Mio Euro
- Reduzierung des Personalrabattes um jährlich 5 Mio Euro
- Verringerter Einsatz von Aushilfen und Propagandisten
- Streichung der Wegezeiten
- Streichung des Jubiläumsgeldes, sofern Karstadt dies wünscht

Als Gegenleistung sichert das Unternehmen zu, bis zum 31.12.2007 keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen, wobei bereits bestehende Beendigungskündigungen in einzelnen Unternehmensfilialen davon un-berührt bleiben. Auch können Beschäftigte entlassen werden, wenn sie »zumutbare« Alternarbeitsplätze ablehnen oder aber »Anpassungsqualifikation« verweigern. Die Standortsicherung der Warenhäuser gilt nur solange, wie sie sich im Eigentum des Konzerns befinden. Außerdem sichert Karstadt zu, bei Ausgründungen innerhalb des Konzerns die Bindung an den Einzelhandeltarifvertrag nicht aufzugeben. Als Ausgleich für die Kürzung der Zuwendung und des Urlaubsgeldes erhält jeder Vollzeitbeschäftigte einen Sachbezug in Höhe vom 1000 Euro.

Arbeitsverhältnisse bei den Discountern

Schaut man sich die Entlohnung bei den Discountern an, so sind hier prekäre Arbeitsverhältnisse Normalität geworden. Vollzeitverhältnisse gibt es nur noch in Ausnahmefällen. Teilzeitverträge werden in der Regel als sog. 400 Euro-Jobs angeboten. Mit diesem Entgelt haben Beschäftigte nicht mehr in der Tasche, als sie über das Arbeitslosengeld II auch bekommen würden. Eine »private Vorsorge« ist damit nicht möglich. Höhere Ausgaben für medizinisch notwendige Leistungen, die seit Anfang des Jahres 2004 von den Kassen nicht mehr übernommen werden, sind für Menschen in diesen Einkommensregionen nicht finanzierbar.

Eine gewerkschaftliche Politik, die sich allein auf den Abschluss von Tarifverträgen konzentriert, hilft hier nicht weiter. Selbst wenn tarifvertraglich Verbesserungen bei der Entlohnung durchgesetzt würden, heißt dies noch lange nicht, dass sie in den Betrieben auch umgesetzt werden. So sieht der Einzelhandeltarifvertrag vor, dass Beschäftigte nach vier Jahren ununterbrochener Tätigkeit in einem Unternehmen in eine höhere Lohngruppe eingruppiert werden müssen. Unternehmen wie Schlecker und Lidl versuchen dies dadurch zu verhindern, dass sie Beschäftigte mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vorher aus dem Betrieb zu drängen versuchen, durch das Angebot einer Abfindung, durch Kündigung aus nichtigem Grund, etc.

Die Arbeitsverhältnisse bei Discountern wie Lidl, Aldi, Schlecker, etc. sind nicht nur bestimmt durch äußerst niedrige Entlohnung, auch die sonstigen Arbeitsbedingungen sind für die Beschäftigten katastrophal. Arbeitszeiten wie etwa Überstunden werden z. T. nicht bezahlt, Einsatzpläne haben keinen verbindlichen Charakter, Kündigungen werden bei geringstem Fehlverhalten ausgesprochen, Versetzungen in andere Filialen werden von heute auf morgen angeordnet, unliebsame Beschäftigte werden brutal gemobbt.

Besonders heftig gehen die Unternehmen gegen Beschäftigte vor, die einen Betriebsrat gründen wollen. Sie setzen alle nur erdenklichen Mittel ein, um die Wahl einer Vertretung der Beschäftigten zu verhindern. Beschäftigte werden in Filialen versetzt, die bald schließen, Abfindungen werden angeboten, die Beschäftigten werden kriminalisiert dadurch, dass ihnen falsche Abrechnungen unterstellt, Unfreundlichkeit gegenüber Kunden behauptet oder Diebstähle vorgeworfen werden, etc. Bei Lidl hat dies dazu geführt, dass in den etwa 2000 Filialen nur sieben Betriebsräte existieren²⁾.



2) Vgl. hierzu die Broschüre »Schwarzbuch Lidl«, hrsg. ver.di

Hier gelang es ver.di immer wieder, die Belegschaften wenigstens stundenweise vor die Kaufhaustore zu bringen. Auch bei den Auseinandersetzungen um die Ladenschlussöffnungszeiten kam der stärkste Widerstand aus dem Bereich von Karstadt. Teile der Belegschaft unterstützten nicht nur die gewerkschaftlich organisierten Proteste gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, ihre Betriebsräte versuchten auch noch nach Verabschiedung des Gesetzes dessen Umsetzung allein im Interesse des Konzerns mit den ihnen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitbestimmungsregelungen zu behindern.

Die Aktivitäten der Beschäftigten des Karstadt-Konzerns haben schon vor Jahren dazu geführt, dass das Unternehmen der Belegschaft höhere Leistungen gewährte als im Einzelhandel üblich. Auch mussten die Betriebsräte bei Rationalisierungen oder anderweitigen mitbestimmungspflichtigen Vorgängen vom Vorstand stärker einbezogen werden.

Mit der Gründung von ver.di wurde zwar die Konkurrenz zwischen HBV und DAG aufgehoben, allerdings um einen Preis: Ehemalige Gewerkschaftspositionen der HBV wurden aufgeweicht oder aufgegeben zugunsten einer noch engeren Zusammenarbeit mit den Unternehmen.

Aktionen in Berlin

In Berlin hat der Fachbereich Handel in ver.di unmittelbar nach Bekanntwerden der drohenden Insolvenz die Beschäftigten über die Situation in mehreren Flugblättern informiert. Auch wurden andere Fachbereiche von ver.di über die Lage im Konzern aufgeklärt. Die Betriebsräte riefen die Mitarbeiter zu Betriebsversammlungen, die mehrere Stunden dauerten. In dieser Zeit blieben die Kaufhäuser geschlossen.

Für einen Streik bestand allerdings unter den Belegschaften in Berlin wenig Bereitschaft. Die Beschäftigten gingen

davon aus, dass eine Arbeitsniederlegung mit der Folge eines weiteren Umsatzrückgangs ihre Lage kaum verbessern würde. Aktionen in anderen Unternehmen, etwa Solidaritätsstreiks von Beschäftigten umliegender Läden waren nicht zu erwarten. So kamen zu einem Protestmeeting von ver.di vor den Steglitzer Filialen des Konzerns nur wenige, um sich solidarisch zu zeigen. Ein weiterer Grund für den Verzicht auf Streikaktionen lag in der Einschätzung der Karstadtmitarbeiter, dass ihre wirtschaftliche Existenz nicht so sehr vom eigenen Vorstand, sondern vor allem von den Kapitaleigentümern und den Banken abhängig war. Und gegenüber diesen erfolgreich Druck auszuüben, darauf war die Belegschaft nicht vorbereitet und allein nicht stark genug. Zudem erlag ein Teil dem Druck, den Unternehmer und Medien auf sie ausübten. In den Vorstandsetagen kursierten Unterschriftenlisten von Beschäftigten, mit denen ver.di aufgefordert wurde, flexibler mit den Tarifverträgen umzugehen. Insbesondere erklärten sich die Unterzeichner bereit, Mehrarbeit ohne Lohnausgleich akzeptieren zu wollen.

ver.di – mit einem blauen Auge davongekommen?

Ebenso wie bei anderen Großkonzernen gab es bei den Verhandlungen einen auch nach außen sichtbaren Riss zwischen Betriebsräten und Gewerkschaft. Während jedoch in anderen Konzernen – vor allem im Zuständigkeitsbereich der IG Metall – sich die Betriebsräte durchsetzten bzw. die Gewerkschaftspositionen bestimmten, beugte sich der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Karstadt, Prokriefte, schließlich der Gewerkschaft und hielt sich während der Verhandlungen bedeckt. Anfangs hatte er die Unternehmerforderungen nach Abkopplung der Arbeitszeitregelungen von den Tarifverträgen unterstützt.

Das Ergebnis unterscheidet sich denn auch von den Abmachungen, welche die IG Metall in den letzten Monaten abschloss. Bis auf zeitlich begrenzte Einschnitte beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld und der dreijährigen Aussetzung von Lohnerhöhungen im Konzern, gelang es der Gewerkschaft, die Kernbestandteile des Tarifvertrages (Lohnstruktur, Lohnhöhe wie auch Arbeitszeit) zu halten. Für Neueingestellte z.B. gibt es keine niedrigeren Tarife als für die bereits im Unternehmen Beschäftigten. Zugeständnisse gab es insbesondere bei den übertariflichen Leistungen. Betriebsbedingte Kündigungen wurden weitgehend ausgeschlossen. Auch wird der Konzern keine Filialen schließen. Allerdings wird er einige verkaufen, wobei dann die Verantwortung über den Bestand der Arbeitsverträge auf den neuen Eigner übergeht.

Gelang es ver.di in den Verhandlungen, den Kernbestand der tarifvertraglichen Regelung zu erhalten, so konnte sie in einem anderen Punkt auch nicht mehr erreichen als andere Gewerkschaften. Die Unternehmensführung ging ähnlich wie andere Konzerne mit einem Ultimatum in die Verhandlung. Sie verlangte von der Gewerkschaft und den Betriebsräten eine Einsparsumme von 500 Millionen Euro bei den Beschäftigten im Karstadtkonzern und 269 Millionen Euro im Unternehmensbereich Quelle Neckermann. Nur wenn dieser Betrag erreicht würde, so erklärte der Vorstand, habe der Konzern eine Chance zu überleben. Das ultimative Vorgehen ist nicht allein ökonomischen, sondern auch politischen Interessen geschuldet. Die Banken, die letztlich diesen Betrag einforderten, wollten diese Einsparung insbesondere durch einen Eingriff in die Arbeitszeitregelungen des Tarifvertrages erzielen. Die Erpressungspolitik ist sogar in der Präambel des Eckpunktepapiers, der »Vereinbarung zur Sanierung und zur Beschäftigungssicherung für den KarstadtQuelle-Konzern«, festgehalten. Dort heißt es unmissverständlich, dass Anteilhaber und Banken nur dann bereit seien, einen Beitrag zur Sanierung des Konzerns zu leisten, wenn die Beschäftigten auf Lohnbestandteile in Höhe von 769 Millionen Euro verzichteten.

Dass eine solche Forderung der Unternehmer derzeit überhaupt nicht mehr verhandelbar ist, zeigt, wie sehr sich das Kräfteverhältnis zu Ungunsten der Beschäftigten und der Gewerkschaften verschoben hat. ver.di kann/will dem nichts mehr entgegenzusetzen, die Beschäftigten reagieren in dieser für sie existenziell bedrohlichen Lage hilflos.

Mobilisierungsfähigkeit geschwächt

ver.di konnte den Flächentarifvertrag im Wesentlichen erhalten und vor allem eine Arbeitszeitverlängerung abwehren. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil es auch aus dem eigenen Lager (u. a. aus dem Betriebsrat) erheblichen Druck gab, in diesem Punkt Konzessionen zu machen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit hätte die Beschäftigungssituation weiter zugespitzt, da Karstadt insgesamt von einer Verkürzung der Gesamtarbeitszeit im Konzern ausging. Ferner gelang es ver.di, sowohl bei den tariflichen wie den übertariflichen Kürzungen eine zeitliche Befristung zu vereinbaren. Für die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit entsteht allerdings zukünftig ein Problem. Bei den kommenden Tarifrunden können die früher sehr aktiven Beschäftigten der Karstadt-Filialen zunächst nicht mehr einbezogen werden. Bleibt die Frage, mit wem die Gewerkschaft noch in Auseinandersetzungen gehen kann. Weder im Kaufhof-Konzern noch bei

den Filialisten gibt es zurzeit eine ausreichende Zahl von Mitgliedern, um eine harte Auseinandersetzung mit den aggressiven Unternehmern bestehen zu können.

ver.di konnte zwar Einbrüche bei den Tarifverträgen verhindern, aber das Ultimatum, was die Höhe der Einsparsumme betrifft, nicht abwehren. Die Gewerkschaft hat nicht einmal den Versuch unternommen, darüber zu verhandeln und die Eigentümer und die Banken finanziell stärker zur Sanierung des Konzerns heranzuziehen. Die Forderung nach dem Rückgriff auf deren Vermögen, das nicht zuletzt durch die jahrzehntelange Ausbeutung der Beschäftigten von Karstadt entstanden ist, lag für ver.di außerhalb jeglicher Erwägung. Sie hat den Konflikt auf die Verhandlung mit einer Unternehmensspitze konzentriert, die bei der Höhe des Sanierungsbeitrages der Beschäftigten keinen eigenen Verhandlungsspielraum besaß. So verzichtete ver.di von vornherein darauf, die Auseinandersetzung auf eine gesellschaftliche und politische Ebene zu heben.

Erhebliche Unsicherheiten für die Beschäftigten von Karstadt bleiben wegen der angespannten konjunkturellen Lage bestehen. Sollten die Realeinkommen der Lohnabhängigen weiter sinken, wird sich das auf den Umsatz von Karstadt auswirken. Dann wird der Konzern die Zumutbarkeitskriterien für Alternativarbeitsplätze sicher extensiv auslegen oder aber schneller und mehr Unternehmensteile verkaufen als bisher geplant. Außerdem wird der Konzern, nicht zuletzt aufgrund des Drucks der Eigentümer und der Banken, dann zu einer neuen Runde des »Beschäftigungspaktes« einladen, mit sicher erheblich weiter reichenden Folgen. Die Beschäftigten des Karstadt Konzerns werden der Kapitaleseite nur dann etwas entgegensetzen können, wenn sie sich rechtzeitig auf die Auseinandersetzung vorbereiten. H., Berlin ■

■ ZU DEN FOLGEN VON HARTZ IV

Pflichtarbeit ohne Lohn

Hartz IV ist nun Realität. Die VertreterInnen und ausführenden Organe der herrschenden Politik verkündeten erleichtert, die einschneidenden Strukturveränderungen seien nahezu reibungslos über die Bühne gegangen. Soziale und linke Initiativen wie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen (BAG-SHI), das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB) und das Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ) sehen das ganz anders. Sie weisen nicht nur grundsätzlich auf die gravierende Schlechterstellung der Betroffenen, die gesetzlich organisierte Massenverarmung hin. Auch Kritik in Einzelheiten des Verfahrens ist notwendig, um den Betroffenen erste Möglichkeiten der Gegenwehr auch auf diesem verschlechterten Niveau zu ermöglichen.

»Ein Großteil der Arbeitslosengeld-II-Bescheide ist schlichtweg falsch! Die Bescheide sind für Laien völlig unverständlich, und selbst Fachleute werden daraus nicht klug. In den 'Jobcentern' und Agenturen herrschen Chaos und große Unwissenheit, allein in Berlin warten 23.000 AntragstellerInnen auf ihren Bescheid und die für Anfang Januar versprochene Auszahlung. Auch andernorts haben viele selbst in der letzten Januarwoche noch keine Benachrichti-

gung erhalten, geschweige denn ihr Arbeitslosengeld II (Alg II) auf dem Konto. Doch auch diejenigen, bei denen der Bescheid schon im Dezember in den Briefkasten flatterte, haben keinen Grund, aufzuatmen. Häufig werden sie es gar nicht bemerken, wenn ihnen aufgrund fehlerhafter Bemessung Leistungen vorenthalten werden. Die Erfahrungen der zurzeit völlig überlaufenen Beratungsstellen zeigen deutlich: Unterkunfts- und Heizkosten werden oft nicht komplett übernommen, das Einkommen oder der Erwerbstätigenfreibetrag werden oft falsch berechnet, Kindergeld wird doppelt angerechnet, Mehrbedarfe werden einfach vergessen, das Sozialgeld für die Kinder oder der befristete Zuschlag nach Arbeitslosengeldbezug fehlen gleich ganz,« so die Situationsbeschreibung in einem gemeinsamen Flugblatt dieser drei Initiativen. Ihr Rat: »Lieber einen Widerspruch zuviel als zuwenig einlegen. ... Denn es gibt nur eine Antwort auf Alg II: Zusammenschließen und gemeinsam Rechte durchsetzen!«

Aufklärung über die verbliebenen Rechte ist die erste Voraussetzung, um wenigstens diese zu verteidigen und im nächsten Schritt um die Rücknahme des Sozialabbaus zu kämpfen. Bei dem umfassenden und komplexen Charakter der Sozialangriffe unter Agenda 2010 und Hartz IV kann dies nur in organisierter Form erfolgen. Gefordert sind hier gerade auch die (noch) Beschäftigten und ihre Organisationen, die Gewerkschaften. Daß mit den Angriffen auf die Sozialsysteme letztlich die Löhne und Arbeitsbedingungen, also die gewerkschaftlich vereinbarten Tarifstrukturen, gemeint sind, spricht sich allmählich herum, ohne daß Konsequenzen gezogen werden. Am deutlichsten ist der Zusammenhang bei der nicht ganz neuen, aber nun in den Mittelpunkt der Maßnahmen gestellten Form der Zwangsarbeit, genannt 1-EURO-Jobs.

Der neue Arbeitsdienst

»Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.« Dies könnte das Motto für die im Sozialgesetzbuch II (SGB II) festgelegte »Grundsicherung für Arbeitsuchende«, also das Alg II, sein. Nach § 2 steht die Leistung nur Betroffenen zu, die bereit sind, »alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit aus(zu)schöpfen. Der erwerbsfähige Hilfebedürftige muß aktiv an allen Maßnahmen zu seiner Eingliederung in Arbeit mitwirken, insbesondere eine Eingliederungsvereinbarung abschließen. Wenn eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit nicht möglich ist, hat der erwerbsfähige Hilfebedürftige eine ihm angebotene zumutbare Arbeitsgelegenheit zu übernehmen.« Die berüchtigte Zumutbarkeit ist in § 10 geregelt: Schlicht jede Arbeit, zu der der »Hilfebedürftige« »körperlich, geistig und seelisch« in der Lage ist, muß angenommen werden. Ein Berufsschutz, wie er zumindest ansatzweise für die ersten Monate der Arbeitslosigkeit im SGB III noch gesichert ist, ist im SGB II ausdrücklich ausgeschlossen. Allein soziale Verpflichtungen gegenüber eigenen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen oder ein nicht definierter »sonstiger wichtiger Grund« können als Hindernis vorgebracht werden.

Alg-II-BezieherInnen haben demnach die Pflicht, sich zur Arbeit jeder Art zur Verfügung zu halten, Eingliederungsvereinbarungen mit dem für sie zuständigen »Fallmanager« der Arbeitsagentur abzuschließen sowie »Eigenbemühungen« (Bewerbungen) nachzuweisen. Wenn sie dem nicht in genügendem Maße nachkommen, müssen sie sich auf harte Sank-

tionen einstellen. Der ohnehin kümmerliche Regelsatz von 345 EURO (West) bzw. 331 EURO (Ost) kann dann um 30 %, im Wiederholungsfall um 60 % gekürzt, bei Jugendlichen unter 25 Jahren sogar ganz gestrichen werden. Erst bei Unterwerfung unter den Arbeitszwang wird die Sanktion wieder aufgehoben.

In der üblichen sozialtechnischen Sprache ist der Begriff »Arbeitsgelegenheit« (1-EURO-Job) in § 16 Absatz 3 SGB II geregelt. Demnach muß es sich um »im öffentlichen Interesse liegende, zusätzliche Arbeiten« handeln. Der zu dieser Arbeit Verpflichtete erhält zusätzlich zu seinem Alg II eine »angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen«, eben den berühmten 1 EURO (gnadenweise etwas mehr), mit dem z. B. Fahrtkosten dem Begriff nach abgegolten sind. Diese Arbeitsgelegenheiten »begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrecht«; für sie gelten daher nur gesetzliche Mindeststandards wie z. B. Arbeitszeit- und Urlaubsgesetz. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 15 bis 30 Stunden, die Betroffenen werden in der Arbeitslosenstatistik nicht mitgezählt. Für sie werden Beiträge zur Kranken- und zur Renten-, aber nicht zur Arbeitslosenversicherung abgeführt, d. h. diese 1-EURO-Jobs, die jeweils ein halbes Jahr dauern, begründen keinen neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld (I) nach ihrem Abschluß.

Hartz IV wird als Arbeitsbeschaffungsprogramm im Interesse der Erwerbslosen verkauft. Arbeitslosigkeit gibt es jedoch nicht deswegen, weil etwa die »Eigenbemühungen« der Erwerbslosen bei der Jobsuche oder ihre Bereitschaft zur Weiterqualifizierung unzureichend seien, sondern weil das Kapital schlicht keinen Bedarf an (tariflich bezahlter) Arbeitskraft in diesem Umfang und die öffentliche Hand – vor allem wegen der unternehmerfreundlichen Steuerpolitik von SPD-Grün – kein Geld für die Einstellung notwendigen Personals haben. Wer in solchen »zusätzlichen« Jobs arbeiten muß, darf wohl kaum damit rechnen, dort eine Qualifikation für reguläre Tätigkeiten zu bekommen oder irgendwann einmal tariflich entlohnt zu werden. Hier werden Menschen schlicht verwahrt, abgedrängt oder ausgenutzt. Nach Beendigung der Maßnahme stehen sie genau dort, wo sie vorher waren, nämlich auf dem Flur der Arbeitsagentur, des Job-Centers etc. Wenn aber trotzdem verzweifelte Menschen »dankbar« nach diesem Strohalm greifen, wie es in den Medien gerne geschildert wird, so ist dies nicht die Begeisterung für ein angebliches System gemeinnütziger Hilfe und meist auch nicht der naive Glaube daran. Vielmehr ist dieses Betteln um miese Jobs Ausdruck von ausweglos erscheinenden Notlagen, d. h. der Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, arbeitswillige Menschen zu akzeptablen Bedingungen und entsprechend ihren Qualifikationen sinnvoll zu beschäftigen und zu entlohnen.

Aber darum allein geht es nicht. Schon lange vor Inkrafttreten von Hartz IV wurde über die Bedeutung von »zusätzlich« und »im öffentlichen Interesse« diskutiert. Papier ist geduldig, Rechtsbegriffe sind form- und interpretierbar. Wie entsteht »zusätzlicher Bedarf« an Jobs? Zusätzliche Tätigkeiten müßten offensichtlich solche sein, die über das gegenwärtige reguläre Angebot hinaus geschaffen würden. Das ist kaum zu erwarten angesichts einer Situation, in der überall, gerade bei sozialen Diensten, gespart wird. In wirklich zusätzliche Tätigkeiten müßte zusätzliches Geld gesteckt werden, auch für solche Minimaljobs. Da liegt es näher, zuerst einmal reguläre Arbeitsverhältnisse, die in der Ver-

gangenheit gestrichen wurden, nun mit Hartz-IV-Arbeitskräften zu besetzen.

Zusätzlicher »Bedarf« an 1-EURO-Stellen wird künstlich herbeigeführt durch Stellenabbau im Öffentlichen Dienst und bei Wohlfahrtsverbänden sowie absehbar durch die Abschaffung des Zivildienstes im Zuge der endgültigen, gesetzlichen Auflösung der Wehrpflicht. Das kann zunächst einmal Teilbereiche umfassen, die durch die Überlastung der verbliebenen Pflege-, Erziehungs- und Betreuungspersonen nicht mehr abgedeckt werden, z. B. Vorlesen im Altenheim oder im Kindergarten, oder Hilfen in der Verwaltung (Sozialdezernent Pipa, der mit seiner neuen Gesellschaft »Arbeit, Qualifikation, Ausbildung« den Arbeitsdienst der Alg-II-BezieherInnen im Main-Kinzig-Kreis voll übernommen hat, bot schon im Dezember der Zeichenakademie in Hanau 1-EURO-Kräfte für die Bibliothek an). Hier wird eine Salami-taktik in Gang gesetzt, mit der Zug um Zug auf die reguläre Tarifstruktur in der Lohnarbeit übergegriffen wird, um sie zu zerstören. Man halte sich die Geschichte der Leiharbeit in der BRD vor Augen, die in den siebziger Jahren mit einem restriktiv verfaßten Arbeitnehmerüberlassungsgesetz begann, das über Jahrzehnte schrittweise bis zu einer fast vollständigen Freigabe ausgehöhlt wurde. Die Gewerkschaften setzten dem hinhaltenden, jedoch lauen Widerstand entgegen, den sie 2003 aufgaben, um die »Arbeitnehmerüberlassung« zu tarifieren und diese »Branche«, mit eigenen Worten, aus der Schmutzdecke zu holen.

Berufliche Qualifizierung als vorgebliches Ziel des »Förderns und Forderns« wird bei all dem auf der Strecke bleiben. Überwiegend werden 1-EURO-JobberInnen als Büro-, Putz-, Küchenhilfen und für ähnliche Tätigkeiten eingesetzt, die erledigt werden müssen, aber keine Fortbildungsperspektive bieten. Vielmehr wird häufig nicht mit wirklicher Qualifizierung, sondern der »Gewöhnung« an elementare Sekundärtugenden (frühes Aufstehen, regelmäßiges und pünktliches Erscheinen etc.) geworben. Zusammen mit der Ausgrenzung aus dem normalen Leben, legt dies den Gedanken an einen öffentlich organisierten Arbeitsdienst nahe.

Seit Mitte der siebziger Jahre wurde eine Sozialpolitik betrieben, mit der die vom kapitalistischen System erzeugte Massenarbeitslosigkeit durch Konzessionen an das Kapital (Lohnsubvention) in ein erträgliches Ausmaß zurückgedrängt werden sollte. Gleichzeitig wurden die Betroffenen durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahme ruhiggestellt. Der soziale Frieden konnte so gesichert werden, nicht zuletzt im Interesse der Weltmarktstellung der deutschen Kapitals. Nachdem nun einerseits die Kosten für die Unternehmenseite zu hoch erscheinen, andererseits sich wohl bis zum letzten Sozialdemokraten die Erkenntnis herumgesprochen hat, daß das »Phänomen« der Massenarbeitslosigkeit im Kapitalismus nicht zu beseitigen ist, greift nun gnadenlos die rot-grün organisierte Ausgrenzungsmaschinerie. Es geht im SGB II (Arbeitslosengeld II, gekoppelt an Arbeitszwang) nicht mehr wie im SGB III (Arbeitslosengeld und früher -hilfe, verbunden mit arbeitsmarktpolitischen »Instrumenten«) um notdürftige Erhaltung des Lebensstandards, Teilhabe am sozialen Leben und Rückgliederung ins Berufsleben, sondern um Abkopplung dieses Teils der Gesellschaft, sozialtechnische Verwaltung und Verbringung in einen Arbeitsdienst.

Organisatoren des Arbeitsdienstes

Bundeswirtschaftsminister Clement sprach von 600 000 Personen (ca. 20 % aller Langzeitarbeitslosen), die er in 1-EURO-Jobs gedrängt sehen möchte. Mittlerweile wird auch das tiefer gehängt, wie so viele Prognosen vorher. Aber die Zielrichtung kommt klar zum Ausdruck. Die 1-EURO-JobberInnen werden angeboten wie Sauerbier, wer sie einstellt, bekommt Geld oben drauf. Besonders soziale Einrichtungen, seit Jahren unterfinanziert, sind im Visier. Bei ihnen kommt die Ideologie der Gemeinnützigkeit besonders gut an und ist relativ unverdächtig zu vermitteln: Einerseits ist der soziale Auftrag mit »zusätzlichen« Kräften besser zu erfüllen, andererseits wird arbeitslosen Menschen scheinbar eine Möglichkeit der Qualifizierung geboten. Wohlfahrtsverbände wie AWO (Arbeiterwohlfahrt), Caritas, Diakonie u. a., die in Hartz IV anfangs eine Bedrohung für ihren Zuständigkeitsbereich sehen wollten, argumentieren jetzt ganz offensiv, den neuen Maßnahmen eine Chance zu geben. Damit werden die Wohlfahrtsverbände zu Mittätern beim Abbau von Tarifstrukturen und sozialen Rechten. Dies ist kein Wunder, da z. B. die AWO in ihren Gliederungen gern Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen bricht und nach der Kündigung des BAT-AWO derzeit in einem tariflosen Zustand lebt. Opposition in den Wohlfahrtsverbänden selbst gibt es kaum, wie kritisch eingestellte Beschäftigte darlegen.

Planungen zum Einsatz gibt es längst in den Kommunen, z. B. die als Kindererzieherin ausgebildete Vorleserin oder arbeitslose LehrerInnen als Betreuung für lernschwache SchülerInnen und Deutschunterricht für MigrantInnen, Essenausgeber in sozialen Einrichtungen. In Dresden etwa werden als Haupteinsatzbereiche aufgeführt: Freizeit- und Sportbereich, freie Kulturarbeit, Kinder- und Jugendbetreuung, Umwelt, Büro-, Hausmeister- und Küchendienste, humanitäre und soziale Aufgaben, Tourismus. Es dürfte wohl nur ein kleiner Schritt sein, bis die BillighelferInnen für normale Tätigkeiten eingesetzt werden, z. B. wenn eine reguläre Kraft ausfällt.

Was den sozialen Einrichtungen und den Kommunen gelegen kommt, wollen sich auch die Unternehmer nicht entgehen lassen. Allerdings ist die Meinungsbildung hier wohl noch nicht fertig: Während der DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) private 1-EURO-Jobs wie selbstverständlich einforderte, wiegelte die BDA (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, für Tarifverhandlungen zuständig) mit der Bemerkung des BDA-Chefs Hundt ab, dies gefährde tariflich reguläre Arbeitsplätze, so als wolle er sagen, daß dies vorerst ein zu tiefer Einschnitt in den sozialen Frieden sei. In Sachsen-Anhalt machen die Unternehmerverbände dagegen Nägel mit Köpfen: Schon im März wollen sie private 1-EURO-Jobs einrichten. Es sei ihnen bewußt, daß sie »in einen Bienenkorb stechen«, aber sie seien dabei, »ein Konzept zu erarbeiten«; selbstverständlich gehe es ihnen darum, »Brücken in den ersten Arbeitsmarkt zu bauen« (FR, 8. Januar 2005). Bei diesen ersten Vorstößen wird es nicht bleiben.

Der sachsen-anhaltinische DGB hält dies für eine »spannende Frage«. Man werde sich um die »genauen Konditionen« kümmern. Auch hier ist wieder schlichtes Einknicken der Gewerkschaften zu vermerken. Statt prinzipiellem Widerstand, der von Anfang an gegen die Agenda- und Hartz-Gesetzgebung hätte organisiert werden müssen, versucht man wieder, den Tiger zu reiten und als gezähmtes Kätzchen

vorzuführen. Am 5. Oktober 2004 hieß es in einer Erklärung des DGB-Bundesvorstandes: »Die zwangsweise Heranziehung zu diesen Maßnahmen muß auf wenige Ausnahmen begrenzt werden.« Ähnliche Aussagen gab es früher zur Leiharbeit, aber keine konkrete Gegenwehr, bis man sich vor die Notwendigkeit gestellt glaubte, die »Branche« aus der »Schmuddelecke« heraus tarifieren zu müssen. Das Beispiel sollte als Warnung eigentlich genügen.

»Arbeit, Qualifikation, Ausbildung«

Bekanntlich ist durch die Hartz-Gesetzgebung die Zuständigkeit für die Langzeiterwerbslosen auf Arbeitsagentur und Kommune vor Ort verteilt. In der Regel soll die Vermittlung in gemeinsam betriebenen Job-Centern stattfinden. Daneben gibt es das Optionsmodell, das Kommunen erlaubt, diese Aufgaben in Eigenregie wahrzunehmen. Zu den »Gewinnern« eines vom Bundeswirtschaftsministerium gesteuerten Auswahlverfahrens gehört der Main-Kinzig-Kreis in Hessen. Das frühere Berufsbildungs- und Beschäftigungszentrum (BBZ) in Gründau gilt schon lange als Modell solcher kommunalen Arbeitsmarktpolitik. Sozialdezernent Pipa steht mit Hartz IV nun am Ziel seiner jahrelangen Bemühungen. Zusätzlich zu den 3.500 SozialhilfebezieherInnen, die sich bisher in der Zuständigkeit des Kreissozialamtes befanden, hat er nun den Zugriff auf diejenigen des städtischen Sozialamtes in Hanau sowie die bisherigen ArbeitslosenhilfebezieherInnen im Arbeitsamtsbezirk Hanau (= Main-Kinzig-Kreis), insgesamt ca. 12 000 Personen.

Freilich ist das BBZ nun zu klein. Es wurde umgegründet in die erheblich größere »Gesellschaft für Arbeit, Qualifikation und Ausbildung« (AQA gGmbH), die 4 Regionalzentren in Hanau, Maintal, Gelnhausen und Schlüchtern, Zweigstellen in Langenselbold und Wächtersbach, ein Büro in Frankfurt sowie gewerblich-technische Ausbildungsstätten im Hanauer Industriepark, in Gründau und in Schlüchtern hat. Der Apparat der AQA wurde um 150 Stellen erweitert, 90 Fallmanager, 25 Vermittler sowie Fachleiter und Ausbilder wurden bisher eingestellt. In der Arbeitsagentur selbst (die nach wie vor am Hauptbahnhof sitzt) wurden wegen der nun auf Kurzarbeitslose (SGB III) beschränkten Zuständigkeit Büros geschlossen und Stellen gestrichen. Die betroffenen Beschäftigten wurden nach Offenbach, Frankfurt, Gießen und Darmstadt versetzt.

Auswirkungen auf das Tarifsystem

Mit Hartz IV greifen Unternehmerverbände, Regierungen und Kommunen massiv die Flächentarifverträge an. Die Arbeitsagenturen können nach der neuen Gesetzeslage über 3 Millionen Arbeitslose zwingen, unter Tarif zu arbeiten. Mit Minijobs werden Vollzeitbeschäftigte verdrängt, z.B. im Einzelhandel. Mit 1-EURO-Jobs können tariflich Beschäftigte im Öffentlichen Dienst oder bei Wohlfahrtsverbänden ersetzt werden. Die Möglichkeit, Arbeitskräfte weit unter Tarif einzustellen, ermuntert Unternehmer zum Ausstieg aus Tarifverträgen.

Trotzdem ist zunächst noch offen, ob die 1-EURO-Jobs wirklich der »Renner« unter den Beschäftigungsmaßnahmen werden, denn schon frühere Arbeitsmarktreflexen haben sich später als Flop erwiesen (z. B. private Arbeitsvermittlung, Vermittlungs- und Bildungsgutscheine, Eingliederungsvereinbarungen, Kombilöhne, Leiharbeit, Personal Service Agenturen). 1-EURO-Jobs sind nicht völlig umsonst zu

organisieren: Die JobberInnen bekommen Mehraufwandsentschädigung, die sozialen Einrichtungen, die sie beschäftigen, eine Prämie. Doch zumindest eines haben die 1-EURO-Jobs schon gebracht, nämlich die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und den erneuten Angriff auf die Tarifstrukturen im Sinne des »Förderns und Forderns« politisch abzuschwächen. Deshalb müssen Versuche in den Gewerkschaften, ihre Zuständigkeit für 1-EURO-Jobs zu leugnen, klar zurückgewiesen werden. Es handelt bei den sogenannten Arbeitsgelegenheiten zwar nicht im bürgerlich-arbeitsrechtlichen, aber im klassenpolitischen Sinne um Lohnarbeit.

Gegenwehr

Deshalb muß Gegenwehr auf die Organisationen der Lohnabhängigen, die Gewerkschaften, übergreifen. Nur solange dies nicht der Fall ist, liegt der Schwerpunkt bei den Erwerbslosen- und sonstigen Sozialinitiativen, die allein zu schwach sind, eine grundlegende Änderung der Politik durchzusetzen. Vorerst sind nur unmittelbar Betroffene (auch davon nur eine kleine Minderheit) zum Widerstand bereit, wie zuletzt die Aktion »Agenturschluß« gezeigt hat.

Die Aktion »Agenturschluß« wurde in Dortmund auf dem Kongreß »Die Kosten rebellieren« im August letzten Jahres entwickelt. Ihr Erfolg am 3. Januar 2005 wurde von der Presse klein geschrieben. Tatsächlich konnte sie den Start von Hartz IV nicht beeinträchtigen, das bewirkten eher kleinere Systempannen.

Die Abwehr der Zwangsarbeit durch Hartz IV muß auf allen Ebenen einsetzen: 1. individuell von Seiten der Betroffenen durch den Gebrauch der Widerspruchsrechte, die im Gesetz festgelegt sind; 2. Nutzung von unabhängigen Beratungsstellen; 3. von Seiten der Betriebs- und Personalräte durch Gebrauch von Einspruchsrechten bei der Einstellung; 4. politisch durch Gründung/Aktivitäten von Initiativen; 5. politisch/gewerkschaftlich durch Arbeit in den Gewerkschaften mit dem Ziel, Mehrheiten gegen den Kurs der Zusammenarbeit mit Kapital und Regierung zu sammeln.

Weitgehend deckungsgleich sind die Widerspruchsrechte für Betroffene und für Betriebs- und Personalräte: Dabei geht es darum, ob die Maßnahme den gesetzlichen Bedingungen entspricht, insbesondere ob sie »zusätzlich« und »gemeinnützig« ist und ob sie die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt fördert. Hier geht es also darum, die Hartz IV begleitende Ideologie auf den Prüfstand zu stellen, taktischen Nutzen daraus zu ziehen und den konkreten Einsatz möglichst zu verhindern. Im Internet finden sich nützliche Fragenkataloge, die abgearbeitet sind: www.alg-info.de, www.tacheles-sozialhilfe.de, www.erwerbslos.de. Vor Ort sind Informationen zu sammeln, z. B. ob durch den zugewiesenen 1-EURO-Job eine reguläre Tätigkeit verdrängt bzw. kurz vorher eine solche dort bestanden hat. Gewerkschaft und Betriebs-/Personalrat müssen einbezogen werden; wieweit das Früchte trägt, hängt natürlich von den örtlichen Bedingungen ab, auf jeden Fall ist Hartnäckigkeit erforderlich.

Diese unmittelbare Gegenwehr ist eine entscheidende Voraussetzung zur Politisierung. Ohne konkrete Aktionen/Kämpfe der Betroffenen wird sich in den Belegschaften der Ämter und Betriebe und in den Gewerkschaften nicht viel ändern. Nur zusammen können die noch Beschäftigten und die schon Erwerbslosen als Lohnabhängige ihre Interessen gegen den gemeinsamen Gegner verteidigen.

F.K., Ffm ■



■ ÖFFENTLICHER DIENST BREMEN

Kundgebung und Warnstreik zeigen die Unzufriedenheit der Beschäftigten.

Während Bsirske im Oktober 2004 schon die Möglichkeit längerer Lebensarbeitszeit im öffentlichen Dienst und die unterschiedliche Beamtenbesoldung zwischen den Ländern unterschrieben hat, lässt ver.di jetzt die Angestellten gegen Arbeitszeitverlängerung und Entgeltkürzung und für eine angemessene Einkommensentwicklung demonstrieren. Die für die Beamten schon durchgesetzten Verschlechterungen wollen die Landesregierungen nun auf die Angestellten übertragen. Schwerpunkt des ver.di-Protesttages am 19.01.05 war Niedersachsen/Bremen. Alle staatlichen Kindertagesstätten, wo das Fass am Überlaufen ist, wurden an diesem Tag bestreikt. Der ver.di-Redner auf der Kundgebung in Bremen überbrachte die herzlichen Grüße vom Vorsitzenden Bsirske. 5000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes demonstrierten in Bremen. Eine solche Teilnehmerzahl ist bei der letzten Maikundgebung nicht erreicht worden. Im übrigen Bundesgebiet blieb es bei kleineren Aktionen.

Bei neu eingestellten Beschäftigten und allen Vertragsänderungen gilt bereits die 40-Stunden-Woche. Das kommt besonders in den Bereichen des Öffentlichen Dienstes zum Tragen, wo viele Beschäftigte befristet arbeiten, z.B. bei der Universität, wo bereits 200 Angestellte unter die vom Senat einseitig verfügten Kürzungen für die Beamten fallen. Nach dem Einstieg in die Privatisierung kommunaler KTHs durch Gründung von KiTa Bremen müssen 150 neu angestellte KollegInnen bereits jetzt für weniger Geld (kein Urlaubs-, weniger Weihnachtsgeld) länger arbeiten. Eine Kollegin schilderte exemplarisch ihre Lage, da ihre befristete Teilzeit-Stelle immer nur kurzfristig verlängert wird, was ihre Lebensplanung erschwert. Bei 770 Euro netto bei ungewisser Weiterbeschäftigung ist sie kaum besser gestellt als eine 1 Euro JobberIn. Auch aus dem kirchlichen Kita-Bereich, der keine Warnstreiks durchführen kann, waren Delegationen anwesend und es wurde eine Solidaritätsadresse verlesen. Anwesende

Arbeiter monierten, dass die Gewerkschaft zu wenig tue. Angestellte aus Bereichen, in denen die Gewerkschaftsarbeit bisher danieder lag, waren aktiv geworden. Aus dem Bereich der schwach organisierten Universität waren ca. 70 KollegInnen gekommen. Sie merken: Es wird Zeit, dass sich was tut. ver.di-Bremen hatte eine Mobilisierung über die einzelnen Fachbereiche hinweg erreicht. Auch in der GdP organisierte Angestellte und KollegInnen aus der GEW waren dabei. Die Bremer GEW rief mit dem Hinweis auf die Senatspolitik und ihre Folgen zum Streik an den Kitas und zur Demo auf: *Wir sind nicht bereit, durch Arbeitszeitverlängerung und Einkommenskürzungen die Folgen einer verfehlten Steuer- und Finanzpolitik auszubaden. Eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche beispielsweise würde weitere Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichten und die Arbeitsbelastung erhöhen*

Die schönen Grüße vom Vorsitzenden Bsirske täuschen hinweg über die Probleme, die – auch dank Bsirske – in dieser Tarifrunde liegen. Als Antwort auf die Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen im BAT (38,5-Stunden-Woche) durch die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) hatte Bsirske am 3. April in Stuttgart mit einem Konflikt gedroht, »wie ihn die Republik noch nicht erlebt hat«. Große Worte, denen keine Taten folgten:

1. weil ver.di keinen Großkonflikt will, auch nicht bei den Privatisierungen, denn der würde rasch zu einer Politisierung führen.

2. weil ver.di im Länderbereich schwach ist: 2,16 Mio. Beschäftigte, darunter gerade mal 124.000 Arbeiter (vorwiegend Straßenmeistereien), ansonsten 787.000 Angestellte und 1,25 Mio. Beamte (davon mehr als die Hälfte Lehrer und Verwaltungsbeamte), Organisationsgrad in ver.di: 10 Prozent.

Berliner Erfahrungen unterstreichen die Zahlen: In Berlin haben die ehemals kampfstarken Arbeiterbereiche der Kommunen, wie die BVG, einen Vertrag passiv hingenommen, der erhebliche Verschlechterungen sowohl beim Lohn wie bei den sonstigen Arbeitsbedingungen beinhaltet. Die Beschäftigten im Krankenhauswesen haben in den letzten Monaten die vom Senat und den Krankenträgern gewünschten Einsparungen nahezu passiv hingenommen, die Kita-Beschäftigten sind bei den Verhandlungen über einen Tarifvertrag im Berliner Öffentlichen Dienst, der ähnliche Zumutungen enthält wie der jetzt im Bund diskutierte, passiv geblieben und haben sich nicht als streikbereit erklärt. Allenfalls sind sie mal zu einer Kundgebung erschienen. Und die letzte Bastion der noch potentiell streikfähigen kommunalen Beschäftigten in Berlin, die Arbeiter der BSR, regen sich derzeit angesichts der vielfältigen Konkurrenz im Müll- und Entsorgungsbereich nicht.

Aufgabe der Gewerkschaft hätte sein müssen, die Verhandlung um einen neuen Manteltarifvertrag (TVÖD) nicht in Tagungshotels abzuhalten, sondern in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit und mit entsprechender Mobilisierung, d.h. diesen Konflikt in die jetzt beginnende Lohn- und Gehaltstarifrunde reinzuziehen. Das wäre Großkonflikt! Es geschieht aber das Gegenteil. Die Verhandlungen mit den Ländern zum TVÖD wurden wegen deren Kündigung der Arbeitszeit abgebrochen, dafür ist man Bund und Kommunen (VKA) in den Arsch gekrochen. Da die Kommunen zur aktuellen Tarifrunde ebenfalls mit der Kündigung der

Arbeitszeit gedroht haben für den Fall, dass Verdi Lohn- und Gehaltsforderungen stellt, hat man auf die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge, also auch auf die Beendigung der Friedenspflicht und die Möglichkeit zur Mobilisierung (außer Warnstreiks) verzichtet.

Weil die Gewerkschaft um jeden Preis eine intensive Diskussion unter den Mitgliedern und den Beschäftigten über die Schweinereien, die in dem »Jahrhundertwerk« Tarifreform enthalten sind, vermeiden möchte, versucht sie jetzt ein Nebenthema hochzuspielen. Weitere Flexibilisierung der Arbeit, Einführung von Niedriglohnsektoren im Bereich des ÖD und Abhängigkeit des beruflichen Fortkommens vom Wohlwollen des Vorgesetzten stehen auf der Tagesordnung. Ist den KollegInnen des Öffentlichen Dienstes bewusst, dass die Mehrheit von ihnen in den nächsten Jahren keinerlei Einkommensverbesserung mehr erfahren wird, wenn diese »Tarifreform« durchgesetzt wird?

Wie weiter?

Der eintägige Warnstreik der Beschäftigten an den Bremer Kindertagesstätten sowie die Demonstration und Kundgebung sollten ein Auftakt zu mehr sein. Doch wer in und außerhalb der Gewerkschaft ist auf die aktuellen wie die kommenden Auseinandersetzungen wirklich vorbereitet? Wer glaubt, dass die Aktivitäten der Kollegen allein ausreichen, um einen solchen Konflikt meistern zu können? Die Auseinandersetzungen bei Siemens, Daimler, Karstadt, VW, Opel zeigen, wie problematisch gegenwärtig gewerkschaftliche Auseinandersetzungen sind.

Wo selbständig denkende und handelnde Kollegen zusammenkommen, sollten sie die sich aktuell vollziehenden Veränderungen im Kräfteverhältnis zuungunsten der Lohnabhängigen nüchtern betrachten, sich Klarheit über den Charakter der gegenwärtigen Angriffe auf die Beschäftigten verschaffen, Diskussionen mit denjenigen zu organisieren, die die Dimension dieser Konflikte spüren und nicht zu vorschnellen Antworten neigen.

U.P., Bremen, ■

Vgl. auch: Arpo 2/2004, 30. Juni und Arpo 3/2004, 20. Oktober

■ EIN ARBEITER SCHREIBT SEINEN EHEMALIGEN KOLLEGEN BEI DEN STAHLWERKEN BREMEN.

Der folgende Text ist ein leicht überarbeiteter Ausschnitt aus einem Brief, den ein Genosse den gewerkschaftlichen Funktionsträgern auf der Hütte zukommen ließ. Der Kollege – seit vielen Jahren in Rente – war bei den Auseinandersetzungen auf der Hütte Ende der 60er bis in die 80er Jahre zunächst als engagierter Kollege, dann als Betriebsrat aktiv. Er hat sich auch als Rentner an den Diskussionen über die gewerkschaftliche Politik bei den Stahlwerken beteiligt. Auch wenn er sich organisatorisch von der Gruppe Arbeiterpolitik getrennt hat, so ließ er doch den politischen und persönlichen Kontakt nicht abreißen.

Der Sozialdemokratismus und das neue Elend der SPD

Die Geschichte der Sozialdemokratie war auch immer die Geschichte der sozialen Bewegungen in den modernen Industriestaaten. Bei keiner anderen Partei zeichnen sich die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen mit sei-

nen Höhen und Tiefen so deutlich ab wie bei der SPD. Das sich vor ca. hundert Jahren herausgebildete sozialdemokratische Verständnis über soziale Gerechtigkeit innerhalb des kapitalistischen Systems war kein Produkt von Parteiprogrammen, sondern hat sich aus den damaligen Lebensverhältnissen entwickelt.

Mit dem Aufstieg der »Verdammten dieser Erde«, wo ein Teil der Arbeiterschaft am Ende des 19. bzw. am Anfang des 20. Jahrhunderts einen bescheidenen kleinbürgerlichen Wohlstand erreichte, setzte sich auch der kleinbürgerliche politische Geist in der einstigen kämpferischen Sozialdemokratie durch. Der revolutionäre Klassenkampf, zu dem sich die alten Genossen noch bekannt hatten, wurde immer mehr zum Lippenbekenntnis und nur noch auf Feiern und Veranstaltungen proklamiert. Der Höhepunkt dieser ersten »Anpassungsperiode« an die bestehende Herrschaft wurde mit der sozialdemokratischen Zustimmung für die Kriegskredite 1914 erreicht. Das war keine einmalige Fehlentscheidung: Während des ganzen Krieges bis zum bitteren Ende wurde das große gegenseitige Abschlagen von den deutschen Sozialdemokraten unterstützt. Auch bei französischen, britischen und den sozialistischen Genossen anderer Länder war die viel beschworene internationale Solidarität auf einmal vergessen. [...]

Diese entscheidende erste politische Wende mit ihren katastrophalen Konsequenzen in der sozialdemokratischen Geschichte darf jetzt in den Diskussionen über den Niedergang der SPD nicht ausgeblendet werden. Sie endete mit der Unterwerfung und ständiger Anpassung an die jeweils herrschenden Erfordernisse des kapitalistischen Systems bis zum heutigen Zeitpunkt.

Der jüngste Versuch von Schröder – wie Tony Blair schon vorher in Großbritannien – die SPD zu einer »modernen Bürgerpartei« umzumodeln, funktioniert hier in Deutschland nicht so richtig. Wie schon zu Kaisers Zeiten, wo die vorher verachteten, vaterlandslosen, sozialdemokratischen Gesellen sich als die treuesten Söhne des Vaterlandes anboten, so versucht Schröder sich jetzt den Herrschaften des Kapitals anzubieten. Es soll der Beweis erbracht werden, dass die SPD als einzige Kraft in Deutschland [...] fähig ist, den Armen und Bedrängten wieder zu nehmen, was man ihnen in der langen Periode der »kommunistischen Bedrohung« zugestehen musste.

[...] Dabei kennt die SPD keine Verwandten: Zuallererst müssen die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften Opfer bringen. [...] Während der ehemalige zweite IGM-Vorsitzende und von Schröder zum Arbeitsminister gekürte Walter Riestler das alte Rentensystem zerfledderte, wurde von einem anderen gewerkschaftlichen »Sozialabbaukünstler« das Tarifsystem und die Arbeitslosenversicherung einschließlich Arbeitsamt total umgemodelt. Dass der viel gelobte und zwischenzeitlich berühmt gewordene Hartz in der Öffentlichkeit immer nur als Vorstandsmitglied von VW benannt wird, verschleierte die Tatsache, dass er Mitglied einer Gewerkschaft ist und von dieser als Arbeitsdirektor bei Volkswagen delegiert worden ist. Alle in letzter Zeit ausgeheckten sozialen Schweinereien wurden von führenden sozialdemokratischen Gewerkschaftern mit ausgebrütet. Das war und ist nur mit dem Vertrauen möglich, welches sie unter den noch politisch naiven Mitgliedern besitzen. Immer nach dem Motto, »wenn wir es nicht selber machen – machen es die andern noch viel schlimmer«. [...]

Eine CDU/FDP-Regierung hätte die abhängig Beschäftigten nicht so reibungslos einbinden können, wie es Rot/Grün mit Hilfe der Gewerkschaften vollbracht hat. Dabei ist es zweitrangig, ob die Gewerkschaften oder einzelne Gewerkschafter aktiv mitgewirkt oder mit passiver Duldung den Sozialraub an ihrer Klientel geduldet haben. Es ist wieder eine fatale politische Fehleinschätzung, wenn jetzt unter dem zunehmenden öffentlichen Druck so getan wird, als wenn ein böser Schröder mit einigen sozialdemokratischen Obergewossen den ganzen Mist mit Hartz IV verbockt habe und dieses durch Personenaustausch in der Spitze wieder korrigiert werden könnte.

Nicht nur die Sozialdemokratie hat sich in ihrem Sumpf festgefahren, auch den Gewerkschaften steht der eigene politische Schlamm bis zum Hals. [...] Jeder, der politisch ein bisschen weiter gedacht hatte, wusste, dass der so genannte Sozialstaat mit seinem einmaligen Wohlstand auch für die lieben Arbeitnehmer nicht nur ein Produkt von richtiger Politik, fleißigen Menschen, tüchtigen Unternehmern und kämpferischen Gewerkschaften war. Der Konkurrenzkampf der Systeme war in allen gesellschaftlichen Poren und Institutionen zu spüren und saß bei den Entscheidungsträgern immer am Tisch. Alle sozialen Subventionen, ob Wohngeld, finanzielle Unterstützung beim Eigenheimbau oder sonstige soziale »Wohltaten« waren immer auch (unausgesprochen) Waffen gegen den Kommunismus.

Wo sich trotz alledem noch ein paar Kommunisten in Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen einnisten konnten, waren Sozialdemokraten die fähigsten, politischen Reinigungskräfte, die die Betriebe durch ihren dominierenden Einfluss in der Arbeiterschaft und in den Gewerkschaften sauber hielten. Mit dem Zerfall des Kommunismus ist auch eine der politischen Hauptaufgaben der Sozialdemokratie – der Kampf gegen den Kommunismus – weggefallen. [...] Obwohl Westdeutschland niemals vom Kommunismus ernsthaft »bedroht« war, saß die Angst davor auch bei den einfachsten Mitgliedern tief in den Knochen. Man brauchte kein Kommunist zu sein, sondern nur eine progressive, fortschrittliche Meinung vertreten und die freie Marktwirtschaft etwas in Frage stellen, schon wurde man von der SPD-Genossenschaft als Kommunist, Maoist oder Anarchist beschimpft. Selbst wo die damals noch harmlosen, halb verwilderten Grünen mit ihrem kleinbürgerlich-bunten Gedankengut auf der politischen Bühne auftauchten, spuckte die SPD Gift und Galle und bezeichnete die »Blumenkinder« als mit grüner Tarnfarbe überpinselte Kommunisten.

Die fortwährenden Unterstellungen aus dem liberalen, konservativen Lager, dass sie mit den Kommunisten paktierten, zwangen die Sozialdemokraten sich noch antikommunistischer zu gebärden, als es die rechten Kommunistenfresser schon praktizierten. Nur ein guter Antikommunist war auch ein guter Demokrat. **Nichts hat die SPD mehr geprägt als diese jahrzehntelange permanente Auseinandersetzung mit dem Kommunismus.** Die Kommunisten waren die größten Feinde der Sozialdemokratie und gleichzeitig ihre größten indirekten Helfer. [...]

Als Ende der 60er Jahre in der wirtschaftlichen Hochkonjunktur die Schüler- und Studentenunruhen ausbrachen sowie große Teile der Arbeiterschaft mit so genannten wilden Streiks die westdeutschen Herrschaften in Unruhe versetzten, war die SPD auf dem Gipfel ihrer Bedeutung angelangt. Die unter Willi Brandt eingeleitete außenpolitische Entspan-

nung sowie die durch die Studentenrevolte hervorgerufene innenpolitische Unruhe erzeugten eine politische Entkrampfung in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Das kapitalistische System konnte wieder offener kritisiert und in Frage gestellt werden. Der Antikommunismus entkrampfte sich jetzt auch langsam in den Betrieben und Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie als führende Regierungskraft konnte eine Reihe von Gesetzen und sozialen Verbesserungen im Interesse der Arbeitnehmer, der Rentner und der Bedürftigen – der kleinen Leute – durchsetzen. [...]

Mitte der 70er Jahre, als es mit dem Wirtschaftswunder bergab, die Zahl der Arbeitslosen aber bergauf ging und der Druck aus den Betrieben und von den Straßen nachließ, verschwand auch das Durchsetzungsvermögen für soziale Gerechtigkeit in der SPD. **Wenn heute linke Sozialdemokraten wieder soziale Gerechtigkeit einfordern, dann stellt sich doch als erstes die Frage, von wem soll die durchgesetzt werden. Alle soziale Substanz ist irgendwie erkämpft und nicht herbei geredet worden.** Es nützt überhaupt nichts, wenn eine linke politische Alternative nach der nächsten Wahl im Bundestag einzieht und dort große Reden über Gerechtigkeit schwingt. **Solange in den Betrieben und in den Gewerkschaften sich nichts ändert, solange wird der politische Zerfallsprozess mit zunehmender Geschwindigkeit weiter gehen.** Wer soll die gewerkschaftlichen Co-Manager, denen man das Klassenbewusstsein wie den Kühen die Hörner wegezüchtet hat, dazu bewegen, sich mit dem Unternehmer bzw. mit den Kapitalvertretern anzulegen? Ohne ernsthafte und schmerzhaft Auseinandersetzungen und ohne das kapitalistische System in Frage zu stellen, wird das innewohnende Ungeheuer sein Unwesen bis zur Selbstzerstörung treiben.

[...] Mit der gewerkschaftlichen Unterwerfung unter die sozialdemokratische, bürgerliche Ideologie – wo es keinen Klassenkampf und keinen Klassengegner mehr gibt – braucht es logischerweise auch keinen Widerstand mehr zu geben. Sozialpartner bekämpfen sich nicht gegenseitig, sondern reden oder verhandeln vernünftig miteinander. Die Belegschaften werden deshalb höchstens mal mit viel Rot als farbige Schauobjekte für die Massenmedien vor die Werkstore geschickt, wo sie sich mit vorher verteilten Trillerpfeifen die aufgestaute Wut aus der Seele trillern können. Solche Aktionen kann man als Begleitmusik bei bestimmten Maßnahmen ein paar Mal durchziehen, aber als Widerstandersatz ständig vorgeführt, verkommen sie zum Ritual. Es kann nicht oft genug betont werden, dass diese gewerkschaftlichen Schwächen auf sozialdemokratischer Befangenheit beruhen. Genauso wie die sozialdemokratische Führung unter Schröder der Kapitalseite nicht wehtun will und stattdessen die Sozialkassen der Bedürftigen plündert, genauso wenig möchten die Gewerkschaften den Unternehmern schaden. Deshalb darf die Frage der Sozialdemokratie nicht von der Gewerkschaftsfrage abgekoppelt werden.

Während das Unternehmerlager durch die Wiedervereinigung gestärkt hervorging und sich eine goldene Nase verdient hat, waren die Arbeitnehmer mit ihren Vertretungen und Sozialeinrichtungen in allen Beziehungen eindeutig die Verlierer. Sie müssen mit dem allgemeinen Sozial- und Arbeitsplatzabbau die Vereinigungskosten überwiegend allein bezahlen. **Viel schlimmer als der materielle Verlust ist der politische Schaden durch die Entpolitisierung und Entsolidarisierung der Lohnabhängigen.**

Kein Prophet kann im Moment sagen, wie es weiter geht oder weiter gehen soll. Die SPD hat die Meute losgelassen und bekommt sie nicht wieder an die Leine. Hartz IV ist noch gar nicht in Kraft getreten, schon sind die Unternehmer nicht mehr zu halten. Wer da glaubt mit Appellen an die Gerechtigkeit diesen einmal in Schwung gekommenen Räuberkapitalismus wieder zur Vernunft zu bringen, wird eines Besseren belehrt werden. Keine bestehende und auch keine neue Partei wird die alte Sozialdemokratie ersetzen können, weil die Verhältnisse nicht wiederkehren, unter denen die SPD mit den Gewerkschaften in den 70er Jahren »die sozialen Wohltaten« durchsetzen konnte.

Je mehr die Sozialdemokratie an Vertrauen in der Bevölkerung verliert, um so stärker wird sie sich für den Erhalt der bestehenden Ordnung einsetzen und auch – wie nach dem I. Weltkrieg – mit brutalen Mitteln gegen mögliche soziale Unruhen vorgehen. Jetzt gibt es noch die Möglichkeit, dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Das aber würde voraussetzen, dass sich besonders die Beschäftigten und die Mitglieder in den Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Politik abnabeln und eigene Wege suchen. Falls das nicht bald diskutiert und ein praktischer Ausweg aus dem sozialen Niedergang und der ständigen Erpressung gesucht wird, bleibt, wie schon oft in der deutschen Geschichte, die Gewalt durch die herrschende Klasse das reaktionäre Lösungsmittel der zunehmenden sozialen und politischen Widersprüche.

Bremen, im August 2004 ■

■ HAMBURG: DIE GRENZEN DER VOLKSGESETZGEBUNG

Wie man ein Volksbegehren aushebelt, indem man ihm zustimmt

Wie wir in Arpo 3/2004 berichteten, war in Hamburg Ende August, Anfang September das Volksbegehren »Bildung ist keine Ware« erfolgreich durchgeführt worden. 121.000 HamburgerInnen hatten unterschrieben, dass die beruflichen Schulen in vollem Eigentum der Stadt Hamburg bleiben sollen. Dieses Volksbegehren richtete sich gegen die Absicht des CDU-Senats, über die Überführung der beruflichen Schulen in eine andere Rechtsform, z.B. durch Errichtung einer Stiftung, der Hamburger Wirtschaft, insbesondere der Handelskammer, direkten Einfluss auf die Schulen zu ermöglichen. Damit würde gleichzeitig ein erster und wichtiger Schritt in Richtung Privatisierung getan werden. Mit dem erfolgreichen Volksbegehren war der Weg frei für einen Volksentscheid zur gleichen Frage, der in diesem Jahr hätte stattfinden sollen.

Nach dem Volksbegehren begannen nun hektische Aktivitäten in der Schulbehörde, im Senat und in der Handelskammer. Inhalt war: Wie können wir das ursprünglich Geplante umsetzen und gleichzeitig den Volksentscheid verhindern? Die Behörde erarbeitete schließlich ein Papier, über das die Schulsenatorin abschließend mit der Handelskammer beriet, bevor sie es dann der Öffentlichkeit präsentieren durfte. Das Wunder war geschehen: Alle hatten gesiegt. Die Handelskammer zeigte sich zufrieden, die CDU-Senatorin zeigte sich als Reformerin und auch die Initiative »Bildung ist keine Ware« sollte gesiegt haben, wie es die CDU-Bürgerchaftsfraktion in ihrem Beschluss feststellte.

»Landesinstitut Berufliche Schulen«

Vorgesehen ist jetzt die Überführung der beruflichen Schulen unter das Dach eines Landesinstituts der Stadt Hamburg, womit dem Anliegen des Volksbegehrens Rechnung getragen werden soll. Ein Landesinstitut ist schließlich in vollem Eigentum der Stadt Hamburg, lediglich rechtlich selbstständig. Als eine Art Aufsichtsrat dieses Landesinstituts ist allerdings ein Kuratorium vorgesehen, in dem die Hamburger Kammern und Unternehmerverbände die Hälfte der Sitze haben werden.

Außerdem werden die einzelnen Schulen umstrukturiert. Ziel ist, jede Schule zu einer Art Unternehmen umzugestalten, in Reformdeutsch: »Selbstständige Berufliche Schule«. Dazu wird jede Schule zu einer rechtsfähigen Anstalt öffentlichen Rechts, d.h. sie arbeitet auf eigene Verantwortung. Dazu bekommt sie eine eigene finanzielle Ausstattung für Personal- und Sachmittel, ein sogenanntes »Globalbudget«, über das sie selbstständig verfügen kann. Sie kann also z.B. versuchen, gelegentlich statt teurer beamteter Lehrkräfte mit studentischen Lehraufträgen zu arbeiten und mit dem ersparten Geld Computer anschaffen. Statt der bisherigen Schulkonferenz wird ein Schulvorstand eingerichtet, indem wiederum die für die Schule zuständigen Unternehmerverbände und Betriebe 40 Prozent der Sitze einnehmen. Also der direkte Einfluss der Unternehmen wird gesichert – kein Wunder, dass die Handelskammer sich erfreut zeigt. Gewerkschaftsvertreter haben sowohl im Kuratorium des Landesinstituts als auch im Schulvorstand nur eine beratende Rolle. Das ist wohl der Hauptgrund, warum der DGB mit dem Vorschlag nicht einverstanden ist.

Die Handelskammer findet aber noch mehr viel versprechend. Innerhalb der Schulen werden wesentliche Elemente einer Privatisierung eingeführt. Als da z.B. sind: Betriebswirtschaftliche Rechnungsführung verbunden mit der Einführung eines kaufmännischen Leiters; die Schulleiter werden direkte Dienstvorgesetzte, also Chefs; die Ergebnisse der Schulen werden von einer außerhalb liegenden Institution (evtl. einem Privatunternehmen) überprüft nach ihrem so genannten »Output« (z.B. erreichte Abschlüsse). Damit ist der Weg vorgezeichnet: Nicht mehr pädagogische Maßstäbe oder Maßstäbe der besonderen Förderungswürdigkeit z.B. benachteiligter Schülergruppen sind gefragt, sondern kostengünstige Bildungsmaßnahmen und solche, die vielleicht sogar Geld einbringen. Damit werden die inneren Voraussetzungen für eine Privatisierung geschaffen, die äußere kann dann später erfolgen.

Kein Wunder also, dass die GEW-Fachgruppe Berufsschulen ein Informationsblatt zu dem geplanten Landesinstitut betitelte: »Alter Wein in neuen Schläuchen«. Es war ja unschwer zu erkennen, dass die ursprünglichen Pläne einer Quasi-Privatisierung der beruflichen Schulen unter Leitung der Wirtschaft mit dem Landesinstitut etwas verdeckter weiter verfolgt werden.

Gebundene Hände?

Die Initiatoren des Volksbegehrens »Bildung ist keine Ware«, also vor allem die Berufsschulfachgruppe der GEW, sieht zwar keinen Sieg, natürlich nicht, will aber immerhin darin einen Erfolg erkennen, dass Bildungsbehörde und Senat gezwungen waren, von ihrem ursprünglichen Vorhaben einer Stiftung abzulassen und dem Volksbegehren zumindest formal Rechnung zu tragen. Andererseits ist aber sofort ein-

sichtig, dass die eigentliche Intention des Volksbegehrens, den Einstieg in die Privatisierung zu verhindern, ganz offensichtlich unterlaufen werden soll.

Der nahe liegende Gedanke wäre also: Führen wir doch den Volksentscheid durch! Diesen Gedanken hatte natürlich auch die CDU. Deshalb nutzte sie die Bestimmung der Volksgesetzgebung, die besagt, dass die Bürgerschaft auf die ersten beiden Stufen der Volksgesetzgebung unterhalb des Volksentscheids (Volksinitiative, Volksbegehren) mit einem eigenen Beschluss reagieren muss. Die Bürgerschaft muss entscheiden: Nimmt sie das Begehren an oder nicht? Die Bürgerschaft beschloss nun mit der absoluten Mehrheit der CDU, dass »1. Hamburgs staatliche Berufliche Schulen [...] nicht auf eine Stiftung oder einen anderen Träger übertragen [werden]. Eine Privatisierung ist nicht vorgesehen. 2. [...] der Beschluss zu 1.) dem Anliegen des Volksbegehrens ›Bildung ist keine Ware‹ entspricht.«

Damit ist offiziell die Sache beendet und ein Volksentscheid nicht mehr möglich. Als einziger Ausweg rechtlicher Art steht noch der Gang zum hamburgischen Verfassungsgericht offen. Diesen beschreitet die Initiative auch, um feststellen zu lassen, dass der Beschluss der Bürgerschaft dem Volksbegehren nicht entspreche. Die Chancen entsprechen ungefähr dem bei einem Münzwurf und so ähnlich ist die Lage jetzt auch: Man wartet den rechtlichen Gang ab und darauf, wie die Münze fallen wird.

Besonders bewegend ist die Sache damit nicht mehr. Zu dem relativ breit bekannt gegebenen Termin am 1. Dezember, auf dem beraten werden sollte, was man nun mit dem Beschluss der Hamburger Bürgerschaft machen solle, kam kaum jemand außerhalb des ganz engen Initiatorenkreises und schon gar niemand von den Hunderten, die noch im Spätsommer mit viel Einsatz Unterschriften gesammelt hatten.

Es zeigt sich jetzt die Kehrseite dessen, dass die GEW – mangels Alternativen – sich fast ausschließlich auf diese Volksinitiative gegen die Privatisierung der beruflichen Schulen konzentriert hat. Jetzt arbeitet ein Anwalt, eine Mitgliederaktivität zu diesem Punkt ist gar nicht möglich. Schon gar nicht, solange das gerichtliche Verfahren läuft. Die Hände scheinen gebunden zu sein. Auch in den Schulen ist die Luft in dieser Angelegenheit raus und die Kollegen sind damit zufrieden, dass die GEW den Rechtsweg beschreitet.

Wenn man mit Wahlen etwas verändern würde ...

... dann würden sie morgen verboten, lautet eine alte Weisheit. Wie richtig sie ist, demonstriert gerade der CDU-Senat. Die verschiedenen erfolgreichen Volksbegehren und Volksentscheide in der letzten Zeit haben zumindest eines bewirkt: Die regierende CDU hat erkannt, dass sie beim Regieren doch ganz erheblich stören, weshalb sie sie jetzt wieder abschaffen will.

Zwar war sie in den 90ern noch dafür gewesen, aber da war sie ja in der Opposition, während die damals regierende SPD eher dagegen war. Nun ist es aber nicht so einfach, die Volksgesetzgebung einfach per Bürgerschaftsbeschluss abzuschaffen, denn immerhin ist sie in der Hamburger Verfassung seit 1998 und deshalb bräuchte man eine Zweidrittel-Mehrheit, die man aber nicht hat. Außerdem macht sich das propagandistisch nicht so gut, wenn man ganz offen das Volk nicht mehr mitreden lassen will, vor allem weil sich dieses Volk gerade damit anzufreunden beginnt.

Ein SPD-Funktionär, befragt, warum die SPD-Mitglieder keine Unterschriften für die von der SPD initiierten Volksinitiativen sammelten, antwortete: »Hinter diesen Volksinitiativen steht nicht die Partei, sondern lediglich Petersen«, der Hamburger SPD-Vorsitzende.

Man kann aber die Regeln ändern, nach denen die einzelnen Schritte durchgeführt werden sollen, denn die stehen nicht in der Verfassung. Diese Regeln waren zwar schon immer so angelegt, dass sie möglichst große Hürden aufbauen und es ziemlich schwer machen, erfolgreich zu sein. Aber verschiedene Initiativen, zuletzt auch »Bildung ist keine Ware« und »Unser Wasser Hamburg« (siehe Arpo 3/04), hatten bewiesen, dass man, mit entsprechendem organisatorischen und finanziellen Aufwand, diese Hürden überspringen kann. Logische Schlussfolgerung der CDU: Die Hürden sind zu niedrig angesetzt, wir müssen sie erhöhen, und zwar so, dass es in Zukunft praktisch unmöglich ist, darüber zu kommen.

Erste Veränderung: Beim zweiten Schritt des Volksgesetzgebungsverfahrens, dem **Volksbegehren**, wo innerhalb von zwei Wochen mindestens 5 Prozent der Wahlberechtigten, etwa 61.000 zur Zeit, unterschreiben müssen, darf zukünftig nicht mehr wie bisher auf Straßen gesammelt werden. Alle, die unterschreiben wollen, müssen auf Bezirksämter gehen und sich dort eintragen. Damit ist den Initiativen das Hauptmittel aus der Hand geschlagen: mit dem Engagement freiwilliger Sammler die benötigten Stimmen zu bekommen. Die dabei entstehenden Informativen und politisierenden Gespräche fallen natürlich auch weg. Und dass die Bürger sich in ausreichender Zahl auf den Weg zu den Bezirksämtern machen, daran glaubt nicht nur die CDU nicht.

Zweite Veränderung: Der dritte Schritt, der **Volksentscheid**, darf nun nicht mehr wie bisher, zusammen mit einer Europa-, Bundes- oder Landtagswahl stattfinden, sondern muss an einem separaten Termin abgehalten werden. Begründung der CDU: Das sei organisatorisch einfacher. Tatsächlicher Hintergedanke: An einem Wahltag gehen viele Menschen zur Wahl und nehmen dann auch die Gelegenheit des Volksentscheides wahr, was natürlich dessen Erfolgsaussichten erhöht. Wenn der Volksentscheid separat stattfinden muss, ist die Chance, dass die Mindestbeteiligung von 20 Prozent der Wahlberechtigten nicht erreicht wird, erheblich größer.

»CDU-Fraktionschef Bernd Reinert jubelte [...], mit dem Senatsbeschluss werde die direkte Demokratie in Hamburg gesichert.« (taz, 29.12.04) Die beste Ironie ist manchmal die ungewollte.

Nun haben SPD, die ja früher gegen die Volksgesetzgebung war, Grüne und einige Gewerkschaften eine Volksinitiative gegründet: »Rettet die Volksgesetzgebung!« Sie wollen die von der CDU beschlossenen Veränderungen wieder rückgängig machen. Angesichts ihrer Mitgliederzahlen müsste es ihnen eigentlich ein Leichtes sein, ihr Ziel trotz der erschwerten Bedingungen zu erreichen. Ob es ihnen allerdings gelingen wird, ihre eigenen Mitglieder zu mobilisieren? Der Verdacht liegt schließlich nahe, dass ihnen dieses Thema gerade gut passt, um von den eigentlichen Themen wie Hartz IV, Arbeitslosigkeit und von ihrer fehlenden Alternative zur Politik der CDU in Hamburg abzulenken.

Hamburg, 15.1.05 ■

Volksbegehren zwecks Einleitung von Neuwahlen gescheitert

Am 16./17.11.04 trafen sich erneut die Landesdelegierten der Berliner GEW. Auf dieser Versammlung stand die Auswertung des Beschlusses zur Teilnahme am Volksbegehren/Volksentscheid zwecks Einleitung von Neuwahlen, gefasst auf der Frühjahrsdelegiertenversammlung, zur Debatte (vergl. ARPO Nr. 2/2004).

Die Delegierten kamen zu dem Entschluss, dass die Arbeit im Bündnis mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der »Initiative Volksbegehren für ein Soziales Berlin« zu beenden sei. Dieser Beschluss wurde noch in der Annahme getroffen, dass genügend Unterschriften, mindestens 50.000, gesammelt würden.

Doch die Initiatoren und Befürworter der Beteiligung mussten im Laufe des Prozesses des Volksbegehrens feststellen, dass sie nicht nur die Stimmung in der Bevölkerung falsch eingeschätzt hatten, sie waren nicht einmal in der Lage eine nennenswerte Anzahl Gewerkschaftsmitglieder zu mobilisieren. Weniger als 10 Prozent der Mitgliedschaft hatte unterschrieben. An den Straßensammlungen hatte sich nur eine geringe Zahl Kolleginnen und Kollegen beteiligt. Selbst für den überwiegenden Teil der Befürworter unter den Delegierten blieb das Fingerheben ohne Konsequenz. Damit war das Volksbegehren eine Angelegenheit weniger Funktionäre.

Am Ende der Auszählung konnten noch nicht einmal die notwendigen 50.000 gültigen Unterschriften vorgelegt werden, die als Voraussetzung für die Einleitung der zweiten Stufe, der Durchführung des Volksentscheids, nötig gewesen wären.

Von daher war es dann letztlich unerheblich, dass die GEW beschlossen hatte, ihr Engagement beim Volksbegehren zu beenden. Damit wurde endlich ein Schlussstrich unter eine Angelegenheit gezogen, mit der sich die GEW-Berlin einen Bärenienst erwiesen hatte. Der Anschein von Stärke, den die Gewerkschaft dem Senat und auch den Bündnispartnern vorgespielt hatte, war nicht vorhanden. Nicht nur, dass sich die Gewerkschaft vor aller Augen als zahnlos erwiesen hat, wichtige Dinge wie der Kampf gegen die Arbeitsverdichtung oder die Durchführung der Personalratswahlen wurden vernachlässigt.

Dem Vorhaben, was einige Aktive als Ausweitung der Gewerkschaftsaktivitäten auf das politische Feld verstanden, lag eine völlige Fehleinschätzung der politischen Kräfteverhältnisse und des Willens der eigenen Mitgliedschaft zu Grunde. Schon die Beachtung der mangelnden Beteiligung der Berliner Lehrerschaft an der zweistündigen Arbeitsniederlegung im Juni 2003 gegen eine erneute Arbeitszeitverlängerung hätte eine Warnung sein müssen.

Diese Fehleinschätzung wurde jedoch durch das Abstimmungsverhalten der Delegierten auf der Frühjahrsversammlung gedeckt. Diese Konstellation führte zu einer grandiosen Selbstüberschätzung der eigenen politischen Bedeutung gegenüber einem verhandlungsunwilligen Senat. *CE, L.E. ■*

»Auf dem Marienplatz flogen nur noch die Fetzen«

»Schwere Randalen um NPD-Stand in Dorfen«
Schlagzeile im »Wochenblatt« vom 24.11.2004

Wer kennt schon Dorfen? Großräumig betrachtet handelt es sich um eine Ansiedlung etwa in der Mitte zwischen Berlin und Florenz. Halbzeit also für alle, die von dort in die Metropole der Toskana wollen. Der kleinräumige Blick verweist auf eine kleine oberbayerische Stadt in der Mitte zwischen Landshut und Wasserburg.

Die Nord-Südverbindung als Durchgangsstraße ist in den Karten als Deutsche Ferienstraße vermerkt und führt die Reisenden am Stadtkern vorbei. Nur selten biegt eine/r ab und verweilt kurz in der vor allem an Wochenenden fast ausgestorbenen Innenstadt.

Von den etwa 13.000 Einwohnern (die eingemeindeten Dörfer ringsum mitgerechnet) zählt ein immer geringerer Anteil zu den Alteingesessenen. Nur der Kreis der über Baugrund, Immobilien und sonstigen Besitztümern Verfügenden hat sich kaum verändert.

Zuwanderungswellen

Die erste Zuwanderungswelle war – wie anderswo auch – gegen Ende und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Ist in der Dorfener Gegend »vom Flüchtling« die Rede, ist der Zuzug aus dieser Zeit gemeint, ein später eintreffender Flüchtling ist dann im Sprachgebrauch ein Asylant. Dahinter verbergen sich Abstufungen, die dem Einheimischen vertraut sind. In den 60er und 70er Jahren kamen schubweise so genannten GastarbeiterInnen v.a. aus Jugoslawien und der Türkei in größerer Anzahl dazu. TürkInnen leben auch in Dorfen unter sich. Viele Familien sind miteinander verwandt. Nach 90 ließen sich ehemalige DDR-BürgerInnen auf der Flucht vor Arbeitslosigkeit nieder. Manche kamen mit der ihnen fremden Mentalität nicht zurecht und verließen Dorfen wieder. Der Arbeitsamtsbezirk Freising-Erding konnte noch lange mit einer der niedrigsten Arbeitslosenquoten um die fünf Prozent aufwarten.

Gab es vormals in der Region noch eine aufstrebende Handwerkskultur mit steigendem Bedarf an qualifizierten sowie anzulernenden Arbeitskräften, hat sich mittlerweile der Trend ins Gegenteil umgekehrt. Selbst renommierte Handwerksbetriebe werden von der Krise eingeholt und müssen aufgeben.

Eine Ziegelei, derzeit noch die größte Arbeitgeberin am Ort, die auch gering Qualifizierte beschäftigt, siecht dahin und schickt über die kalte Jahreszeit die BandarbeiterInnen zum Stempeln.

Gewerkschaftlicher Aufschwung und Niedergang

Da Dorfen mit dem Bahnhof eine Anbindung an den Wirtschaftsraum München besitzt, pendeln heute viele abhängig Beschäftigte vorwiegend zu den Münchner Großbetrieben wie etwa BMW und Siemens. Sind sie gewerkschaftlich organisiert, dann zumeist in der IG Metall und somit in den Organisationszusammenhang des Betriebs eingebunden. In Dorfen selber gibt es keinen Betrieb mit Betriebsrat mehr. Bei der erwähnten Ziegelei konnte nie ein Betriebsrat durchgesetzt werden. Da versteht die Geschäftsleitung keinen »Spaß«.

In der Nachkriegszeit hatte die Gewerkschaftsbewegung auch in Dörfern einen Aufschwung erlebt. Es gab ein DGB-Ortskartell, das gut besuchte Veranstaltungen vermehren konnte. Metalller, Maurer, Postler, Bahnbeschäftigte und ÖTVler bildeten die Basis des DGB. Die Teilnahme an 1. Mai Kundgebungen gehörte für viele zu einer Selbstverständlichkeit. Aktive Dorfer GewerkschafterInnen tendierten mehrheitlich wie auch anderswo zur Sozialdemokratie, nicht wenige fühlten sich zum Teil wegen ihres religiösen Hintergrunds der CSU verbunden. Ihnen allen gemeinsam war der Antikommunismus der Adenauerzeit, und »a bisserl a Nationalismus is scho a ned schlecht« war des öfteren bei Gewerkschaftsversammlungen zu vernehmen. In dem Bissel war zumeist eine gehörige Portion verpackt.

Mit der Generation derer, die in ihrem Bewusstsein vom Aufschwung des bundesdeutschen Kapitalismus und der tatsächlichen Verbesserung der materiellen Verhältnisse der Lohnabhängigen geprägt waren, erlebte die lokale DGB-Organisation den Aufschwung und zugleich den Niedergang.

Jüngeren GewerkschafterInnen, die zwar bereit waren, das DGB-Ortskartell wieder aus der Agonie herauszuführen, aber nicht als Schublade der SPD, vermieste man ihr Engagement so gründlich, dass sie entnervt aufgaben, was zum endgültigen Aus des Ortskartells führte.

Symptomatisch für die Auseinandersetzungen in der Endphase des DGB-Ortskartells war das Verbot einer Veranstaltung mit der IG-Metall-Betriebsrätin Eva Bulling-Schröter, die Bundestagskandidatin der PDS war. Der damalige Generalsekretär der CSU, Erwin Huber, hatte der Presse gesteckt, dass in Dörfern der DGB gemeinsame Sache mit der Nachfolgepartei der SED mache, was wiederum den DGB-Landesvorsitzenden Schösser veranlasste, die Veranstaltung absagen zu lassen. Sie fand dann trotzdem statt, war gut besucht und inhaltlich niveauvoll. Es war für die Beteiligten am Ort eine Art Realsatire, hatte allerdings Konsequenzen, die ziemlich rasch zu einer Beendigung jeglicher gewerkschaftlicher Tätigkeit in Dörfern führten.

Provinzialität

Die politische Situation in der Kleinstadt ist geprägt von einer dumpfen, reaktionär-klerikalen Atmosphäre. Im 20. Jahrhundert hatten vier Parteien das Sagen: das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, die NSDAP und die CSU. Seit der letzten Wahl verfügt die CSU zwar nur über sechs von 24 Sitzen im Stadtrat, zusammen aber mit einer Rechtsabspaltung und den so genannten Landlisten verfügen »die Schwarzen« über insgesamt 16 Sitze, stellen den Bürgermeister und seine zwei Stellvertreter. Drei Sozialdemokraten und zwei GALierinnen dürfen jeweils mit einem Minderheitenvotum den Schein einer Opposition wach halten. Daneben gibt's noch ein paar Vertreter einer freien Wählerliste (ÜWG).

Im Zusammenhang mit der Entwicklung im Gewerkschaftsbereich wurde bereits erkennbar, dass es in Dörfern neben dem bürgerlichen Politikbetrieb auch ein aufmüpfiges Potential gibt. Dass dabei ein Teil der Jugend eine besondere Rolle spielt, ist nicht verwunderlich.

Die Dorfer Zeitung (1) vom 3. Oktober 1899 hatte sich an zentraler Stelle bereits über die örtliche Jugend beklagt:

»Die Verwilderung und Zuchtlosigkeit eines großen Teiles unserer jetzigen Jugend nimmt immer mehr überhand. Die Ursache dieser traurigen Erscheinung ist schon oft von maßgebender Seite erörtert und beklagt worden, allein die allzu

große Humanität, die in Schule, Familie und Staat gegen Übertretungen an den Tag gelegt wird, lassen in dieser Beziehung keine Besserung hoffen.«

Bezog sich damals die Klage auf einen großen Teil der Jugend, hat man inzwischen den Personenkreis stark eingeschränkt. Aber dazu später mehr.

In Dörfern gibt es nicht nur eine Tradition der jugendlichen Aufmüpfigkeit, die viel Ablehnung erfährt. Auf der offiziellen Homepage der Stadt Dörfern wird auf eine aufmüpfige Tradition verwiesen, an die man sogar gern erinnert. Es handelt sich um den so genannten Bierkrieg von 1910. Wenn in Dörfern von Kultur die Rede ist, steht sie oft auch in Zusammenhang mit Bier. Der Erfolg von Festlichkeiten wird durchaus auch an der Menge des umgesetzten Gerstensaftes gemessen: oans, zwoa, drei, guffa! Ein vor allem während der Volksfestzeit jährlich gemeinsam, in kurzen Abständen und mit großer Lautstärke abgegebenes Bekenntnis zu Tradition und Sitte.

Am Anfang des Bierkriegs stand eine Preiserhöhung. Immerhin um zwei Pfennige sollte die Maß teurer werden. Dieser unerhörte Vorgang soll die Gemüter erhitzt und die Volksseele so zum Kochen gebracht haben, dass schließlich sieben Gebäude in Flammen standen und 25 Leute, zumeist junge Burschen, verhaftet und der Gerichtsbarkeit zugeführt werden mussten. Bei besonderen Gelegenheiten wird in Dörfern ein Schauspiel aufgeführt, das die Vorgänge von damals zum Inhalt hat und Besucher von nah und fern anzieht.

Die Revolution kommt – nur kurz vorbei

Dagegen völlig ausgeblendet wird in der Kleinstadt ein Kapitel, an das sich das wohlhabende Bürgertum nur deshalb nicht mehr mit Grausen erinnert, weil alle Beteiligten inzwischen das Zeitliche gesegnet haben. Dörfern war nämlich in die Bayerische Räterepublik von 1919 hineingeraten, was man der Bahn zu verdanken hatte. Von München aus waren damals Abordnungen ins Land ausgesandt worden, die die Revolution in die Provinz bringen sollten. Und so hatte sich auch ein Trupp nach Dörfern begeben, das Rathaus, die Post und die Polizeistation besetzt, das Personal ausgewechselt und die entscheidenden Posten mit vertrauenswürdigen, das heißt mehr oder weniger klassenbewussten Proleten besetzt.

Bevor aber die entscheidende Frage, die Eigentumsfrage, ernsthaft angegangen werden konnte, zogen die auswärtigen Rotgardisten wieder ab um nicht den von Osten anrückenden Weißgardisten in die Hände zu fallen. Einige aus dem Geldadel der Stadt, die sich damals um ihren erheblichen Besitz größte Sorgen gemacht hatten, errichteten später einen Gedenkstein für die Errettung aus höchster Gefahr.

Nazis? Nazis soll es in Dörfern wie auch anderswo – fast – keine gegeben haben. Als vor einigen Jahren des 100. Geburtstag des bedeutendsten Bürgers der Stadt, des Schriftstellers Josef Martin Bauer (Bäcker Sepp), mit einer Ausstellung im Rathaus und diverser Ehrungen gedacht wurde, musste sich ein ortsansässiger Redakteur des Bayerischen Rundfunks als Nestbeschmutzer bezeichnen lassen, weil er bei der Würdigung des Schriftstellers die zwölf Jahre von '33 bis '45 nicht ausgespart und auf Veröffentlichungen im »Völkischen Beobachter« hingewiesen hatte. J. M. Bauer erlangte überregionale Anerkennung durch die Verfilmung seines biographischen Romans »Soweit die Füße tragen«. Ein typischer Winterfilm mit viel sibirischem Schnee. Ein Film,

der regelmäßig zur Weihnachtszeit durch die dritten Fernsehkanäle gereicht wird.

Keine Anerkennung erhielten ein paar Ortsansässige, die nach 33 ihr Maul nicht haben halten können, dafür nach Dachau gekommen waren und nach 45 als ehemalige Sträflinge besser nichts mehr sagten. Die Nachkriegszeit verlief ruhig in Dorfen. Über bestimmte Dinge wurde, wenn überhaupt, dann hinter vorgehaltener Hand gesprochen.

Wieder keine Ruhe

Und schließlich sollten es erneut Jugendliche sein, die die Ruhe störten.

Die Studentenbewegung ließ die Kleinstadt nicht gänzlich unverschont. Die Bildungsreform bescherte ein Schulzentrum mit einem Gymnasium, einem zum Teil recht jungen LehrerInnen-Kollegium und neuen Ideen. Die Idee, das Gymnasium nach J.M. Bauer zu benennen, wurde nach ersten Recherchen aufgegeben. Der ehemalige Treffpunkt der Hitlerjugend entwickelte sich zum autonomen Jugendzentrum. Die HJ dürfte aber zu ihrer Zeit bei einem Großteil der Bevölkerung weit weniger umstritten gewesen sein als später der Verein des autonomen Jugendzentrums (JUJ).

Der kritische Teil der Dorfener Jugend rekrutierte sich in der Folgezeit immer wieder aus den Aktiven des JUJ. Seine Autonomie war von Anfang an einer Mehrheit im Stadtrat ein Dorn im Auge. Was der reaktionär-klerikale Klüngel nie begriffen hat: Jeder Angriff auf das JUJ trug zur ungewollten Politisierung bei.

Zu Beginn der 80er Jahre entwickelte sich in Dorfen im Zusammenhang mit dem Aufblühen der Öko-Bewegung eine Grün-alternative Liste, eine recht rührige und weit über den Landkreis aktive und bekannte TAGWERK-Genossenschaft und eine linkssozialdemokratische Tendenz in der haubackenen SPD. Auch die Friedensbewegung hatte in der Stadt für einige Jahre Zulauf. Die Friedensgruppe war eine von drei Initiativen im Landkreis.

Als sich 89/90 das Ende der realsozialistischen Staatensysteme in Europa abzeichnete, hatte das für Dorfens fortschrittliche Szene kaum größere Auswirkungen, schließlich war die DKP nie bis in diese Kleinstadt vorgedrungen.

Vielmehr war es das Ansinnen der US-Regierung, den Irak mit Krieg zu überziehen, was die Dorfener Szene wie auch andernorts in Bewegung brachte. Bis weit ins liberale Bürgertum wurden Anti-Kriegsaktionen unterstützt. Noch war ja Schröder nicht Kanzler und auch Fischer hatte sich noch nicht olivgrün eingekleidet.

Mit Ausbruch des Krieges löste sich das Bündnis schnell auf. Allerdings blieben ein paar Leute übrig, die mehr wollten als nur einen Krieg verhindern.

Diese paar Leute trafen sich weiterhin als Arbeitsgemeinschaft International (AGI), diskutierten viel und manchmal heftig und beteiligten sich an überregionalen Aktionen, so etwa anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in München.

Die AGI bildete in den folgenden Jahren einen Kristallisationspunkt für alle, die dem bürgerlichen Parteienspektrum nicht mehr viel abgewinnen konnten. Regionale Kontakte zwischen Landshut, Wasserburg und Ebersberg entstanden und wurden ausgebaut. Mit dem »Wasserburger Treffen« entwickelte sich vorübergehend ein nützlicher Austausch. Dabei darf nicht vergessen werden, dass anpolitisierte Jugendliche nach wenigen Jahren die Kleinstadt verlassen und damit Lücken hinterlassen, die nicht leicht zu schließen sind.

Die REPS werden stark

Die erste Hälfte der 90er Jahre war nach dem Abebben der Antikriegsbewegung geprägt vom Entstehen einer neuen faschistoiden Bewegung, den so genannten Republikanern (REPS), am rechten Rand der CSU. Mit dem weithin bekannten und unter der Bevölkerung sehr populären Rundfunkjournalisten Franz Schönhuber, einem ehemaligen Mitglied der Waffen-SS, war der CSU ein gefährlicher Konkurrent erwachsen.

Auch im Landkreis Erding waren die Säle bei REP-Veranstaltungen gerammelt voll. In Dorfen traute sich keiner aus der CSU den Bruch mit der Partei zu vollziehen und sich offen für die REPS zu positionieren. Das hing vor allem mit den Protesten zusammen, die über längere Zeit von AGI und Jugendzentrumsleuten organisiert worden waren. REP-Sympathisanten wurden von Anfang an mit dem Vorwurf konfrontiert, Nazis zu sein. Das hatte Wirkung. Und so konnte in Dorfen die Etablierung von REP-Strukturen verhindert werden.

Auf Bundesebene erledigte sich das Problem der Formierung einer Massenpartei rechts von CDU/CSU durch die Übernahme von inhaltlichen Forderungen der REPS durch die sog Parteien der Mitte v.a. in der Asylfrage und in der »Sicherheitspolitik«.

Der Regierungswechsel nach der 98er Bundestagswahl wirkte sich in Dorfen insofern aus, als das sozialdemokratische und grün-alternative Spektrum plötzlich erkennen musste, dass die eigenen Leute die vorher vehement kritisierte Politik von Union und FDP weitgehend unverändert fortsetzen und in Teilen sogar noch verschärfen.

Die Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem auch von der neuen Regierung aktiv geführten Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien fand auch in Dorfen statt und machte deutlich, dass es die Breite früherer Antikriegsbewegungen nicht mehr gab.

Nazis sind in der Stadt

Was die regionale Naziszene betrifft, kam es vor allem in der zweiten Hälfte der 90er Jahre immer wieder zu Attacken gegen das Jugendzentrum. So war im Juni 1997 eine mit Baseballschlägern und Messern bewaffnete Gruppe im JUJ erschienen, um eine Schlägerei zu provozieren. Die Jugendzentrumsleute beschlossen daraufhin, den jugendlichen Nazis offensiv gegenüberzutreten. Wenig später konnten etwa 20 Jugendliche acht bewaffnete Skinheads auf dem Marktplatz stellen. Immer wieder kam es zu Pöbeleien und Bedrohungen von MigrantInnen. Hakenkreuzschmierereien im Stadtbereich wiesen optisch auf das Vorhandensein einer Naziszene hin.

Im April 2000 eskalierten die Übergriffe in einem Vorfall, der den Namen Dorfen beinahe in eine Reihe mit Mölln, Solingen und Lübeck gestellt hätte. Was war geschehen?

In der Nacht vom 14. auf 15. April tauchten laut Polizeibericht acht Jugendliche im Jugendzentrum auf. »Nach Auseinandersetzungen mit dem Aufsichtspersonal wegen des Absingens eines verbotenen rechtsradikalen Liedes, streckte der 17-Jährige (aus der Nazigruppe) einen Besucher mit einem Faustschlag nieder, worauf die Gruppe aus dem Jugendzentrum verwiesen wurde.« (Pressebericht vom 15.4.)

Anschließend besorgten sich die jugendlichen Nazis einen Benzinkanister mit der Absicht, das JUJ abzufackeln. Als ihnen das nicht gelang, begaben sie sich zum Gemeinde-

haus, in dem überwiegend türkische und deutsche SozialhilfeempfängerInnen untergebracht sind und zündeten es an.

Da der Anschlag gegen 2.25 Uhr nachts erfolgte, war es ein Zufall, dass das Feuer rechtzeitig entdeckt wurde und sich die 19 Bewohner, darunter viele Kinder, aus dem Gebäude retten konnten.

Die Besucher des JUZ reagierten auf diese Vorfälle mit einer Spontandemo und einer Kundgebung mit dem Zeitzeugen Martin Löwenberg aus München »Gegen Naziterror in Dorfen und anderswo«.

Links in Dorfen

In der lokalen Öffentlichkeit wurde der Vorfall nach einigen Betroffenheitsbekundungen (schließlich war weltweit berichtet worden) wieder auf eine Art und Weise abgehandelt, wie es für Dorfen inzwischen typisch ist. Eine merkwürdige Umdeutung setzte ein. Die Nazis zündeten ein Haus an und der Jugendreferent des Stadtrats erklärte: »Wir haben mehr Probleme mit der linken Szene« (ENN/SZ, 2.6.2000). »Linke Szene« ist in Dorfen ein Begriff, der nie definiert wurde. Er wird verwendet, ohne dass jemand sagt, was das eigentlich ist. Leute aus der »linken Szene« sollen im Jugendzentrum sein. Gelegentlich werden Begriffe wie »linke Szene«, »autonome Szene« und »Gewaltbereite« synonym verwendet. Der Dorfener Anzeiger, die Regionalausgabe des rechtslastigen Münchner Merkur, ist häufig der Stichwortgeber. Drei Jahre vor dem Brandanschlag waren die JU-Vorsitzenden mit dem Anwurf zitiert worden, das JUZ sei eine »Brutstätte einer scheinbar autonomen Szene«. In der kleinbürgerlichen Abgeschlossenheit der bayerischen Provinz ordnet man sich selber mittig ein. Diese Mitte befindet sich zwar weit rechts. Das empfindet aber der zumeist männliche Vertreter dieser Vorstellung nicht so und würde sich gegen diese »Unterstellung« entschieden verwehren. So erklärte unlängst ein Stadtrat, der CSU-Mitglied ist und Besitzer eines ansehnlichen VW-Autohauspalastes: »Deutschland ist ein Land der Mitte«. Für extremistisch hält diese Figur wohl schon jeden Zeitgenossen, der sich beim Autokauf nicht für ein Exemplar seines Hauses entscheidet.

Für diese Herrschaften ist das JUZ links, wenn es sich politisch nicht im Sinne der extremistischen Mitte artikuliert. Immer dann, wenn aus dem JUZ längere Zeit keine politischen Aktivitäten zu vernehmen sind, lassen die Angriffe von außen deutlich nach.

Antifaschismus konkret

Gegen Ende des Jahres 2004 geriet das Jugendzentrum wieder in das Blickfeld der regionalen Öffentlichkeit.

Die NPD hatte einen Infostand beantragt und als eine nicht verbotene Partei auch genehmigt bekommen. Was dann passiert sein soll, stellte der Dorfener Anzeiger auf Seite 1 mit der Schlagzeile: »Zehn bis fünfzehn Demonstranten schleudern Tisch gegen Marktkirche in Dorfen« vor.

Was war Schreckliches geschehen?

Junge Leute, die im JUZ mit der Vorbereitung eines so genannten Südseeabends (’ne heiße Angelegenheit mit viel Sand) beschäftigt waren, hatten vom Auftreten der Nazi-Partei Wind bekommen und dafür gesorgt, dass das weitere Verteilen von Nazi-Propagandamaterial unterblieb. Bei einer Rangelei soll ein Biertisch umgefallen sein. Die NPD-Leute schilderten der Polizei gegenüber eine höchst dramatische

Version des Vorgangs, die prompt Eingang in den Pressebericht der Polizei fand und von beiden Zeitungen übernommen wurde.

Als dann eine Woche später erneut NPDler als Flugblattverteiler zugange waren, kam es zu weiteren spontanen Protesten, die zur vorzeitigen – manche sagen auch: fluchtartigen – Abreise des Nazigesindels wesentlich beitrugen.

Schon nach der Geschichte mit dem Biertisch (irgendwie kommt man in Dorfen nicht am Bier vorbei) war von der Dorfener Zeitung das JUZ als Problem benannt worden. Unter der Überschrift: (Bürgermeister) »Sterr erwägt Konsequenzen gegen das JZ«, war von Hausverboten und Maßnahmen gegen den Verein JZ Dorfen e.V. die Rede. Dazu muss man wissen, dass es der »Dorfener Anzeiger« war, der den Bürgermeister mit Sprüchen von der Homepage des JUZ konfrontiert und so ganz geschickt eine Kampagne eingefädelt hatte.

In der Zwischenzeit war von Jugendlichen herausgefunden worden, was die Polizei zu diesem Zeitpunkt längst wusste, es aber der Öffentlichkeit (bewusst?) vorenthalten hatte: Unter den NPD-Leuten waren die Spitzen der Kameradschaft-Süd, Norman Bordin und sein Stellvertreter Hayo Klettenhofer. Bordin, ein wegen eines Delikts gegen einen Griechen, der die Attacke nur knapp überlebt hatte, rechtskräftig verurteilter und dafür inhaftierter Gewalttäter, ist die zentrale Figur in der südbayerischen Naziszene und bekennender Nationalsozialist in der Tradition der NSDAP.

Schöner leben ohne Nazis

Bereits zwei Tage später wurde im Internet der Aufruf einer ominösen »Initiative schöner Leben in Dorfen« zu einer Demo für den Samstag derselben Woche entdeckt. Der Aufruf stand unter dem Motto: »Kriminellen keine Plattform bieten – Schützt unsere Jugend vor politisch motivierter Gewalt« und richtete sich gegen das JUZ, in dem sich laut Aufruf »brutale, polizeibekannte Anarchisten zusammensetzen« (!).

Nachdem das Vorhaben der Tarninitiative von NPD und Kameradschaft Süd bekannt war, wurde im Umfeld von AGI und JUZ ein »Bündnis gegen Nazis« initiiert, mit dem Ziel, den Nazis mit einem möglichst breiten Widerstand zu zeigen: Ihr seid hier unerwünscht!

Der Bürgermeister hatte in der Zwischenzeit mit dem Landratsamt Erding vereinbart, für die Zeit der Demo die gesamte Innenstadt für die NPD wie auch für alle Gegenaktivitäten zu sperren. Begründet wurde die Sperrung mit der »Vorweihnachtszeit«, mit den »Buden des Christkindlmarktes« und dem »Vorweihnachtseinkaufsrummel«. Einer inhaltlich begründeten Ablehnung des NPD-Begehrens verweigerten sich die Behörden und beließen es bei der formalen Begründung.

Für Gegenaktionen wurde nach längerem Hickhack eine Kundgebung am Rande der Innenstadt genehmigt.

Im Anmeldebescheid des Landratsamtes heißt es: »Angehörige der regionalen linksextremistischen, autonomen Szene weisen derzeit im Internet (www.a-i-z.net) auf die Veranstaltung der Rechtsextremisten in Dorfen hin und rufen zu Gegenveranstaltungen, insbesondere zum Schutz des Jugendzentrums in Dorfen, auf. Als Gegenaktion ist eine Kundgebung am Johannisplatz mit anschließender Demonstration ab 10.00 Uhr geplant. Es wird mit der Teilnahme von Angehörigen der linksextremistischen, autonomen Szene aus dem Einzugsbereich von Landshut, München, Erding

und Rosenheim gerechnet.« Des weiteren heißt es: »Erwartetes Potential links:

Zu rechnen ist mit 60 Antifaschisten (siehe oben), zirka 20 bis 30 gewaltbereite Personen aus dem Bereich des Jugendzentrums Dorfen und mit einer nicht genau festzuhaltenden Anzahl von gewaltbereiten Punkern, die am Abend des 11.12.04 ein im Jugendzentrum geplantes Punkkonzert besuchen wollen.«

Was amtlich als Punkkonzert definiert wurde, fiel einer verweigerten Genehmigung durch die Stadtbehörde zum Opfer. Diese wollte den Jugendlichen zeigen, wer da letztlich das Sagen hat. Originalton Bürgermeister: »Dorfen will mit Radikalen jeglicher Art nichts zu tun haben« (DA, 10.12.04)

Nachdem sich herausstellte, dass Gegenveranstaltungen nicht zu verhindern sind, ließen sich die Stadträte mehrheitlich von SPD und GAL zu einer Teilnahme an der Gegenkundgebung überreden. Der Samstag wurde den Umständen

entsprechend ein Erfolg. Fast 1000 Bürgerinnen und Bürger aus Dorfen und Umgebung beteiligten sich an der Kundgebung des Bündnis gegen Nazis. Im Anschluss daran beteiligten sich etwa 350 Gegendemonstranten an der Bewachung der ca. 70 Nazis, die auf einem abgelegenen Parkplatz dem Gesieere von Bordin und Klettenhofer lauschen durften. Den weinerlichen Nachbetrachtungen der braunen Kameraden im Internet ist zu entnehmen, dass ihnen der Schrecken von Dorfen immer noch in den Knochen sitzt. Ihr trotziges: »Dorfen – wir kommen wieder!« ist wohl eher an die eigene Gefolgschaft gerichtet. Großspurige Ankündigungen konnten sie in den folgenden Wochen nicht in die Tat umsetzen.

Und das Jugendzentrum ist am Anfang des neuen Jahres weniger von den Nazis von außerhalb bedroht als vielmehr von den politischen Kräften in der Stadt, denen das Ende des JUZ ein Herzensanliegen bleibt. Diese könnten am längeren Hebel sitzen. 11.1.2005 ■

■ AUCH MIT EINEM NEUEN PALÄSTINENSERPRÄSIDENTEN:

Keine Lösung des Nahost-Konflikts in Sicht

Mit dem Tod von Arafat rückte der Konflikt in Palästina international wieder in die Schlagzeilen der Medien. Während die maßgeblichen Politiker in den USA und der EU den von der israelischen Armee unter Hausarrest gehaltenen Arafat mieden und zur Unperson erklärten, wird sein Nachfolger zunächst mit Glückwünschen und Vorschusslorbeeren überhäuft. Als Arafat 1993 seine Unterschrift unter das Oslo-Abkommen setzte, war er ebenfalls noch – als Hoffnungsträger gefeiert und mit dem Friedensnobelpreis geehrt – ein begehrter Gesprächs- und Verhandlungspartner.

Erneut versuchen Israel und die USA den Palästinensern einen »Friedensvertrag« aufzuzwingen, der die israelische Vorherrschaft im Nahen Osten zementieren soll, nachdem alle »Friedensbemühungen« angeblich an der unnachgiebigen Haltung Arafats gescheitert sein sollen. Wir haben in den letzten Jahren des Öfteren über die Konflikte und Auseinandersetzungen in Palästina berichtet. An den Ausgangsbedingungen und Kräfteverhältnissen hat sich seither nichts Grundsätzliches geändert. Das Abkommen von Oslo stellte eine einseitige Vorleistung der Palästinenser dar in der Hoffnung, am Ende des Friedensprozesses stehe der eigene Staat. Dieser »Staat« wäre ein Flickenteppich geblieben, wirtschaftlich völlig abhängig von Israel und militärisch kontrolliert von dessen Armee. Nur die Verwaltung und die polizeiliche Gewalt, d.h. die Herstellung bzw. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sollte den palästinensischen Behörden übertragen worden. Arafat wäre wohl bereit gewesen, diesen Weg zu gehen, wenn die israelische Seite es ihm durch Zugeständnisse ermöglicht hätte, das in seinem eigenen Volk durchzusetzen.

Doch selbst die minimalen Zugeständnisse des Abkommens von Oslo wurden von der israelischen Regierung – damals noch unter der »Arbeitspartei« – nicht eingehalten. Der zeitlich vereinbarte Teilrückzug der israelischen Armee wurde immer wieder aufgeschoben und – noch viel entscheidender – statt eines Rückbaus israelischer Siedlungen begannen deren Ausbau und Neugründungen in einem vorher



Ein Vertreter der palästinensischen Gewerkschaften erläutert einer internationalen Gewerkschaftsdelegation die Zerstückelung des Landes durch israelische Siedlungen, Straßen und Trennmauern.

nicht gekanntem Ausmaß. Vor einem endgültigen »Friedensvertrag« sollten so einseitig vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Unter Sharon als Regierungschef wurden die Siedlungen weiter ausgebaut und mit einer riesigen Trennmauer zusätzlich palästinensischer Grund und Boden enteignet und ein zukünftiges palästinensisches Gebilde weiter zstückelt. Mit den regelmäßigen Überfällen der israelischen Armee auf Flüchtlingslager, Städte und Dörfer in den besetzten Gebieten demonstriert Israel seine militärische Übermacht und die Bereitschaft, diese jederzeit einzusetzen. Auch Präsident Abbas, dem Nachfolger Arafats, werden nicht von seinen Wählern, sondern von der israelischen

Regierung die Aufgaben zugewiesen. Er hat die »Radikalen« zu entwaffnen und auszuschalten, nur unter diesen Voraussetzungen ist die israelische Regierung zu Gesprächen bereit. Dies kann keine Grundlage für Friedensverhandlungen und -vereinbarungen bilden. So lassen sich die Widersprüche und Konflikte nicht lösen, sie können höchstens zeitweise militärisch unter Kontrolle gebracht werden. ■

Wir setzen in dieser Ausgabe unsere Berichterstattung über den Nahen Osten fort mit einem Reisebericht und den Versuchen von israelischer Regierungsseite die Arbeit des Workers Advice Center (WAC) zu unterbinden. Des Weiteren drucken wir ein historisches Dokument der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IVKO) zur Frage des Zionismus aus dem Jahre 1938 ab.



Bei palästinensischen Gewerkschaftern in Ramallah



Bericht über eine Reise zu israelischen und palästinensischen Kolleginnen und Kollegen

Zwei Mitglieder des Arbeitskreises Internationalismus der Verwaltungsstelle Berlin der IG Metall haben an einer Delegationsfahrt nach Israel teilgenommen. Dafür hatten sie auch die Unterstützung der Ortsverwaltung der IGM. Auf Intervention des Hauptvorstandes durften sie in Israel allerdings nicht im Namen ihrer Gewerkschaft auftreten und erhielten auch die Kosten der Reise nicht erstattet. Der folgende Bericht wurde innerhalb der IG Metall verschickt – u.a. auch an die für internationale Beziehungen zuständige Abteilung beim Vorstand der IG Metall.

Vom 25. April bis zum 1. Mai 2004 haben wir mit einer Delegation von insgesamt 14 Gewerkschaftern aus sieben europäischen Gewerkschaften Israel und die besetzten Gebiete besucht. Die Reise war vom Workers Advice Center (WAC) – Ma'an organisiert worden, einer jüdisch-arabischen Gewerkschaftsinitiative in Israel. Zweck unserer Teilnahme war es, uns in Gesprächen mit Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und betroffenen Arbeitern ein Bild über die Hintergründe sozialer Spannungen in der Region zu verschaffen. Unser Hauptaugenmerk haben wir auf die Arbeiter der Bauindustrie gerichtet: Von 212.000 auf dem Bau Beschäftigten ist nur ein kleiner Teil organisiert und nur diese Gruppe kommt in den Genuss der gesetzlich vorgeschriebenen Gehälter und Sozialleistungen.

Überblick

Der Arbeitsmarkt in Israel/Palästina ist heute von Arbeitslosigkeit und Instabilität geprägt. Der seit drei Jahren andauernde gewaltsame Konflikt und der weltweite ökonomische Niedergang haben das Land in Rezession gestürzt.

Die israelische Regierung hat darauf mit einem drakonischen Sparprogramm reagiert. Die drastischen Einschnitte ins soziale Netz in den Jahren 2002/2003 haben besonders die Arbeitslosen, Behinderten, die Alten, die Schulen und die sozialen und städtischen Dienstleister getroffen. Auch die Privatisierung des öffentlichen Sektors wurde in Angriff genommen.

Im April 1993 hatte Israel die besetzten Gebiete radikal abgeriegelt. Ergebnis war ein plötzlicher Mangel an Arbeitskräften auf dem Bau und in der Landwirtschaft. Die Regierung löste die Situation, indem sie ohne Plan oder Kontrolle Migranten ins Land holte. 2001 hatte die Zahl der Arbeitsmigranten die 300.000 erreicht, das sind 12,5 Prozent der gesamten Arbeiterschaft und mehr als das Doppelte ihres durchschnittlichen Anteils im industrialisierten Westen.

Während der Rezession von 2002 begann die Regierung den Anteil der »Import«-Genehmigungen für Bauarbeiter zu senken. Da die Hälfte der Arbeitsmigranten aufgrund ihrer miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen »untergetaucht« und »illegal« geworden war, wurde eine Migrationspolizei geschaffen, deren Aufgabe es ausdrücklich ist, jährlich 50.000 »illegale« Migranten abzuschieben.

Ende 2002 bat die Regierung die Arbeitgeber auch, trotz der andauernden Intifada Palästinenser einzustellen, um das Elend in den besetzten Gebieten zu mindern. Tatsächlich erteilte die Regierung 15.000 palästinensischen Arbeitern – alle älter als 35 Jahre – eine Arbeitserlaubnis; aber dann



Die große Anzahl von Arbeitsemigranten aus Osteuropa und Asien ist auch im Stadtbild des Bezirks von Tel Aviv überall zu sehen.

errichtete sie unter dem Vorwand der Sicherheit Straßensperren und jetzt den Trennzaun. Selbst an »normalen« Tagen haben die Arbeiter enorme Schwierigkeiten ihre Arbeitsplätze zu erreichen. An Tagen mit vollständiger Abriegelung gelingt es ihnen gar nicht. Die Bauunternehmer haben daraus den Schluss gezogen, dass man sich auf diese Quelle für Arbeitskraft nicht verlassen kann.

Arabische Arbeiter in Israel: Institutionalisierte Diskriminierung

»Arabische Arbeiter in Israel sind gleich doppelt marginalisiert«, erläuterte uns Asma Agbarieh, Koordinatorin des Jugendbereichs des WAC, bei unserem Besuch im WAC-Zentrum in Umm el Fahm. »Erstens, weil sie Araber sind; zweitens, weil die arabische Gesellschaft selbst den Arbeiter als jemand sieht, der es ‚nicht geschafft‘ hat.« Asma Agbarieh, selbst arabische Staatsbürgerin Israels aus Jaffa, machte deutlich, vor welche Perspektiven diese Arbeiter heute gestellt sind: religiöser Fundamentalismus, Nationalismus oder Klassenbewusstsein. »Die ersten beiden Möglichkeiten bringen ihn dazu, sich von dem Rest der Welt abzukapseln. Nur die dritte eröffnet ihm den Zugang zur Welt. Und darin«, fuhr sie fort, »liegt für uns die Bedeutung eures Besuchs.«

Die arabischen Bürger Israels, etwa 20 % seiner Gesamtbevölkerung, leben größtenteils in eigenen Städten und Dörfern. Eine eigene Industrie hat sich dort nicht entwickelt. Die Arbeitslosigkeit unter der arabischen Bevölkerung Israels ist anderthalb Mal so hoch wie unter der Gesamtbevölkerung. 98 % der Orte mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit in Israel sind arabisch.

Zudem ist das durchschnittliche Bruttoeinkommen in jüdischen Städten und Ortschaften fast doppelt so hoch wie das in den arabischen Gemeinden. Yossi Dahan, ein Mitarbeiter des Adva Centers, berichtete uns, dass das durchschnittliche Monatseinkommen der jüdischen Bevölkerung 9.363 Schekel (ca. 1.700,00 EUR) beträgt, während sich das der arabischen Bürger auf 5.252 Schekel beläuft.

Gemäß dem israelischen Gesetz über Chancengleichheit sollten arabische Bürger gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Dr. Noah Levine Epstein von der Universität Tel Aviv erläuterte uns jedoch: »In Israel ist es gängige Praxis, die Anstellung jüdischer Arbeiter zu fördern. Das hält man für

durchaus normal, auch wenn die praktische Auswirkung dieser Praxis die Diskriminierung der Araber ist. Es ist auch allgemein üblich, den Zugang von Arabern zum Arbeitsmarkt zu begrenzen, indem man sich auf Sicherheitsbedenken beruft. Häufig gibt es keinen objektiven Grund für dieses Argument, so dass die Arbeitsmöglichkeiten den Arabern völlig ungerechtfertigt verschlossen bleiben.«

Yossi Dahan zufolge ähnelt die Lage der arabischen Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt, obwohl sie israelische Staatsbürger sind, der der Arbeitsmigranten. Araber haben in allen Bereichen des Arbeitsmarkts die niedrigsten Stellungen inne; daher sind sie von wirtschaftlichen Schwankungen viel stärker betroffen.

Das WAC schätzt, dass heute ca. 50.000 arabische Israelis auf dem Bau arbeiten oder dort Arbeit suchen. Da zwei weitere Branchen, nämlich der Textilbereich und die Gemeinden, die in der Vergangenheit arabische Arbeitskräfte eingestellt haben, in den letzten Jahren harte wirtschaftliche Schläge hinnehmen mussten, hat als wesentliche Quelle von Arbeitsplätzen nur der Bausektor überlebt.

Daher hatten die Schwankungen im Baugewerbe starke Auswirkungen auf den Niedergang der arabischen Wirtschaft. Bis 1996 nahm die Bauindustrie alle arabischen Arbeiter Israels auf, die Jobs haben wollten, und zusätzlich eine große Zahl von Migranten aus Rumänien, der Türkei, Bulgarien und China. Das war jedoch eine Hochphase. Danach begann die Zahl der Bauprojekte zu sinken.

»1994 war die Nachfrage nach Bauarbeitern wegen der großen Welle russischer Einwanderer groß«, erzählten uns Vertreter des israelischen Finanzministeriums. »Doch die besetzten Gebiete waren aus Sicherheitsgründen abgeriegelt und es wurde starker Druck ausgeübt, den ‚Import‘ ausländischer Arbeiter zu genehmigen. Also ist die Zahl der Arbeitsmigranten von 30.000 auf 300.000 gestiegen. Bei einer Arbeitslosenrate von 11 % ist das völlig unverhältnismäßig.«

Yuval Rachlevski, der Leiter der Abteilung Lohn und Arbeit, und seine Mitarbeiter hatten eine Powerpoint-Präsentation zusammengestellt, um uns die wirtschaftliche Situation anschaulich nahezubringen. »In den letzten zehn Jahren«, erklärten sie, »ist die Zahl der Arbeitsmigranten von 30.000 auf 300.000 gestiegen. Am meisten haben die Palästinenser aus den besetzten Gebieten unter der Anwerbung der



Bei palästinensischen Gewerkschaftern in Ramallah

Arbeitsmigranten gelitten. Und auch die arabischen Arbeiter innerhalb Israels haben deshalb ihre Arbeit verloren.»

Diese Entwicklung bestätigte uns auch Eli Paz, stellvertretender Direktor des Ministeriums für Industrie, Handel und Arbeit: *»Die Bauunternehmen stellen lieber ausländische Arbeiter ein, die sind billiger. Das gilt selbst für arabische Unternehmer, obwohl es in ihren Dörfern genug Bauarbeiter gibt. Wir vermuten, dass es in Israel genug arabische Arbeiter gibt, um den Bedarf in der Bauindustrie zu decken.«*

Paz erzählte auch, dass im vergangenen Jahr 10.000 Israelis auf die Baustellen zurückgekehrt seien, die meisten von ihnen Araber. Als Ergebnis sei die Arbeitslosigkeit in den arabischen Orten von 14 Prozent auf 11,5 Prozent zurückgegangen.

Die palästinensischen Arbeiter: Abriegelung und Kollektivstrafen

1967 hat Israel die Westbank und den Gazastreifen besetzt. Am 8. Oktober 1970 beschloss das israelische Kabinett, die Palästinenser aus den besetzten Gebieten in Israel arbeiten zu lassen. Die Tatsache, dass ihre Arbeitsplätze von Israel abhängig wären, so dachte man, würde ihren Widerstand gegen die fortwährende Besetzung schwächen.

Die besetzten Gebiete wurden nicht nur zu einer Quelle von Handarbeitern, sondern bis in die späten 80er Jahre hinein, als sich die israelische Wirtschaft auf High-Tech zu konzentrieren begann, auch der größte Exportmarkt nach den USA. Keine palästinensische Industrie konnte mit Importen aus Israel konkurrieren und daher entwickelte sich auch keine.

1993 pendelten 120.000 Palästinenser zur Arbeit nach Israel. Ihr Einkommen machte den größten Teil des Gesamteinkommens in Westbank und Gaza aus. Doch in diesem Jahr verhängte Israel die Abriegelung, damit waren all diese Ernährer quasi mit einem einzigen Pinselstrich gefeuert. Seitdem sind die Gebiete – sicher in unterschiedlichem Maße, aber doch – immer abgeriegelt gewesen. Je nach den politischen Absichten der israelischen Regierung dreht sie den Hahn mal mehr, mal weniger auf.

Die Zahl der Arbeiter in den besetzten Gebieten wuchs jedoch. Nach der Golfkrise 1990/91 waren Hunderttausende palästinensischer Arbeiter gezwungen, ihre Arbeitsplätze in den Golfstaaten zu verlassen. Sie kehrten in die besetzten Gebiete zurück, die Bevölkerungszahl stieg. 1992 betrug die Zahl der palästinensischen Arbeiter 350.000. 1999 war sie auf 630.000 gestiegen.

Auch während der Jahre von Oslo kam es zu keiner Veränderung. Lediglich der staatliche Sektor wuchs in Palästina – und das in zum Teil absurdem Umfang. Da Israel weiter die Ein- und Ausfuhr, die Grenzen und Zölle kontrollierte, entwickelte sich auch keine Basis für eine von ihm unabhängige Industrie. Die Arbeiter blieben weiter von Erwerbsmöglichkeiten in Israel abhängig.

Der Ausbruch der zweiten Intifada hat zu einer weiteren Verschlechterung der Lage in den besetzten Gebieten geführt. Ein Bericht der UN Special Commission for Palestine (UNSCO) zeigt die Gefahren auf:

»Die palästinensische Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise, in der die Arbeitslosenzahlen seit der ersten Hälfte 2002 signifikant gestiegen sind Besonders hart sind jene Orte und Städte der Westbank getroffen, die das israelische Militär in Reaktion auf Terroranschläge zu Beginn dieses Jahres unter lange Ausgangssperren gestellt hatte. (...) Die Armut wächst weiterhin mit alarmierender Geschwindigkeit, im Gazastreifen erreicht sie 70 %.«

Mit der Errichtung der Trennmauer macht Israel die Abriegelung perfekt.

Um uns aus erster Hand über die Meinung der palästinensischen Gewerkschaften zu diesen Fragen zu informieren, reisten wir auch nach Ramallah in der besetzten Westbank. Dort sollten wir Shaher Saad, den Vorsitzenden des Dachverbands der palästinensischen Gewerkschaften, PGFTU (General Federation of Palestinian Trade Unions), treffen. Er musste das Treffen jedoch absagen. Die israelischen Soldaten hatten ihm die Durchfahrt durch einen Checkpoint zwischen seiner Heimatstadt Nablus und Ramallah nicht gestattet.

Stattdessen sprachen wir mit Hussein Fuqaha, einem Vorstandsmitglied der PGFTU und Chef ihres Büros in Ramallah, sowie Muhammed Aruri und Amneh Rimawi, Leiter verschiedener Arbeitsausschüsse der PGFTU. Sie berichteten über die Probleme, die der Trennzaun verursacht. Nach ihrer Schätzung beträgt die Arbeitslosigkeit in den besetzten Gebieten heute 50 %. *»Es gibt einfach keine Arbeit. Die kleinen Textilwerkstätten, Schuhmacherfirmen usw. sind, was die Rohstoffe angeht, von Israel abhängig. Darum mussten sie jetzt schließen. Viele Arbeiter sind auf dem Weg zur Arbeit an den Checkpoints erschossen worden. Tausende wurden verwundet und Tausende sind im Gefängnis, weil sie versucht haben, nach Israel hineinzukommen, um Arbeit zu finden.«*

Auf unsere Frage nach der Zusammenarbeit mit der Histadrut reagierte Aruri verbittert: *»1995 haben sie mit der PGFTU vereinbart, dass sie uns bei den Anwaltskosten von Arbeitern aus den besetzten Gebieten, die wir geschickt haben, helfen werden. Doch mit Beginn der Intifada haben sie diese Vereinbarung beendet. Trotz des entsetzlichen Leidens der palästinensischen Arbeiter haben wir von der Histadrut nicht einen einzigen Piepser der Solidarität gehört.«* Alle Verbindungen zwischen palästinensischen Gewerkschaften und Histadrut seien abgebrochen.

Arbeitsmigranten in der Bauindustrie

Nach dem Gesetz haben Arbeitsmigranten ein Recht auf gleiche Arbeitsbedingungen wie die Israelis. Doch Israels Regierung ignoriert offenbar ihre Verpflichtung die Arbeitsgesetze durchzusetzen.

Dr. Leonard Hammer, ein Experte auf dem Gebiet internationaler Verträge in Arbeitsfragen bestätigte dies: *»In den 1950ern wollte Israel internationale Anerkennung gewinnen. Damals gehörte es zu den ersten Nationen, die die internationalen Arbeitsvereinbarungen unterzeichneten und in ihre eigenen Gesetzbücher aufnahmen. Heute erfasst der israelische Arbeitsmarkt auch Palästinenser und Migranten, da hat Israel keine Eile die neue UN-Konvention über die Rechte der Wanderarbeiter und ihren Familien zu unterzeichnen, geschweige denn zu ratifizieren.«* Diese besagt u.a.: *»Hinsichtlich der sozialen Sicherheit sollen Arbeitsmigranten und ihre Familienmitglieder in der Beschäftigungssituation die gleiche Behandlung genießen wie die Einheimischen, insoweit sie die Voraussetzungen der geltenden Gesetze des Staates sowie der geltenden bilateralen und multilateralen Verträge erfüllen. Auch die Konvention Nr. 48 der ILO verpflichtet den Staat, sich mit den Rentenrechten der Arbeitsmigranten ebenso zu beschäftigen wie mit denen seiner eigenen erwerbstätigen Bürger.«*

Auf dem Papier hat die israelische Regierung diesen egalitären Ansatz im Mai 1993 bekräftigt. Jeder Arbeitgeber, der Arbeitsmigranten beschäftigt, muss bei der Stellenvermittlung schriftlich bestätigen, dass er sich an diese Konditionen halten wird. Diese Verpflichtung steht aber nur auf dem Papier und spiegelt sich in der Realität in keiner Weise wider.

Tatsächlich sind die Arbeitsmigranten gesetzlich an ihre Arbeitgeber gebunden. Der Arbeitgeber – und nicht der Staat – trägt die Verantwortung für Ankunft, Aufenthalt und Abreise jedes Arbeiters. Erst 2002 hat die Regierung Arbeitsmigranten erstmals erlaubt, ihre Arbeitgeber zu wechseln. Sie müssen dann erst einen neuen Arbeitgeber finden, der berechtigt ist, einen Migranten zu beschäftigen, und das Innenministerium muss dem Wechsel zustimmen. Dies ist ein positiver Schritt, der aber nur in einigen Fällen umgesetzt wird. Zudem sind sie billig. Wirtschaftsprofessor Zvi Eckstein zufolge kostet ein Arbeitsmigrant seinen Arbeitgeber durchschnittlich 5 Dollar pro Stunde, während ein einheimischer Arbeiter 7 Dollar kostet. Im Laufe eines Jahres beläuft sich die Ersparnis auf 4.800 Dollar pro Arbeiter.

Personalfirmen machen mit dem Handel mit Arbeitsmigranten ein Vermögen, da die Arbeiter oft mehrere tausend Dollar zahlen, um einen Arbeitsplatz in Israel zu ergattern. Dieses Geld versickert in den Taschen der Personalfirmen und Bauunternehmer. Es wird vermutet, dass auch Regierungskreise an diesem Geschäft verdienen.

Der Bericht des US State Departments über Menschenrechte von 2003 hat Israel scharf kritisiert: *»Arbeitsgesetze schreiben Mindestlohn, Lohngarantien und Jahresurlaub für alle Arbeiter in Israel fest, doch die Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung richten sich in erster Linie gegen die Arbeitsmigranten und nicht gegen die Arbeitgeber, die offen das Gesetz brechen dürfen.«*

Dr. Roy Wagner von Kav La'Oved (Worker's Hotline), die sich für Arbeitsmigranten in Israel einsetzt, prangerte die Passivität der Histadrut in diesen Fragen an.

Wir fragten daher Ghassan Muklashi, Leiter des »Jüdisch-Arabischen Instituts« in der Histadrut danach. Muklashi

erklärte, mit 700.000 Mitgliedern sei die Histadrut heute in einer sehr schwierigen Auseinandersetzung mit der Regierung befangen. Zwar dränge sie auf die gesetzliche Gleichstellung aller Arbeiter, *»jedoch sind wir nicht in der Lage, Arbeitsgesetze durchzudrücken. Unsere Mittel sind knapp und wir müssen uns auf die Arbeiter konzentrieren, die Beiträge zahlen.«*

Da einige von uns überlegten, an den 1. Mai-Feierlichkeiten der Histadrut teilzunehmen, erkundigten wir uns auch, wann und wo diese stattfinden würden. Wir erfuhren, dass die Histadrut keine öffentlichen Veranstaltungen plante. *»Das ist für die Likud-Anhänger unter uns ein sensibles Thema und (Generalsekretär) Amir Peretz«,* erläuterte Muklashi, *»zieht es vor, keine überflüssigen Reibungen in der Koalition zu erzeugen.«*

2002 war Israels Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs geraten. Zehntausende von Israelis waren aus den Jobs geworfen worden und von Sozialhilfe abhängig. Führende Ökonomen warnten wiederholt vor der irrationalen Struktur des Markts und die Regierung begann zu handeln.

In einem »Kampf gegen illegale ausländische Arbeit« gründete die Regierung daher im September 2002 eine »Migrationspolizei«. 50.000 »illegale« Arbeitsmigranten sollen nun jährlich abgeschoben werden. Aber wer sind diese »Illegalen«? Sigal Rozen von der Hotline for Migrant Workers erläuterte, dies seien in der Regel Leute, die legal nach Israel gekommen seien um zu arbeiten und Vermittlern Tausende von Dollars für dieses Privileg gezahlt hätten. An ihren Arbeitgeber gebunden, unter abscheulichen Lebensbedingungen, den Lohn gekürzt oder verzögert ausbezahlt, sei es nur wahrscheinlich, dass sie »abtauchen«, »illegal« würden. Mehr als die Hälfte der einst legalen Migranten habe genau dies getan.

Ergebnis der Abschiebepolitik ist eine Art »Drehtüreffekt« – einerseits werden – zum Teil seit Jahren – in Israel lebende, illegalisierte Arbeiter abgeschoben, andererseits neue »legale« Arbeiter ins Land gebracht, die sich ihre Arbeitserlaubnis erneut »erkaufen« müssen.

Diese Situation besteht fort, weil mächtige Lobbys aus Manpower-Firmen, Bauunternehmen und Landwirtschaftsvereinigungen am Werk sind und erhebliche Gewinne daraus ziehen. Diese Lobbys haben auch in den verschiedenen Regierungsabteilungen enormen Einfluss.

Sigal Rozen berichtete, dass die Arbeitsmigranten ein soziales Netzwerk aufgebaut hatten, das jedoch wieder zusammenbrach, weil die Migrationspolizei seine Organisatoren festgenommen und abgeschoben hat.

Außerdem kritisierte er die stillschweigende Zusammenarbeit der Botschaften der Heimatländer der MigrantInnen: Die »Entsendeländer« betrachteten die Arbeiter häufig als reine Devisenquelle. Darüber hatte sich schon Eli Paz vom Arbeitsministerium beklagt: *»Auf Seiten der Entsendeländer besteht keinerlei Bereitschaft, gegen die Gesetzesbrüche der einheimischen Personalfirmen vorzugehen.«*

Schlussfolgerung

Die Mehrheit der Arbeiter in der israelischen Bauindustrie, einschließlich der Palästinenser, Migranten und israelischen Bürger (meist Araber), verdienen ihren Lebensunterhalt unter äußerst schwierigen, diskriminierenden und z.T. menschenunwürdigen Bedingungen. Die israelischen Behörden

ratifizieren keine neuen Arbeitsvereinbarungen; sie setzen ihre eigenen Arbeitsgesetze nicht durch. Auf lokaler wie auf internationaler Ebene besteht aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf.

Dabei sehen wir in der Kooperation mit lokalen Initiativen, die sich für alle Arbeiter, unabhängig von Geschlecht, Nation und Religion, einsetzen, für uns den richtigen Ansatz. Neben wechselseitiger Unterstützung versprechen wir uns davon eine Bereicherung der jeweiligen Diskussionen. Denn

vor dem Hintergrund der Globalisierung verändern sich die Arbeitsbeziehungen überall. Die Konkurrenz um die Arbeitsplätze führt zu Lohndumping und sich verschlechternden Arbeitsbedingungen. Diskriminierung am Arbeitsplatz und Rassismus spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die internationale Diskussion über die veränderten Bedingungen und den Austausch über die Frage, wie Interessenvertretung heute wirksam werden kann, halten wir auch und gerade auf Basisebene für unverzichtbar.



Israelische Regierung will das WAC schließen

Bericht, erstellt auf Grundlage eines Interviews mit Yakov Ben Efrat, Mitglied des WAC (Workers Advice Center)

Das WAC hat Anfang November einen Brief bekommen, der es darüber unterrichtete, dass der Rechtspfleger, eine Behörde des Justizministeriums, ein Verfahren eingeleitet habe, um seine Löschung aus dem Vereinsregister zu erwirken. Wenn das WAC dieses Verfahren nicht stoppen kann und es tatsächlich durchkommt, wird es nicht mehr weiterarbeiten können. Dann ist es den israelischen Behörden gelungen, die Arbeit zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter zu stoppen, insbesondere der arabischen Arbeiter und der Arbeitsmigranten, allgemein gesagt, jener Arbeiter, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind oder einen anderen legalen Rahmen haben, der ihnen helfen und sie gegenüber den Unternehmern verteidigen kann.

Der Hintergrund dieses Angriffs

Seit das WAC in den 1990ern seine Arbeit aufgenommen hat, war es immer Versuchen der Behörden ausgesetzt, ihm Hindernisse in den Weg zu legen. Es sollte keinen legalen Status erlangen und keine Kraft werden, die in den Arbeitsbeziehungen, auf dem Arbeitsmarkt eine neue Stimme darstellen kann, eine neue Organisation, die auf Seiten der arabischen Arbeiter und aller Arbeiter steht, die diskriminiert werden und keinen Schutz haben.

Links: Checkpoint zwischen Israel und den von Israel besetzten Gebieten.

Oben: Nach dem Besuch der internationalen Gewerkschafterdelegation in Ramallah wurde Yakov Ben Efrat am Checkpoint festgenommen – Begründung: Israelischen Staatsbürgern sei der Besuch der besetzten Gebiete verboten.

Rechts: Besuch bei arabischen Arbeitern und Arbeitsemigranten auf einer israelischen Baustelle.

1998 hat das WAC offiziell die Eintragung ins Vereinsregister beantragt und der Rechtspfleger hat zwei Jahre gebraucht, um die Ablehnung des Antrags zuzuschicken. Selbst dieser Brief wurde erst zugestellt, als das WAC drohte, vor den Obersten Gerichtshof zu gehen. Das WAC hat daraufhin vor einem Jerusalemer Gericht geklagt und das Gericht hat den Rechtspfleger unverzüglich dazu verpflichtet, das WAC ins Register einzutragen. So ist schon die Eintragung des WAC im Mai 2000 nur auf gerichtlichen Druck erfolgt. Der Rechtspfleger sucht nach einem Vorwand, um die Entscheidung des Gerichts zurückzudrehen und die Genehmigung wieder zu entziehen. Die Regierung mag die Arbeit des WAC nicht, besonders nicht die mit den arabischen Arbeitern.

Die Anschuldigungen des Rechtspflegers

Eine der Anschuldigungen beinhaltet, dass das WAC keinerlei Tätigkeiten zum Schutze von Arbeitern unternahme, wie sie in ihren Vereinszielen behauptete, die besagen, dass sie der Verteidigung der Rechte der Arbeiter dient. Sie würde ihre Arbeit nicht machen. Zweitens würde sie, statt ihre Arbeit zu tun, in Wirklichkeit als Vorfeldorganisation einer politischen Partei namens ODA dienen, und die dritte Anschuldigung

besagt, das WAC verteidige illegale Arbeiter gegen das Gesetz.

Der erste Punkt ist absolut absurd. Nur ein Beispiel: Im Herbst 2002 haben die Schwierigkeiten in der Bauindustrie die israelische Regierung bewogen, eine Kommission einzusetzen, die die Lage der Arbeiter auf dem Bau untersuchen soll. Die einzige Organisation, die aufgefordert wurde vor dieser Regierungskommission, deren Vorsitzender der Chef des Arbeitsministeriums ist, eine Stellungnahme abzugeben, war das WAC. Auch im Knesset-Komitee zu Arbeitsmigranten ist das WAC stets anwesend und bringt seine Meinung

beutung und Verfolgung schutzlos auszuliefern, ohne jemanden, der sie beschützt.

Ganz ohne Zweifel könnte diese Aktion zu einem Präzedenzfall für die Schließung anderer Bürgerrechtsorganisationen in Israel werden. Es ist sehr wichtig, dass Leute, die die Situation in Israel kennen und ein Interesse an einer gemeinsamen Organisation von Arabern und Juden haben und die die Lage der palästinensischen Arbeiter kennen, dass diese Organisationen wie das WAC unterstützen, die für die Rechte der Arbeiter arbeiten und diese verteidigen.

Aktivitäten gegen den Schließungsversuch

Zum einen wird der Gerichtsweg eingeschlagen. Der Rechtspfleger, das Ministerium werden das Gericht davon überzeugen müssen, dass sie ausreichende Beweise haben, um das WAC aus dem Vereinsregister zu löschen, die Beweislast liegt bei ihnen. Das WAC wird dem Rechtspfleger an jedem Punkt entgegentreten.

Dann hat das WAC innerhalb Israels und auch international eine Öffentlichkeitskampagne begonnen. Diese wendet sich an die öffentliche Meinung, Vereine, Gruppen, Aktivisten – in Israel erheben sich Araber und Juden gegen diesen undemokratischen Vorgang. Das WAC hat sich auch an Gewerkschaften in der ganzen Welt, insbesondere in Europa, gewandt. Einige von ihnen waren Mitglieder der Delegation europäischer Gewerkschaften, die das WAC, die Israel und Palästina im vergangenen April besucht und unsere Arbeit direkt kennen gelernt haben. Das WAC ist an die International Labor Organisation, ILO, herangetreten und hat bereits eine Antwort bekommen, denn das Vorgehen der israelischen Regierung widerspricht ja der von Israel unterzeichneten Konvention 087 der ILO, die alle Unterzeichnerländer verpflichtet, die absolute Freiheit der Arbeiter, sich zu organisieren, zu respektieren. Das WAC wendet sich an jede Menschenrechts- und insbesondere Arbeiterorganisation überall in der Welt und bittet sie Druck auszuüben, denn es ist sehr wichtig, dass es der israelischen Regierung nicht gelingt, ihren Plan, das WAC zu schließen, zu Ende zu führen, um die Arbeiterbewegung völlig impotent zumachen, ohne jegliche Organisation, ohne Stimmen, die sich für Arbeiter und Menschenrechte erheben und insbesondere für die Rechte der arabischen und palästinensischen Arbeiter, die absolut diskriminiert werden und sich heute in einer sehr schwierigen Lage befinden.

Die »Arbeiterpolitik« ruft dazu auf, wo es geht, Protestschreiben an die israelische Botschaft in Berlin und an die Regierung in Israel zu schicken, wie es auch schon einige Gewerkschaftsorganisationen getan haben.

Die entsprechenden Informationen, Musterbrief, Adressen usw. kann man sich im Internet unter folgender Adresse besorgen:

www.friedensforum-duisburg.de/2004/11/wac.htm

ein. Das WAC hat viel getan und ist in der Presse und auch sonst als Organisation bekannt, die die Frage der Arbeiter, insbesondere der arabisch-israelischen Arbeiter, immer wieder auf die Tagesordnung und in die israelische Öffentlichkeit bringt. Viele Regierungsbüros erkennen die Rolle des WAC an. Zu sagen, das WAC tue nichts für Arbeiter, ist also in keiner Weise begründet.

Der zweite Punkt, das WAC sei eine Schein-Organisation hängt natürlich mit dem ersten zusammen. Denn natürlich ist es keine Schein-Organisation, es tut eine Menge für die Arbeiter. Die Tatsache, dass einige der Führungspersonlichkeiten des WAC Leute sind, die politisch dafür bekannt sind, einer sozialistischen Orientierung zu folgen und zur Organisation for Democratic Action, ODA, zu gehören, übrigens eine legale israelische Partei, zeigt nur den politischen Charakter der Schikanen. Wenn diese Leute alte Mitglieder des Likud wären, wäre das völlig okay. Das Problem ist nicht, dass sie Mitglieder irgendeiner Partei sind, sondern dass sie eine politische Richtung unterstützen, die in Opposition zur israelischen Regierung steht, die besonders den arabischen und palästinensischen Arbeitern keinerlei Rechte und Organisationen einräumen will.

Der letzte Punkt – die Verteidigung illegaler Arbeiter zu einem Verstoß gegen das Gesetz zu machen, ist absolut lächerlich. Er widerspricht den Verpflichtungen Israels nach der ILO-Konvention. Eine Menge Vereine und andere Gruppen verteidigen illegale Arbeiter – daraus ein Verbrechen zu machen bedeutet Hunderte und Tausende von Arbeitsmigranten und palästinensischen Arbeitern, die seit Jahren ohne Arbeitserlaubnis in Israel arbeiten, der Aus-



Zur Palästinafrage und zum Zionismus

Zum Material von Tel-Aviv

Die im Folgenden abgedruckten Dokumente sind 1938 in Paris aus Diskussionen innerhalb der »Internationalen Vereinigung der kommunistischen Opposition« (IVKO) hervorgegangen. Die IVKO war auf stabile Kontakte zu Emigranten in anderen Ländern angewiesen, auf Informationen, die dort zusammengestellt wurden mit dem Ziel, ein möglichst umfassendes Bild der politischen Entwicklung in Europa und der Welt zu erhalten. Diese Kontakte waren nicht selbstverständlich. Die materielle Not unter den politischen Emigranten war ein entscheidender Faktor, der ihre Möglichkeiten, sich über die politischen Entwicklungen außerhalb Europas zu informieren, einschränkte.

Im Frühjahr/Sommer traf u.a. ein solches Informationsmaterial im Büro der »Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition« (IVKO) ein, Material, das offensichtlich Einblick gab in strittige Fragen und Standpunkte kommunistischer jüdischer Emigranten, die vor den Nazis nach Palästina geflüchtet waren. »Dieses Material von Tel-Aviv« steht uns nicht mehr zur Verfügung, allerdings hat die Antwort darauf Illegalität und Krieg überdauert. Aus dieser Antwort ist zu entnehmen, dass offenbar KPD-O-Genossen die Absender in Tel Aviv waren. Ihnen hatte für die Flucht vor den Nazis nur noch die einzige legale »Tür« aus dem deutschen Reich, nämlich der zwischen Zionisten und Nazis vereinbarte und legalisierte Weg nach Palästina offen gestanden.

Diese Antwort der IVKO haben wir nachfolgend im Wortlaut abgedruckt. Das »Büro der IVKO« war in seinem Kern identisch mit der Auslandsleitung der KPD-O, das waren August Thalheimer, Heinrich Brandler, Walter Schwarz u.a.

Wer heute ein solches historisches Dokument veröffentlicht, muss sich die berechtigte Frage gefallen lassen, inwieweit die dort aufgeworfenen Fragen und Antworten zur Behandlung der »Palästinafrage und zum Zionismus« noch Bedeutung haben für die aktuelle Situation. Wie bei allen historischen Materialien sind auch die Aussagen der vorliegenden Dokumente nicht als Dogma zu begreifen, das ohne Weiteres auf die heutigen Verhältnisse in Palästina übertragbar ist.

So entspricht die damalige Auffassung der IVKO: »Als Kommunisten haben wir auch in Palästina die Linie der freiwilligen Assimilierung der Juden, in diesem Fall an die Araber, zu empfehlen«, weil die jüdische Nationalität in Palästina ein reichlich künstliches Gebilde sei, nicht mehr den heutigen Gegebenheiten. Die Existenz einer hoch entwickelten, militärisch weit überlegenen israelischen Klassengesellschaft ist heute ein Faktum, das nicht einfach negiert werden kann. Erst wenn die Grundlagen dieser Klassengesellschaft und damit auch der Zionismus als besondere Herrschaftsform beseitigt sind, werden die antagonistischen Widersprüche zwischen der arabischen und der jüdischen Bevölkerung in Palästina aufgehoben werden. Das heißt aber auch, dass schon heute der Kampf gegen alles aufgenommen werden muss, was die jüdische Bevölkerung von der arabischen in Palästina trennt, konkret: Kampf gegen die Apartheidspolitik, Kampf gegen das faktische Arbeitsverbot für

Araber und Palästinenser, Kampf gegen künstlich aufrechterhaltene Sprachbarrieren, z.B. dadurch, dass das Arabische nicht gleichberechtigte Unterrichtssprache ist, Kampf gegen jede Form von Privilegien, die der jüdischen Bevölkerung gewährt werden.

Die veröffentlichten »Antworten« auf das »Material aus Tel Aviv« beziehen sich auf eine Zeit vor der israelischen Staatsgründung, als sich alle Auseinandersetzungen zwischen der jüdisch-zionistischen Minderheit und der arabischen Bevölkerung noch im Embryonalstadium befanden. Aber all jene Elemente des zionistischen Kolonialprojektes: »Schaffung eines Staates ausschließlich für Juden«, die sich nach der israelischen Staatsgründung zu immer brutalerer Unterdrückung und Kriegen gegen die arabische Bevölkerung hin ausweiteten, waren auch damals schon in Keimform vorhanden: die Errichtung jüdischer Siedlungen auf arabischem Land, der zionistische Boykott arabischer Waren, die strikte Ausgrenzung arabischer Arbeiter durch das Programm »Eroberung der Arbeit«, das Bündnis mit dem Imperialismus. Die Konsequenzen dieser zionistischen Politik waren schwere Auseinandersetzungen und ein Anwachsen der palästinensischen Nationalbewegung. Diese Nationalbewegung stand entsprechend der damaligen Klassenverhältnisse in Palästina unter dem Einfluss arabischer Großgrundbesitzer; die arabischen Bauern vertrauten noch weitgehend ihrer traditionellen Führung. Die palästinensische Arbeiterbewegung war unterentwickelt und nur in wenigen Städten handlungsfähig.

Dennoch kam die IVKO angesichts dieser Tatsachen schon in dieser Zeit zu der Auffassung: »Wir können im Rahmen keiner zionistischen Partei oder Richtung tätig sein.« Wenn wir nicht »die Geschäfte des britischen und zionistischen Imperialismus« besorgen wollen, müssen wir die national-arabische Bewegung als Ganzes unterstützen.

Wer sich für diese Wurzeln des Palästina/Israel-Konfliktes interessiert und sich nicht von einer gerade in Deutschland emotional aufgeheizten Debatte, in der Antisemitismus und antizionistische Kritik am Staat Israel immer wieder gleichgesetzt werden, einfangen lässt, findet in den vorliegenden Dokumenten auch heute noch gültige Standpunkte:

Dazu gehören die klare Ablehnung des Zionismus vom Klassenstandpunkt aus genauso wie die Forderung nach einer Einheitsfront zwischen der jüdischen werktätigen Bevölkerung und der arabischen werktätigen Bevölkerung, um dem »nationalen Konkurrenzkampf« entgegenzutreten. Die Vertreter der IVKO ließen sich bei den Möglichkeiten, eine solche Einheitsfront durchzusetzen, aber nicht von Illusionen leiten, sondern gingen von den realen Verhältnissen aus. So kennzeichneten sie die jüdische Arbeiterschaft als eine einerseits jüdisch-national organisierte Arbeiterbewegung, die andererseits von Kopf bis Fuß zionistisch und damit imperialistisch orientiert sei. Die Aufgabe von jüdischen Kommunisten bestehe nun darin, in der jüdischen Arbeiterschaft nicht nur in Worten, sondern in Taten eine anti-imperialistische, anti-zionistische, proletarisch-klassenmäßige Orientierung durchzusetzen. Diese 1938 formu-

lierte Aufgabe ist unter den heutigen zugespitzten und entwickelten Verhältnissen aktueller denn je, auch wenn oppositionelle Gruppierungen in Israel und jüdische Kommunisten heute genauso in der Minderheit sind wie 1938. Ist dies doch die einzige Zukunftsperspektive für die arbeitende Bevölkerung in Israel, wenn sie nicht weiter an der Seite der herrschenden Klasse Israels und ihrer imperialistischen Verbündeten noch mehr Opfer bringen und in zukünftigen Kriegen zerrieben werden will. Für uns bedeutet dies, dass wir nach unseren Möglichkeiten diejenigen Kräfte in Israel praktisch unterstützen müssen, die eine solche Orientierung auf gemeinsame Klasseninteressen hin darin ausdrücken, dass sie zum Beispiel

- ◆ die arabischen KollegInnen in ihren Kampf um Arbeitsplätze und Lohn unterstützen,
- ◆ sich an die Seite der israelischen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure stellen,
- ◆ sich gegen jede Form der zionistischen Apartheid-Politik wenden und so zu einer Annäherung zwischen der israelisch-jüdischen und palästinensisch-arabischen Bevölkerung beitragen. Nur so kann ein Ausweg aus der »Sackgasse« des Zionismus gefunden werden. ■

Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition

29. Juli 1938, Paris/Internes Material

I. Zur Frage des Zionismus

1. Wir lehnen als Kommunisten den Zionismus *prinzipiell* ab. Warum? Weil er *real* – von aller ideologischen Einkleidung abgesehen – nichts anderes ist und unter den gegebenen Verhältnissen *nichts anderes sein kann* als ein *imperialistisches Kolonialunternehmen*. Dieser Charakter wird auch dadurch bedingt, dass

a) die Besiedlung mit kapitalistischen Mitteln und kapitalistischer Führung in einem Kolonial- oder Halbkoloniallande erfolgt;

b) dass das politische Ziel die Aufrichtung eines nationalen, jüdischen, *bürgerlich-kapitalistischen Staates* ist.

Der besondere Charakter dieses imperialistischen Kolonialunternehmens ist dadurch bestimmt, dass die Juden sich auf keine eigene imperialistische Staatsmacht außerhalb des Siedlungslandes, auf kein eigenes imperialistisches Mutterland stützen können, also *zwangsläufig* Werkzeuge (unter Umständen auch Opfer) einer bestehenden imperialistischen Macht, die nicht ihre eigene ist, werden müssen. In Palästina [Werkzeug] des britischen Imperialismus, anderwärts etwa in Madagaskar [Werkzeug] des französischen Imperialismus usw. Wenn wir allgemein Gegner imperialistischer Kolonisierung sind, so auch in dem speziellen Falle, wo es sich um Juden handelt. Aus dieser grundsätzlichen Einstellung ergeben sich bestimmte Konsequenzen, die man streng ziehen muss, ohne sich auf Kompromissversuche einzulassen, die das Prinzip verletzen und in Wirklichkeit es nur zu einer hohlen Phrase machen würden.

Daher können wir die *zionistische* Einwanderung nach Palästina *nicht* als »Palliativ« [Linderungsmittel, d.Red.]

auffassen, wie der Verfasser des Materials es tut. Es ist kein »Palliativ«, sondern eine *Sackgasse*, vor der wir die jüdischen *Werk tätigen warnen* (der jüdischen Bourgeoisie haben wir als Kommunisten keine Ratschläge zu geben). Die gegenwärtige Lage in Palästina und ihre Perspektiven sprechen eine deutliche Sprache, dass die Sache in der Tat im Ganzen verfehlt ist.

2. Wenn die Araber sich gegen den Zionismus wehren, so tun sie dies als Abwehr gegen ein imperialistisches Kolonialunternehmen, das bestimmte Privilegien im Lande genießt und eine Verletzung ihrer nationalen Selbstbestimmung darstellt. Wir müssen sie in diesem Widerstand ebenso unterstützen, wie wir etwa afrikanische eingeborene Völker gegen ein europäisches Kolonialunternehmen unterstützen. Wir verlangen in diesem Falle die Zurückziehung der europäischen *Staatsmacht*, ihrer *Truppen*, ihrer *Beamten* usw., d.h. vollständige Liquidierung der *Kolonialherrschaft* im Lande. Die Forderung der Zurückziehung des imperialistischen Macht- und Ausbeutungsapparates ist nicht identisch mit der Forderung der Zurückziehung sämtlicher Europäer, zu denen ja auch selbst Ausgebeutete gehören.

Unsere Stellung kann im Falle Palästinas keine andere sein als in jedem anderen analogen Falle. Der Umstand, dass es sich um Juden handelt und dass eine Zahl von ihnen, darunter auch Arbeiter, bereits im Lande sitzen, ändert nichts daran.

Ist diese Forderung identisch mit dem *Einwanderungsverbot überhaupt für Juden nach Palästina*?

Durchaus nicht. Zionistische Einwanderung und jüdische Einwanderung überhaupt sind an sich verschiedene Dinge. Praktisch kommt allerdings heute jüdische Einwanderung in Palästina, die nicht zionistisch wäre, kaum in Betracht. Das darf uns aber nicht hindern, besonders mit Rücksicht auf die weiteren Perspektiven, die nach der künftigen Liquidierung des Zionismus bestehen, diese Unterscheidung zu treffen. Wir sind ganz allgemein gegen Einwanderungsverbote. Wir sind für unbeschränktes Einwanderungsrecht nach Palästina. Die Liquidierung des britisch-jüdischen, imperialistischen Kolonialunternehmens in Palästina würde bedeuten:

a) die Liquidierung, d.h. den Hinausschmiss des britischen Imperialismus aus Palästina, was letzten Endes nur auf revolutionärem Wege, d.h. durch den siegreichen arabischen Aufstand im Lande geschehen kann (von imperialistischem Schacher und Kriegsfall abgesehen).

b) Liquidierung der kapitalistischen jüdischen Kolonisierung politisch und ökonomisch, d.h. der jüdischen wirtschaftlichen Unternehmungen in Palästina, die auf kapitalistischer Basis errichtet sind, sowie der besonderen politischen Machtstellung des jüdischen Kapitalismus in Palästina.

Die Forderung des Rückzugs des britischen Imperialismus aus Palästina zu stellen ist in England die Sache der englischen Arbeiterklasse; in Palästina selbst [ist es] die Forderung der Araber und aller Kommunisten im Lande, die verpflichtet sind, die national-revolutionäre arabische Erhebung zu unterstützen.

II. Was ist kommunistische Orientierung in der Palästinafrage?

1. Aus den Zahlenangaben des vorliegenden Materials geht unzweifelhaft hervor, dass in Palästina das *arabische* Element zahlenmäßig bei weitem vorherrscht. Die Juden sind

Zur palästinensischen Nationalbewegung

Wer sich näher mit »der jüdischen Frage«, der Herausbildung des Zionismus und des palästinensischen Widerstands beschäftigen will, findet in der Broschüre »Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld«, die die »Gruppe Arbeiterpolitik« 1989 zusammen mit einer heute nicht mehr existierenden »Nahostgruppe Hamburg« herausgegeben hat²⁾, wertvolle Hinweise. So wird dort die palästinensische Nationalbewegung der 30er Jahre wie folgt beschrieben:

»Die militante Siedlungs- und Arbeitspolitik der Zionisten verschärfte den Gegensatz zu den Arabern. Mehrfach kam es zu schweren Auseinandersetzungen und Unruhen. Ein Höhepunkt waren die Kämpfe am Ende der 20er Jahre, in denen Araber bewaffnete jüdische Siedlungen überfielen. Diese spontanen und gewaltsamen Ausbrüche des Protestes dienten den Zionisten wiederum als Legitimation für die Härte ihrer Politik. Der Tod von jüdischen Kindern und Frauen bei diesen Auseinandersetzungen wurde als neuerliches Pogrom angeklagt und vor allem gegen jene Juden angewandt, die weiterhin an einer (auch klassenmäßigen) Zusammenarbeit mit den Arabern festhielten.

Die zionistische Siedlungspolitik war ein Motor für die Herausbildung der arabischen Nationalbewegung. Diese

hatte in Ägypten ihren Ausgang genommen (nach dem Vertrat Großbritanniens an dem arabischen Aufstand gegen das osmanische Regime), aber in Palästina nahm sie durch die unmittelbare Konfrontation mit dem Zionismus deutlichere Formen an. Klassenmäßig blieb sie allerdings beschränkt auf arabische Intellektuelle einerseits, die auf eine Renaissance der verschütteten arabischen Kultur und Sprache hinarbeiteten, und auf die Schicht der Großgrundbesitzer andererseits. Diese hatten lange von den zionistischen Landkäufen profitiert, sahen aber ihren Einfluss durch das weitere Vordringen der Zionisten bedroht. Sie stellten bis zur Gründung des Staates Israel hauptsächlich die Führung des arabischen Widerstandes. Die breiten Volksschichten, Landarbeiter und von der Enteignung bedrohte Fellachen, konnten sich als »Entwurzelte« oder Bauern kaum organisieren. Dieser fehlende klassenmäßige Zusammenschluss überließ den feudalen Schichten die Führung und war auch der wesentliche Grund dafür, dass die mehrfachen Aufstandsversuche, zuletzt 1936, letztlich scheiterten.

Die zionistische Gemeinschaft, die durch ihre Interessenlage und die Festigung ihrer ökonomischen Basis einen hohen Grad an Einheitlichkeit und Geschlossenheit hatte, konnte sich so Stück für Stück durchsetzen.« ■

nur ein Drittel der Landesbevölkerung, also eine Minderheit. Palästina ist seit Jahrhunderten ein arabisches Land. Der zionistische Anspruch darauf, Palästina zu einem jüdischen Land zu machen, ist abzuweisen. Daraus folgt ohne weiteres, dass für Kommunisten in Palästina nicht die jüdische, sondern die arabische Frage die ausschlaggebende ist – also auch für die jüdischen Kommunisten in Palästina.

2. Für die arabische Bevölkerung in Palästina handelt es sich *in der Hauptsache* um denselben Fall wie in anderen arabischen Ländern, die in der oder jener Form europäischer imperialistischer Kolonialherrschaft unterworfen sind, d. h. um die revolutionäre Liquidierung dieser Kolonialherrschaft, um die Herstellung der völligen nationalen Selbstbestimmung in Verbindung mit der revolutionären Überwindung der Unterdrückung und Ausbeutung der einheimischen Fellachen und Arbeiter durch die feudalen und halbfeudalen Klassen der *eigenen Nation*.

Vor der arabischen werktätigen Bevölkerung Palästinas steht also die Doppelaufgabe:

1) nationale Befreiung;

2) Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution als der nächsten historischen Etappe (die *sozialistische* Revolution kann in Palästina kein unmittelbares Ziel für das arabische Volk sein).

Welches konkrete Ziel sollen sich in der bürgerlich-demokratischen Revolution die Fellachen und Arbeiter stellen?

Nicht bürgerliches Parlament, sondern demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern auf der Grundlage von Räten (für die am besten ein arabischer Name zu finden ist) analog den revolutionären Aufgaben in Indien, China usw.

Natürlich treten wir nicht auf gegen die Forderungen, die *Erweiterung* der demokratischen Rechte der Massen auf parlamentarischer Grundlage verlangen, weisen aber gleichzeitig auf die Unzulänglichkeit des bürgerlichen Parlamentarismus hin.

Sozial und wirtschaftlich ist entscheidend die *Agrarrevolution*. Das heißt die revolutionäre Enteignung des feudalen oder halbfeudalen Großgrundbesitzes und seine Übergabe an die Fellachen zur individuellen oder kollektiven Bewirtschaftung. Im Falle moderner Großbetriebe kann die Verwandlung in landwirtschaftliche, sozialistische/kapitalistische Genossenschaften ins Auge gefasst werden.

Bei dieser Revolution besteht die besondere Aufgabe der Kommunisten darin, schon in ihrer Vorbereitung für die Schaffung *selbständiger politischer und wirtschaftlicher Klassenorganisationen der einheimischen Arbeiter und Fellachen zu sorgen*.

Natürlich ist zur Durchführung der nationalen und bürgerlichen Revolution ein *Klassenbündnis* mit den feudalen und bürgerlichen Teilen der arabischen nationalen Bewegung unentbehrlich. Dabei handelt es sich darum, das selbständige Klassenbewusstsein und die selbständige Klassenaktion der einheimischen Arbeiter und Bauern zu entwickeln und die führende Rolle (Hegemonie) der Arbeiter und Bauern in der national-revolutionären Bewegung anzustreben. Die Kampfformen des individuellen Terrors und des Bandenkrieges sind unzulänglich. Sie entsprechen den Klassenbedürfnissen der feudalen Elemente.

Das Ziel der Agrarrevolution schließt natürlich den Kampf um Reformen auf dem Agrargebiet nicht aus (Herabsetzung der Pachten, Schuldenstreichung usw.). Aber die *Bewegung muss auf das Ziel der Agrarrevolution ausgerichtet sein*.

Aus der Darstellung geht hervor, dass in den Fellachendörfern nicht nur der feudale Großgrundbesitz und der städ-

2) Die seinerzeit vergriffene Broschüre wurde von der GFSA inzwischen nachgedruckt. Sie kann gegen Voreinzahlung von Briefmarken im Wert von 00,00 EUR bei der im Impressum angegebenen Adresse bestellt werden.

Aus Tagebüchern von Victor Klemperer

Victor Klemperer, ein betont deutsch-national denkender Romanistik-Professor aus einer bürgerlich-jüdischen Familie, schrieb seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ausführlich Tagebuch. Dies führte er auch durch die gesamte Zeit der Nazi-Herrschaft weiter. Er und seine nichtjüdische Ehefrau durchlitten fast alle Facetten der Verfolgung, die die Nazis diesen deutschen Bürgern antaten und sie Schritt für Schritt in die Vernichtung trieben. Wenige Stunden, bevor er aus einem »Judenhaus« in Dresden abtransportiert werden sollte, konnten er und seine Frau sich retten und flüchten – während des Feuersturms durch das alliierte Bombardement im Februar 1945.

Die Tagebücher Klemperers haben die Nazizeit ebenfalls überstanden, die Hefte über die Zeit 1933 – 1945 wurden 1993 als Buchkassette veröffentlicht. Die bürgerliche Presse war des Lobes voll über diese Dokumentation faschistischer Politik. Was diese Presse allerdings nicht wahrnehmen wollte, sind die Passagen in Klemperers Notizen, in denen er sich als Jude über den anwachsenden Zionismus äußerte. Wir zitieren hier die zwei markantesten Bemerkungen, die unseres Wissens natürlich nirgendwo zitiert wurden:

Victor Klemperer berichtet im Juni 1934 von einem jüdischen Bekannten, der in Jerusalem lebt und eine nichtjüdische Schweizerin heiraten will, was in Jerusalem offenbar Schwierigkeiten macht. Klemperer kommentiert dieses Problem: »...Denn in Zion ist der Arier gerade das, was hier der Jude. ... Mir sind die Zionisten, die an den jüdischen Staat von anno 70 p.C. (Zerstörung Jerusalems durch Titus) anknüpfen, genauso ekelhaft wie die Nazis. In ihrer Blutschnüffelerei, ihrem »alten Kulturkreis«, ihrem teils geheuchelten, teils bornierten Zurückschrauben der Welt gleichen sie

durchaus den Nationalsozialisten. Der Witz, man habe Hitler in Haifa ein Denkmal errichtet mit der Inschrift »Unserem Herführer« hat eigentlich eine tiefe und unwitzige Berechtigung. Gedanklich ist er auch ihr Heerführer. ...«
Tagebücher, 13. Juni 1934, Seite 112

Viereinhalb Jahre später, am 10. Januar 1939, notiert Klemperer »etliche längst vorhandene Gedanken«:

»Es gibt keine deutsche oder westeuropäische Judenfrage. Wer sie anerkennt, übernimmt oder bestätigt nur die falsche These der NSDAP und stellt sich in ihren Dienst. Bis 1933 und mindestens ein volles Jahrhundert hindurch sind die deutschen Juden durchaus Deutsche gewesen und sonst gar nichts. Beweis: die Abertausende von »Halb-, Viertel-« etc. Juden und »Judenstämmlinge«, Beweis für gänzlich reibungsloses Leben und Mitarbeiten in allen Bezirken deutschen Lebens. Der immer vorhandene Antisemitismus ist **gar kein Gegenbeweis**. Denn die Fremdheit zwischen Juden und »Ariern«, die Reibung zwischen ihnen war nicht halb so groß wie etwa zwischen Protestanten und Katholiken oder zwischen Arbeitgebern und -nehmern oder zwischen Ostpreußen etwa und Südbayern oder Rheinländern und Berlinern. Die deutschen Juden waren ein Teil des deutschen Volkes, wie die französischen Juden ein Teil des französischen Volkes waren etc. Sie füllten ihren Platz innerhalb des deutschen Lebens aus, dem Ganzen keineswegs zur Last. Ihr Platz war zum allerkleinsten Teil der des Arbeiters und nun gar des Landarbeiters. Sie waren und bleiben (auch wenn sie es jetzt nicht mehr bleiben wollen) Deutsche, in der Mehrzahl deutsche Intellektuelle und Gebildete. ... Es gibt nur eine Lösung der deutschen oder westeuropäischen Judenfrage: Die Mattsetzung ihrer Erfinder.« (S. 133) ■

tische Wucher (oft in Personalunion mit den Feudalen) eine Rolle spielt, sondern auch der *Großbauer*. Wir müssen uns auf dem Lande in erster Linie stützen auf die landlosen Tagelöhner, auf die Klein- und Mittelbauern.

Der Angriff auf den Großbauern kann klassenmäßig erst erfolgen im Zuge einer weiteren historischen Etappe der Revolution, nämlich im Zuge des Übergangs von der bürgerlich-nationalen zur sozialistischen Revolution. Erst dann kann auch die Rede sein vom Übergang zum Sozialismus in der Landwirtschaft. Unmittelbar steht bevor die bürgerlich-nationale Revolution. Erst auf dieser Grundlage kann die weitere Etappe, die sozialistische Revolution, ins Auge gefasst werden. Es ist aber unmöglich, heute zu sagen, in welchem Tempo, in welchem zeitlichen Abstand der Übergang von der einen zur anderen Etappe der Revolution erfolgen wird, weil das von einer ganzen Anzahl konkreter Umstände abhängt, die heute noch nicht zu übersehen sind. Es ist möglich, dass wie in Russland die bürgerlich-demokratische unmittelbar in die sozialistische Revolution übergeht, es ist auch möglich, dass dies nicht der Fall ist und dass beide durch eine längere Zeitstrecke getrennt sind.

3. Aus dem Gesagten folgt, dass auch die jüdischen Kommunisten in Palästina sich *in erster Linie* der Organisierung der arabischen national-revolutionären Bewegung zu widmen haben (eine andere Frage ist, wie weit der Einzelne das in der gegebenen Lage praktisch tun kann. Wir machen uns

keine übertriebenen Vorstellungen von den Aktionsmöglichkeiten unserer Genossen im Lande).

Es ist falsch und entschieden abzulehnen, wenn der Verfasser des Materials sagt, wir sind weder pro- noch anti-zionistisch, weder pro- noch anti-arabisch.

Richtig muss es heißen:

1) Wir sind prinzipiell und konsequent *anti-zionistisch* – aber natürlich nicht *anti-jüdisch*. Diese zwei Begriffe muss man streng auseinanderhalten.

2) Wir sind *pro-arabisch* in dem Sinne, dass wir für die arabische national-revolutionäre Befreiungsbewegung sind, also gegen den britischen Imperialismus und sein zionistisches Anhängsel. Wir unterstützen natürlich nicht *reaktionäre Forderungen* der arabisch-nationalistischen Bewegung wie das allgemeine jüdische Einwanderungsverbot usw.

III. Die jüdische Frage in Palästina

Was soll nun mit der jüdischen Minderheit geschehen, die nun einmal in Palästina ist, vorausgesetzt, dass das britisch-zionistische Kolonialunternehmen liquidiert ist, woran wir unbedingt festhalten müssen?

In diesem Falle sollte u.E. das Ziel die Herstellung der nationalen Selbstbestimmung der jüdischen Minderheit im Rahmen einer arabischen umfassenden staatlichen Föderation auf Rätebasis sein. Nebenbei bemerkt: Bei der Durch-

führung der nationalen Selbstbestimmung in den Ländern, die heute vorwiegend von arabisch-sprechender Bevölkerung bewohnt sind, wird es sich zeigen, dass unter der Bevölkerung, die als national-arabisch bezeichnet werden kann, eine Anzahl anderer kleinerer oder größerer Nationen oder Bestandteile von Nationen sitzen, deren nationales Selbstbestimmungsrecht ebenfalls berücksichtigt werden muss (siehe z.B. die Berberbevölkerung in Nordafrika, die mit der arabischen zwar den Islam gemeinsam hat, aber zum Teil ihre eigene Sprache spricht und eine eigene nationale Existenz hat). Was die Juden anbelangt, so scheint es uns, dass für einen jüdischen Sowjetstaat im Rahmen eines national-revolutionären Rätebundes die jüdische Minderheit im Lande (etwa 250.000?) ein bisschen wenig ist und dass es wohl genügen würde, die Juden nach Liquidierung des zionistischen Unternehmens und Durchführung der national-arabischen Revolution als autonomes jüdisches Gebiet zusammenzufassen.

Die ganze »jüdische Frage« in Palästina ist aufgebauscht und verzerrt. Im Grunde ist eine jüdisch-nationale Zwergsiedlung mit künstlich aufgewärmter hebräischer Sprache eine Kuriosität. Als Kommunisten haben wir auch in Palästina die Linie der freiwilligen Assimilierung der Juden, in diesem Falle an die Araber, zu empfehlen. Die Araber sind wenigstens eine große und lebendige Nation, die jüdische Nationalität in Palästina ist ein reichlich künstliches Gebilde. Wir verstehen natürlich, dass es äußerst schwer ist, gegen den phantastisch exaltierten jüdischen Nationalismus in der beschränkten und nationalistisch überhitzten Atmosphäre Palästinas im Land selbst anzukämpfen. Aber man darf mindestens grundsätzlich und ideologisch keine Konzessionen an den Zionismus machen und muss auf dem Grundsatz, dass der Zionismus keine wirkliche Lösung der jüdischen Frage ist, auch alle praktischen Folgerungen ziehen.

Aus dem Obengesagten ergibt sich die Notwendigkeit 1) der Zusammenarbeit jüdischer und arabischer Kommunisten in Palästina und 2) auch der konkrete Inhalt dieser Zusammenarbeit, was also hier nicht wiederholt zu werden braucht.

Es ist nur notwendig, noch zu unterstreichen, dass die Zusammenarbeit jüdischer und arabischer Kommunisten in Palästina nicht das Geringste zu tun haben kann mit dem Ver-

such, ein Kompromiss zwischen der national-revolutionär-arabischen Bewegung und dem Zionismus herzustellen, oder dem Versuch, die national-arabische revolutionäre Bewegung gegen den Zionismus zu *dämpfen*. Unsere Linie muss vielmehr die sein, eine Einheitsfront der jüdischen werktätigen mit der national-arabischen Befreiungsbewegung im Ganzen und mit der werktätigen arabischen Bevölkerung im Besonderen gegen den britischen Imperialismus und gegen den Zionismus zu schaffen.

IV. Verhältnis zu den jüdischen Parteien in Palästina

Wir verstehen, dass es relativ sehr wenig ist, was unsere paar Leute machen können, die der Zufall nach Palästina verschlagen hat und zwar unter den besonderen Bedingungen, dass sie sich als Zionisten ausgeben oder eine zionistische Maske aufsetzen. In der Hauptsache können und sollen sie versuchen, bei der theoretischen Herausarbeitung der kommunistischen Orientierung in Palästina zu helfen.

Kein Anschluss, weder an die Mapai noch linke Poale Zion-Gruppen im Lande. Möglich erscheint nur (vielmehr unvermeidlich) 1) die Tätigkeit in den jüdischen Gewerkschaften; 2) die Heranziehung von Sympathisierenden an unsere Gruppe und ihre Bearbeitung.

V. Insgesamt...

... sind wir der Meinung, dass der in dem Material vertretene Standpunkt unter dem Einfluss des Milieus eine Reihe von Zugeständnissen an nicht-kommunistische Auffassungen enthält, die abgelehnt werden müssen. Wir können also den in dem Material entwickelten Standpunkt keineswegs als einen offiziellen Standpunkt der KPD-O gelten lassen. Wir hoffen aber, dass die in dem Material entwickelten Auffassungen auf Grund der Auseinandersetzung mit den anderen in Palästina anwesenden Genossen in der Richtung weiter entwickelt werden können, dass sie einem wirklichen kommunistischen Standpunkt entsprechen. Wir begrüßen als einen Fortschritt, dass die Verfasser des Materials sich von zionistischen Organisationen getrennt haben. Es ist aber noch notwendig, bestimmte *Reste* zionistischer Ideologie, die im Vorstehenden behandelt worden sind, vollständig auszumerzen.

29. 7. 1938, Büro der IVKO ■

Der spanische Bürgerkrieg

Mit Aufsätzen von August Thalheimer, Waldemar Bolze u. a., Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterstimme, München 2002, 12,00, 239 Seiten.

Bezug: Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg

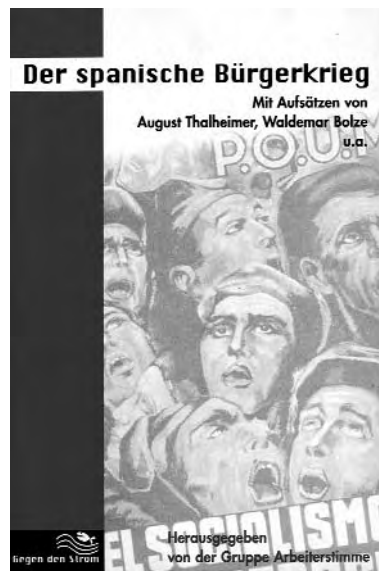
Die bisherigen Darstellungen zum spanischen Bürgerkrieg aus der Sicht der Linken sind im wesentlichen geschrieben worden von Autoren, die entweder den anarchistisch-syndikalistischen Positionen oder denen der KP-Seite nahe stehen. Um so erfreulicher ist es, dass jetzt eine Abhandlung vorliegt, die von den Positionen der damaligen kommunistischen Opposition ausgeht. Das Buch basiert auf einer Artikelserie, die zwischen September 1986 und Oktober 1987 in der Zeitung »Die Arbeiterstimme« erschien. Im Jahre 1988 wurde sie zusammenhängend als Broschüre veröffentlicht.

Das Buch enthält mehrere zeitgenössische Texte, so einen Bericht von Thalheimer über eine Reise nach Katalonien Ende 1936, zwei Aufzeichnungen von Waldemar Bolze, eine über seine Haft in einem von der GPU kontrollierten Gefängnis in Valencia, die andere über seine Erlebnisse an der Huesca-Front, ein Rundschreiben der IVKO vom August 1936 sowie eine politische Analyse von Maurin zum Anarcho-Syndikalismus. Da vielen Lesern die Einordnung der Texte in den historischen Zusammenhang schwer fällt, haben die Autoren die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen die Texte entstanden sind, ausführlich geschildert. Sie berücksichtigen dabei die unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Regionen und reflektieren die jeweiligen politischen Traditionen, in denen die Akteure standen.

Durch diese Darstellung wird nachvollziehbar, welchen Einfluss die Ereignisse auf das Selbstverständnis der KPO und der IVKO gehabt haben. Dies ist bis jetzt in der Literatur wenig herausgearbeitet worden. So spielen etwa in der Darstellung von Tosstorff¹⁾ zur POUM die Aktivitäten der »Rechten« keine Rolle. Patrick von zur Mühlen streift in seiner Abhandlung über die linken westeuropäischen Kräfte im Spanischen Bürgerkrieg die »Rechten« nur kurz²⁾. Eine biografische Skizze über die beiden führenden politischen Köpfe der POUM, Andres Nin und Joaquin Maurin³⁾, benennt nur einige Facetten der Beziehung zwischen der POUM und der IVKO. Der von Theodor Bergmann veröffentlichte Artikel »Hoffnung und Enttäuschung«⁴⁾ vermag aufgrund seines Charakters als Zeitschriftenaufsatz diese Aufgabe ebenfalls nicht zu erfüllen.

Eine Grundlage für weitere Studien

Auch das von der Gruppe Arbeiterstimme herausgegebene Buch behandelt noch nicht alle Aspekte, die von einer umfassenden Darstellung der Geschichte der kommunisti-



schon Opposition berücksichtigt werden müssten. Es konzentriert sich auf einige für das Verständnis der Positionen von KPD-O und IVKO zentralen Dokumente. Diese bilden jedoch nur einen kleinen Teil der Texte, die das Engagement der Rechten in Spanien belegen. In den Archiven, resp. dem FZH⁵⁾ in Hamburg, liegt noch eine Vielzahl von Berichten über einzelne Ereignisse des Spanischen Bürgerkrieges, die von Anhängern der kommunistischen Opposition geschrieben wurden. Auch fehlt eine Auswertung der Publikationen der POUM, resp. des deutschsprachigen Nachrichtendienstes der Partei. Er wurde von dem KPD-O-Aktivist Ewald König geleitet. Von diesem Periodikum sind viele Ausgaben erhalten.

Kaum berücksichtigt haben die Autoren auch die Ausgaben der Zeitungen »Arbeiterpolitik« aus Strasbourg und Asch (CSR). In ihnen sind eine Vielzahl von Einschätzungen zu den Vorgängen in Spanien enthalten.

Eine Auswahl von wichtigen Texten des »Internationalen Klassenkampfes« zur Kritik an der Volksfrontpolitik erschien bereits Anfang der 70er-Jahre von der Gruppe Arbeiterpolitik⁶⁾. Die Broschüre enthält neben Analysen zur Situation in Spanien auch viele Aufsätze zur Praxis der französischen Volksfrontregierungen. Sie konzentriert sich darauf, die grundsätzlichen Positionen der IVKO und ihrer Sektionen zur Volksfrontpolitik darzulegen. Sie ist deshalb weniger für Leser geeignet, die sich noch nicht mit der politischen Situation in Europa Anfang bis Mitte der 30er Jahre auseinandergesetzt haben. Für solche Leser eignet sich das von der Gruppe Arbeiterstimme herausgegebene Buch als Einstieg besser. Sie sollten erst danach zur Volksfrontbroschüre der Gruppe Arbeiterpolitik greifen.

Zur Rolle der Sowjetunion

Eine der Stärken des Buches besteht darin, dass sich die Herausgeber intensiv mit dem Einfluss der internationalen Kräfteverhältnisse auf den Gang des Bürgerkrieges beschäftigt haben. Dabei konzentrieren sie sich besonders auf die Sowjetunion und ihren Einfluss auf die KP. Sie machen deutlich, welche Interessen die Sowjetunion damals bei der Bestimmung ihres Verhältnisses zu Spanien leiteten. Nach der Niederlage der KPD 1933 sah sich die Sowjetunion durch den aggressiven deutschen Faschismus bedroht. Sie betrieb deshalb eine Beruhigungspolitik gegenüber den »demokratisch«-kapitalistischen Ländern Europas. Sie glaubte, besonders in der englischen und der französischen Regierung einen Bündnispartner gegen Hitlerdeutschland finden zu können. Deshalb entwickelte sie die Volksfrontpolitik, die

1) Reiner Tosstorff, Die POUM im spanischen Bürgerkrieg. Frankfurt 1987

2) Patrik von zur Mühlen, Spanien war ihre Hoffnung – Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939. S. 61 ff.

3) Reiner Tosstorff, Andres Nin und Joaquin Maurin, in: Theodor Bergmann/ Mario Kessler, Ketzler im Kommunismus. Hamburg 2000, S. 218 ff.

4) Theodor Bergmann, Hoffnung und Enttäuschung, Tüte-Sonderausgabe. Oktober 1986, S. 16 ff.

5) Forschungsinstitut für Zeitgeschichte Hamburg – FZH. Dort werden Archivbestände der KPO und IVKO verwahrt.

6) Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens, herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik. Bremen o. J.



Ein Plakat der POUM. Rechts: Andrés Nin, ursprünglich Mitglied der spanischen KP, später Mitbegründer der POUM



Bündnisse mit bürgerlichen Parteien und Organisation ermöglichte. Eine Regierung, die sich aus Vertretern der Arbeiterparteien und bürgerlichen Kräfte zusammensetzte, konnte aber weder im eigenen Land noch in anderen Ländern eine revolutionäre Entwicklung unterstützen.

Die Sowjetunion, die diese Politik auch in der KI durchsetzte, versagte deshalb den Kräften ihre Unterstützung, die eine radikale Umgestaltung der Klassengesellschaft anstrebten und bekämpfte sie zeitweise sogar ebenso heftig wie die Falangisten. Die Volksfrontpolitik stabilisierte die bürgerliche Gesellschaft und stärkte die sie tragenden Klassen.

Die Sowjetunion mischte sich sogar mittels ihrer Geheimpolizei in die Auseinandersetzungen in Spanien ein. Sie nahm politische Gegner der KP gefangen und folterte sie, so u.a. die KPD-O-Mitglieder Waldemar Bolze, Karl Bräuning und Kuno Brandel. Ihre Haftbedingungen waren derart brutal, dass bis auf Bolze alle die Gefangenschaft als gebrochene Menschen verließen. Die KPD-O und die IVKO änderten aufgrund dieser Erlebnisse, die von Bolze eindrucksvoll geschildert wurden⁷⁾, ihre Haltung zur Politik der Sowjetunion. Sie griffen hernach nicht nur die Instrumentalisierung der Komintern an, sondern kritisierten auch die innenpolitischen Verhältnisse der Sowjetunion.

Zur Auseinandersetzung mit der Volksfrontpolitik heute

Wenn auch die Ereignisse in Spanien und die Erfahrungen mit der Volksfront in Frankreich auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht unmittelbar übertragbar sind, so bleiben doch einige der damaligen politischen Fragen nach wie vor aktuell.

In der oben vorgestellten Broschüre der Gruppe Arbeiterpolitik findet sich eine intensive Auseinandersetzung mit den verschiedenen Varianten der Volksfrontpolitik. So hat sowohl der Eintritt der KPD nach 1945 in bürgerliche Regierungen, wie auch spätere Koalitionen etwa der französischen

oder der italienischen KP mit bürgerlichen Parteien zu schmerzlichen Niederlagen der Arbeiterbewegung geführt.

Als Ende Januar 2004 in Leverkusen auf der Konferenz der Marx-Engels-Stiftung zum 80ten Todestag von Lenin Vertreter der DKP, der Trotzlisten (die Herausgeber der Zeitung SoZ), der Gruppen Arbeiterpolitik und Arbeiterstimme sowie der PDS über die einzelnen Etappen der Geschichte der Arbeiterbewegung diskutierten, spielte die Volksfrontpolitik eine wichtige Rolle⁸⁾. Während in anderen Fragen wie etwa denen der Einschätzung der KPD-Politik der Weimarer Republik eine Annäherung der Positionen sichtbar wurde, blieben die Auffassungen zur Volksfrontpolitik kontrovers. Genosse Judick, der in der DKP zu den Kräften gehört, die bereit sind, sich mit der eigenen Vergangenheit kritisch auseinander zu setzen, versuchte für die Volksfrontpolitik anhand einer Skizze ihres Entstehens in Frankreich Verständnis zu wecken. Er blieb bei der Bewertung der Ereignisse in Spanien dagegen zurückhaltend. Er wiederholte die alten Vorwürfe gegenüber den anderen linken Gruppierungen nicht und ließ Diskussionsbereitschaft erkennen. Einen Fortschritt wird es in der Beurteilung der damaligen Ereignisse aber nur dann geben, wenn die Interessenlage der Sowjetunion nicht mehr den alleinigen Maßstab für die Bewertung der taktischen und strategischen Aufgaben der Linken bildet, sondern stattdessen die Bedürfnisse der spanischen Arbeiter und Bauern nach einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Mittelpunkt der politischen Überlegungen treten.

Die Diskussion über die Volksfrontpolitik ist nicht nur aus historischen Gründen vonnöten, sie ist auch für die Tagespolitik der Linken von Bedeutung. So basiert etwa die Konzeption des antimonopolistischen Bündnisses der DKP auf der Volksfrontpolitik. Auch bei denjenigen in der PDS, die noch an sozialistischen Grundsätzen festhalten und denen, die aus dem Spektrum kommunistischer Gruppen kommen und jetzt eine Wahlalternative gründen wollen, ist die Frage, welche Konsequenzen eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien in den Kommunen wie auch in den Ländern für die eigene Handlungsfähigkeit hat, bisher nicht intensiv geführt worden. Das hier besprochene Buch kann für die noch zu führende Debatte einen guten Ausgangspunkt bilden.

H., Berlin ■

7) Vgl. den Bericht von Waldemar Bolze in: Der spanische Bürgerkrieg ..., S. 123 ff

8) Vgl. Konferenz in Leverkusen zur Problematik der Übergangslösungen, Arpo 1/2004. Mittlerweile liegen die Referate und einige weitere Stellungnahmen in Broschürenform vor, Übergänge zum Sozialismus – Streit unter Linken, Marxistische Blätter 3-04